Ueberraschende Ratssitzung wegen Danzig

Lesters Bericht an den Völkerbund

Die weitere Behandlung des Konfliktes

DANZIGER Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G, wöchentl. 0,75 G; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.— G monatl.; für Pommerellen 5.— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0,16 G; Reklamen: 1 mm 0,80 G; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs.

27. Jahrgang — Freitag, den 3. Juli 1936 — Nr. 129

Ueberraschende Ratssitzung wegen Danzig / Die weitere Behandlung des Konfliktes

Lesters Bericht an den Völkerbund

M. B. Genf, den 3. Juli 1936.

(Telephonischer Bericht unseres ständigen Korrespondenten)

Der Völkerbundsrat trat gestern nachmittag zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der auf Antrag des Ratspräsidenten Eden beschlossen wurde, die Prüfung der Lage Danzigs auf die Tagesordnung des Rates zu setzen und am Sonnabend bereits eine Sitzung über dieses Thema abzuhalten. Der Präsident des Danziger Senats wurde eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen.

In der geheimen Ratssitzung, an der der Hohe Kommissar Lester teilnahm, gab Präsident Eden ein knappes Exposé. Er erklärte, daß angesichts der besonderen gespannten Lage in Danzig, namentlich wegen der jüngsten beiden Vorfälle — einmal der Vorgang bei dem Besuch des Kriegsschiffes „Leipzig" und dann der Artikel des Gauleiters Forster — er es für angebracht halte, daß der Rat in eine neue Prüfung der Lage in Danzig eintrete.

Alle Ratsmitglieder erklärten sich damit einverstanden.

Der Bericht Lesters an den Rat

Die Nachricht, daß der Völkerbundsrat plötzlich eine Sitzung über Danzig anberaume, erregte in allen diplomatischen Kreisen Genfs das allergrößte Aufsehen, das noch erhöht wurde, als das Völkerbundssekretariat einen vom 30. Juni datierten ausführlichen Bericht — mit seinen Anlagen achtzehn enggeschriebene Schreibmaschinen-Folio-Seiten lang — des Hohen Kommissars an den Generalsekretär veröffentlichte, der inzwischen allen Ratsmitgliedern zugestellt worden ist.

In diesem Bericht legt der Hohe Kommissar zunächst dar, daß er die aufrichtige Hoffnung gehegt habe, daß die Beziehungen zum Senatspräsidenten sich verbessern würden, und daß ihm diese Hoffnung gerechtfertigt erschien.

bis eine Reihe von Zwischenfällen eintrat, die vor einigen Wochen begannen, die Ruhe in der Freien Stadt störten

und vom 12. Juni an einen immer ernsteren Charakter annahmen. Lester geht ausführlich auf die Vorgänge bei der deutschnationalen Versammlung vom 12. Juni ein, die Unterhaltungen, die er hierauf mit dem Präsidenten Greiser hatte, wobei er erwähnt, daß nachts vor seinem Hause Manifestationen stattfanden. Der Hohe Kommissar schildert ebenfalls seine Besprechungen mit den Oppositionsparteien und erklärt, daß in diesem Augenblick eine Beruhigung zu erhoffen war, daß dann aber die Aufrufe über die „bestialische Bluttat an einem Nationalsozialisten" und die Ankündigung von Reden Forsters erfolgten. Herr Lester teilt mit, daß er sich hierauf von neuem an den Präsidenten Greiser wandte, um dann auf die Reden Forsters einzugehen, in denen erklärt wurde, daß in wenigen Wochen die Gegner des Nationalsozialismus sich verkriechen würden, und daß der Gauleiter für seine Handlungen in Danzig vor dem Führer der Bewegung in Deutschland verantwortlich sei.

Um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

„In diesem Ungenblick", so schreibt der Hohe Kommissar in seinem Bericht, „herrschte in der Stadt ein Zustand großer Erregung, in dem sich Furcht, Zorn und Nervosität vermischten. Man kann sich über die Bedeutung, die in Danzig der Erklärung des Herrn Forster beigemessen wurde, nur Rechenschaft ablegen, wenn man sich daran erinnert, daß die uniformierten Formationen seiner Partei sich aus mehreren tausend Menschen zusammensetzen, die eine besondere Ausbildung erfahren haben, von denen viele kaserniert sind, und daß diese Organisationen täglich in den Straßen marschierten. Zeitungsartikel, die im Parteigeist und häufig im heftigen Tone redigiert waren, waren nicht geeignet, meine Befürchtungen zu besänftigen. Die bestehende Lage oder vielmehr die Lage, die sehr schnell erwachsen konnte, begann daher, mir wachsende Besorgnis einzuflößen. Ich fürchtete von seiten des Herrn Forster einen Versuch, das, was als eine Drohung erscheinen mußte, in Ausführung zu bringen. Man muß sich dabei daran erinnern, daß Herr Forster, obgleich er eine tatsächliche gewaltige Macht ausübt, in Danzig keinen amtlichen Posten innehat und nicht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich ist. Am 16. Juni habe ich daher der Regierung eine Note gesandt, um ihr meine Befürchtungein mitzuteilen, die mir die allgemeine Lage einflößte, und um nochmals zu betonen, daß ein festes und unparteiisches Eingreifen der Polizei im Falle von Unruhen mir absolut wesentlich erscheine."

Lester verzeichnet die Antwort des Präsidenten des Senats vom 17. Juni, in der dieser bemerkt, daß ähnliche und sogar ernstere Unruhen sich in vielen anderen Ländern ereigneten, worauf der Hohe Kommissar auf die besondere Lage in Danzig verweist.

Ein Schritt beim deutschen Generalkonsul

Angesichts seiner wachsenden Befürchtungen unternahm der Hohe Kommissar einen Schritt beim deutschen Generalkonsul in Danzig, über den er folgendermaßen berichtet:

„Wie ich bereits erwähnt habe, hatten die Erklärungen des Herrn Forster meine Befürchtungen noch lebhafter gestaltet, obgleich ich alles getan hatte, was in meiner Macht lag, um durch die Vermittlung des Präsidenten Greiser seine öffentlichen Aktionen zu beeinflussen. Immerhin legte ich mir Rechenschaft darüber ab, daß die Stellung des Herrn Forster eine ausnahmsweise war. Im Innern der Partei nimmt er einen höheren Rang ein als den des Senatspräsidenten. Da er erklärt hatte, daß er in Danzig niemandem verantwortlich sei, hatte ich eine Unterhaltung mit dem deutschen Generalkonsul.

Ich habe ihm auseinandergesetzt, daß die Lage in Danzig gefährlich werden könne, und daß ich es für angezeigt betrachte, wenn er seiner Regierung meine Befürchtungen mitteilen und ihre Aufmerksamkeit auf die Erklärungen des Herrn Forster lenken würde,

der deutscher Statsangehöriger ist und in der deutschen Verwaltung hohe Aemter einnimmt. Der deutsche Generalkonsul war so freundlich, sich bereitzuerklären, den Schritt, um den ich ihn ersuchte, auszuführen. Ich habe diese Demarche unternommen, weil ich tief davon überzeugt war, daß die deutsche Regierung, wie ich, den lebhaften Wunsch hegte, den Ausbruch von ernsteren Unruhen in einer Stadt zu verhindern, die außerhalb ihrer Grenze liegt, aber für deren Schicksal sie notorisches Interesse hegt. Mein Eingreifen bezog sich ausschließlich auf die Rolle, die ein preußischer Staatsrat spielt, der in Danzig in den Reihen der Partei ein Amt mit sehr ausgedehnten Befugnissen ausübt."

Lester fügt hinzu, daß sein Schritt beim Generalkonsul wohl dem Senatspräsidenten und dem diplomatischen Vertreter Polens bekannt ist.

Die Vorstellungen des Ministers Papée

Ausführlich mit seinen Zitaten schildert der Hohe Kommissar nun die verschiedenen Schritte des polnischen diplomatischen Vertreters Papée beim Senatspräsidenten und auch die polnischen Noten, in denen gegen die Ausschreitungen gegen polnische Staatsbürger und Mitglieder der polnischen Minderheit protestiert und Maßnahmen gefordert wurden.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei eine Note vom 19. Juni, in der der polnische Vertreter u. a. erklärt: „Es entsteht eine Lage, die geeignet ist, ernsthaft die Beziehungen zwischen Polen und Danzig zu belasten, um so mehr als die Danziger Zwischenfälle ein lebhaftes Echo und eine lebhafte Reaktion in Polen finden . . . Meine Regierung, die besondere Interessen in der Freien Stadt hat, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse. Auf die Anweisung meiner Regierung habe ich die Ehre, Herr Senatspräsident,

mit all dem Ernst, den die Lage erfordert, Ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, die Ruhe, die Ordnung und die Sicherheit durch die hierfür bestimmten Polizeiorgane aufrechtzuerhalten,

damit die genannten Verstöße, deren Opfer auch Polen sind, in Zukunft unmöglich werden. Ich habe die Ehre, an die Rolle zu erinnern, die Danzig spielt und die ihm obliegt als polnischer Hafen des Zollgebietes mit Rücksicht auf das Hinterland, eine wirtschaftliche Rolle, die es in befriedigender Weise nur erfüllen kann, wenn Ruhe, Ordnung und Sicherheit bestehen. Ich muß schließlich noch einmal die Forderung formulieren, daß Genugtuung und volle Entschädigung für das Unrecht und die Verluste geboten werden, die die Polen in den letzten Tagen erlitten haben."

Gleichzeitig hatte der Hohe Kommissar, wie er mitteilt, eine neue Unterredung mit dem Senatspräsidenten, dem er außerdem eine Note über die Rede Forsters vom 14. Juni sandte. Lester verzeichnet ferner in seinem Bericht, daß an der Beisetzung nationalsozialistischer Toter der Führer der SA. in Deutschland, Lutze, und der Führer der SS. und Chef der deutschen Polizei, Himmler, teilnahmen und dabei Reden hielten.

Das Verbot öffentlicher Versammlungen und Demonstrationen ließ den Hohen Kommissar jedoch hoffen, daß die Geister sich beruhigen würden.

Der deutsche Kriegsschiffbesuch

Nun aber brach ein anders gearteter, mehr internationaler Zwischenfall infolge der Ankunft des deutschen Kreuzers „Leipzig" aus.

Hierüber berichtet der Hohe Kommissar folgendermaßen:

„Dieser Besuch war, wie üblich, auf dem polnischen diplomatischen Wege notifiziert worden, entsprechend den verschiedenen über diese Frage zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Abkommen. Nach denselben Abkommen waren ebenfalls Dispositionen getroffen worden über die offiziellen Besuche und Empfänge zu Ehren der Offiziere. Am vorhergehenden Freitag, dem 12. Juni, hatte sich ein Komitee zusammengefunden, dem Vertreter des Senats, der polnischen diplomatischen Vertretung, des Hafenpräsidenten und des Hohen Kommissars angehörten. Auch der deutsche Konsul wohnte dieser Zusammenkunft bei, in deren Verlauf man das Datum und die Natur der offiziellen Empfänge festlegte. Ich erhielt später vom Senat das vollständige Programm, das natürlich die offiziellen Besuche beim Senat, beim Hohen Kommissar, beim polnischen Minister und beim Präsidenten des Hafenrates enthielt. Alles schien demnach geordnet und sich ohne Schwierigkeiten abspielen zu wollen. Das Schiff ist am Donnerstag, dem 25. Juni, eingetroffen.

Erst in dem Augenblick, in dem auf Grund des Programms die Stunde für die Offiziere gekommen war, um mir einen Besuch zu machen, erhielt ich eine Botschaft, die Präsident Greiser mir freundlichst schickte, um mir mitzuteilen, daß er davon unterrichtet worden sei, daß der Offiziere auf Anweisung ihres höchsten Chefs dem Vertreter des Völkerbundes keinen Besuch abstatten würden."

Lester fügt hinzu, daß kein Grund für dieses Verhalten angegeben wurde und er auch später niemals über den Grund verständigt wurde. Seine Beziehungen zu der deutschen Regierung, obgleich sie notwendigerweise sehr beschränkt waren, seien stets freundschaftlich und durchaus korrekt gewesen, was in seinen Augen den Zwischenfall ebenso bedauerlich wie unerklärlich mache.

An einer späteren Stelle seines Berichtes teilt Lester mit, daß Forster als Grund für die Verweigerung des Besuches die Anwesenheit eines zur Opposition gehörenden früheren Senatspräsidenten bei einem früheren Empfange angegeben habe, und erklärt, daß er an diesen Grund nicht zu glauben vermöge.

Der Artikel des Gauleiters Forster

Nach der Schilderung dieses ersten diplomatischen Zwischenfalls geht der Hohe Kommissar unmittelbar zu dem weiteren ernsten Zwischenfall über, der durch den Artikel des Gauleiters Forster entstanden war:

„Während das Kriegsschiff sich noch in Danzig befand," so schreibt er, „gab Herr Forster einen Artikel zur weitesten Verbreitung, der zu Beginn auf die Nichtabstattung des offiziellen Besuches Bezug nahm . . . Der Artikel entwickelte die Theorie, daß der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig überflüssig sei, da die Beziehungen zwischen Danzig und Polen und Deutschland und Polen heute ausgezeichnet seien und der Hohe Kommissar gegenwärtig keine Konflikte zwischen Danzig und Polen mehr zu regeln habe. Es hieß dort weiter, daß der gegenwärtige Hohe Kommissar ohne Notwendigkeit in die inneren Angelegenheiten, d. h. die Verfassungsfragen, eingreift."

Lester bemerkt hierzu, daß diese Argumente, wie der Völkerbundsrat wisse, nicht neu seien, und daß der Rat im Mai 1934 mit einem Antrage befaßt wurde, der das Mandat des Hohen Kommissars derart abändern wollte, daß es nichts mehr mit der Garantie des Völkerbundes zu tun hätte.

Am Schluß seines Berichtes erklärt der Hohe Kommissar: „Der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig hat keinerlei Grund, damit zu rechnen, daß ihm in der Ausübung seines Amtes Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten erspart bleiben.

In der vorliegenden Note habe ich mich bemüht, nicht ein Wort zu sagen, das von irgend jemandem derart ausgelegt werden könnte, daß es die Lage erschweren würde,

über die ich auch keinerlei allgemeine Bemerkungen anstelle. Ich bin nichtsdestoweniger der Ansicht, daß der Rat von mir einen Bericht erwartet, selbst wenn dieser Bericht später als provisorisch erscheinen sollte. Es ist zu früh, um die Rückwirkungen der in diesem Bericht erwähnten Zwischenfälle auf meine notwendigen Beziehungen mit der verantwortlichen Danziger Regierung vorauszusehen. Ich hoffe natürlich, daß die **Kundgebung der deutschen Regierung gegen den Völkerbund** gelegentlich des Besuches eines Kriegsschiffes sowie die Kommentare der deutschen Presse zugunsten der These des Herrn Forster, wonach das Statut der Freien Stadt (oder wenigstens der Teil des Statuts, der sich auf den Hohen

Kommissar bezieht) geändert werden müsse, nicht die normalen Schwierigkeiten meiner Aufgabe allzusehr erschweren werden. Da ich jener Kundgebung keinen persönlichen Charakter beimesse, werde ich mich bemühen, die Pflichten meines Amtes in dieser Hoffnung zu erfüllen. Notfalls werde ich dem Rat einen neuen Bericht zustellen."

Genfer Kommentar

Der Bericht des Hohen Kommissars, der den Verhandlungen des Völkerbundsrates morgen zugrunde liegen wird, hat in Genf eingeschlagen wie selten ein Völkerbundsdokument. Jedermann ist sich über die außergewöhnliche Bedeutung der Vorgänge klar. Man hebt als für die Lage entscheidend hervor

1. die in dem Bericht enthaltene Schilderung der tatsächlichen Macht, über die Herr Forster in Danzig verfügt,
2. die Kundgebung Forsters, wonach er nur dem Führer in Deutschland verantwortlich sei,
3. den versöhnlichen Schritt Lesters beim deutschen Generalkonsul,
4. die Verweigerung des Besuches beim Völkerbundsvertreter durch die deutschen Offiziere, und zwar auf Anweisung ihres höchsten Führers, und
5. die von der deutschen Presse nachdrücklich unterstützte Kundgebung Forsters, wonach der Völkerbundskommissar überflüssig sei.

Man unterstreicht ferner die Schlußfolgerung, zu der Lester gelangt, wenn er ausdrücklich in seinem Bericht von einer „Kundgebung der deutschen Regierung gegen den Völkerbund" spricht. Man macht hier in der Tat allgemein darauf aufmerksam, daß man es mit einer ernsten Krise ganz besonderer Art zu tun hat. Es sei kein Wunder, wenn unter diesen Umständen der englische Außenminister, Ratspräsident und Berichterstatter für die Danziger Fragen den Fall so ernst nehme, daß er sofort Lester nach Genf bat und plötzlich eine Sitzung über Danzig einberief.

Man ist auf die Entwicklung des Konflikts außerordentlich gespannt. In der gestrigen geheimen Ratssitzung soll, wie man uns versichert, Eden zunächst den Wunsch geäußert haben, daß die polnische Regierung, der verfassungsmäßig die diplomatische Vertretung der Freien Stadt obliegt, in Berlin wegen der Kundgebungen gegen den Hohen Kommissar vorstellig wird. Außenminister Beck habe sich hierzu bereit erklärt, falls der Rat einen entsprechenden Beschluß fasse.

Die öffentliche Sitzung, in der verschiedene Ratsmitglieder das Wort ergreifen wollen, und in der Präsident Greiser wichtige Fragen zu beantworten haben wird, verspricht, sehr interessant zu werden.

Widersprechende Presseberichte

Um die Reise des Präsidenten Greiser

Die Danziger nationalsozialistische und die reichsdeutsche Presse hatte gestern noch eine Reihe von Versuchen unternommen, die Danzig-Frage, die seit einigen Wochen bereits Gegenstand lebhaftester Erörterungen in der internationalen Oeffentlichkeit geworden war, und deren Bedeutung durch die Einladung des Völkerbundsrates an den Hohen Kommissar, nach Genf zu kommen, noch besonders unterstrichen wurde, zu bagatellisieren. Der „Vorposten" und die „Danziger Neuesten Nachrichten" dementierten energisch die Meldung, daß der Präsident des Senats, Greiser, sich bereits auf dem Wege nach Genf befinde, und auch die reichsdeutsche Presse gab diese Meldung wieder.

Bekanntlich hatte das „Berliner Tageblatt" zunächst die verfrühte Meldung über die Reise des Präsidenten Greiser nach Genf verbreitet. In seiner nächsten Ausgabe versicherte dann das „B. T.", daß seine erste Meldung nicht zutreffe und fügte hinzu: „Es bestehe auch nach Danziger Auffassung kein Anlaß zu einer unmittelbaren Fühlungnahme des Präsidenten mit den Genfer Instanzen, da durch das vom Danziger Senat erlassene Versammlungsverbot die Ruhe und Ordnung in der Freien Stadt sichergestellt sei."

Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet heute eine Meldung, nach der die Pressestelle des Senats im Zusammenhang mit den verfrühten Meldungen von der Reise Greisers, gestern ein Kommuniqué veröffentlicht habe, wonach sich Präsident Greiser noch in Danzig befinde, da die hiesige Situation ihm keinen Anlaß zur Reise nach Genf gebe, um so weniger, als bisher keine Absicht bestanden habe, die Danziger Angelegenheiten auf die Tagesordnung der Ratssitzung zu setzen.

In der außerhalb der Grenzen des Reiches erscheinenden Presse wird die Situation in Danzig, vor allem der Artikel des Gauleiters Forster, weiter eingehend behandelt. Namentlich in der englischen und französischen Presse beschäftigt man sich eingehend mit den durch diesen Artikel zur Diskussion gestellten Fragen.

Baldwin sanktionsfeindlich

Eine außenpolitische Rede des englischen Premierministers

Ministerpräsident Baldwin hielt am Donnerstagabend auf der Jahrhundertfeier des Londoner Konservativen Verbandes eine Rede, in deren Verlauf er sich vor allem auch mit außenpolitischen Fragen befaßte. Baldwin, der mit starkem Beifall empfangen wurde, trat zunächst den Gerüchten, die von seinem baldigen Rücktritt wissen wollten, entgegen. Er kam dann auf die Sanktionspolitik zu sprechen. Die Gründe, aus denen die englische Regierung beschlossen habe, in Genf die Aufhebung der Sanktionen zu befürworten, seien nach seiner Ansicht unanfechtbar. Die Sanktionspolitik sei in der Praxis nicht geeignet gewesen, das erhoffte Ziel herbeizuführen. Es sei dann ein Zeitpunkt eingetreten, wo weitere Druckmaßnahmen sehr wohl zum Kriege hätten führen können. Unter diesen Umständen, so fuhr Baldwin fort, sei er ganz zufrieden, wenn man ihn einen Feigling nenne, weil er in Uebereinstimmung mit jedem Lande in Europa alles in seinen Kräften stehende getan habe, um sein Volk vor einem Kriege zu bewahren.

Gewisse Entwicklungen in Europa und die Erfahrungen der Sanktionspolitik unter der Völkerbundssatzung hätten ihn überzeugt, daß England nicht noch einmal mit geschlossenen Augen bereit sein dürfte, Sanktionen gegen irgendein Land zu beginnen.

Wenn es noch einmal dazu kommen sollte, müsse England wissen, daß die Auferlegung von Sanktionen sehr wahrscheinlich einen Krieg mit sich bringen würde. England müsse daher die Wirkung kennen, bevor es sich noch einmal auf Sanktionen einlasse, und es müsse sich so vorbereiten, daß es diese Verpflichtungen unter allen Umständen erfüllen könne. Baldwin kam dann auf die finanziellen und wirtschaftlichen Fortschritte Englands in den letzten fünf Jahren zu sprechen. Diese Fortschritte könnten jedoch niemals auf sicherer Grundlage ruhen, wenn sie nicht auch bei den anderen Nationen vorhanden seien.

Zwar wisse jedermann, daß England sehr schnell aufrüsten müsse, aber gleichzeitig erkenne man den unglaublichen Wahnsinn im heutigen Europa, daß man auf Kosten des internationalen Handels riesige Summen für Rüstungen ausgebe. England müsse durch seine Besprechungen mit ausländischen Mächten alles in seinen Kräften stehende tun, um

diesen Wahnsinn an den Pranger zu stellen, der, wenn er zu lange fortgesetzt werde, alle ins Elend bringen müsse.

Daher müsse man immer noch daran festhalten, daß es früher oder später möglich sein sollte, noch einmal eine Rüstungsherabsetzung zu erörtern. Wenn diese Zeit komme, dann müsse sich jedermann hierfür einsetzen.

Im Herbst werde die englische Regierung nach Genf gehen, um die Zukunft des Völkerbundes und die Frage zu erörtern, wie auf Grund der Lehre des vergangenen Jahres eine neue Anstrengung gemacht werden könne, um die Form der Friedenssicherung durch kollektive Sicherheit zu erzielen. Es sei Englands stärkster Wunsch, Frankreich und Deutschland, ohne deren Mitarbeit kein Friede in Europa möglich sei, zusammenzubringen. Er hoffe immer noch, daß in den nächsten Monaten ein Fortschritt zu dem Ziel möglich sein werde, das jedermann wünsche.

Sanktionsende am 10. Juli?

Die Aussprache in Genf ergibt die allgemeine Befürwortung der Sanktionsbeendigung

In der gestrigen Aussprache über die Sanktionen sprachen sich die Vertreter der meisten Völkerbundsstaaten für eine rasche Beendigung der Sanktionen aus. Als Ergebnis dieser Aussprache nimmt die französische Presse an, daß man in der Abessinienfrage auf eine Aufhebung der Sanktionen zum 10. Juli hinsteuere. Eine Anerkennung der italienischen Eroberung Abessiniens durch den Völkerbund werde auf dieser Tagung nicht erfolgen, aber wohl für die Septembertagung eingeplant werden.

Der Negus verlangt eine Anleihe

Eine Note des Negus an die Völkerbundsversammlung

Der ehemalige abessinische Heerführer Ras Kassa übergab Donnerstag abend dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note des Negus, in der die Versammlung zur Abstimmung über zwei Entschließungen aufgefordert wird. In der ersten Entschließung sollen die Völkerbundsmitglieder ihre Treue zu den Artikeln 10 und 16 des Paktes bekunden und auf Grund dieser Artikel erklären, daß sie keine gewaltsame Aktion anerkennen. Die zweite Entschließung empfiehlt den Regierungen, dem Kaiser von Abessinien eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling zu verschaffen und fordert den Rat zu einer Beschlußfassung in diesem Sinne unter Heranziehung des Finanzausschusses des Völkerbundes auf.

Französische Projekte zur Rüstungsbegrenzung

Weshalb Frankreich die Rüstungsindustrie verstaatlicht

Der kürzlich von der französischen Regierung beschlossene Gesetzentwurf über die Nationalisierung der Kriegsindustrie ist am Donnerstag den Abgeordneten zugestellt worden. Der Entwurf umfaßt nur drei Artikel. Er bestimmt, daß durch Verordnung des Ministerrats auf Vorschlag des Kriegsministers, des Kriegsmarineministers oder des Luftfahrtministers

die völlige oder teilweise Enteignung

von Unternehmungen durchgeführt werden kann, die Kriegsmaterial herstellen oder damit handeln. Ein dreiköpfiges Schiedsgericht soll alle Streitfälle ohne Berufungsmöglichkeit regeln. Von der Veröffentlichung des Gesetzes an dürfen die betreffenden Unternehmungen — ob die Enteignung bereits durchgeführt ist oder nicht — nur unter Staatskontrolle arbeiten, ebenso wie die Vermittler und Agenten der Kriegsindustrie.

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf heißt es, daß durch die Nationalisierung und durch die Kontrolle der Kriegsindustrie die Forderungen des öffentlichen Gewissens weitgehend befriedigt würden. Das große Beispiel, das Frankreich durch seine kühnen Maßnahmen gebe, werde ähnliche Bestrebungen in anderen Ländern ermutigen, die den üblen Auswirkungen der privaten Waffenerzeugung ein Ende machen wollen. Dieses Beispiel werde die Wiederaufnahme von Verhandlungen erleichtern, die Frankreich vorschlagen werde, um zur Ausarbeitung eines Abkommens zu gelangen, daß die vorherige Veröffentlichung und die

Kontrolle der Kriegserzeugung

vorsehe. Ein solches Abkommen, das auf der Grundlage des in Genf 1935 mit Mehrheit angenommenen Vorschlages aufgebaut werde, solle die unterzeichnenden Mächte verpflichten, die im veröffentlichten Voranschlag aufgeführten Zahlen während des betreffenden Jahres nicht zu überschreiten und eine Kontrolle durchzuführen. Dieses Abkommen, so heißt es in der Begründung weiter, werden den Vorzug haben, das Geheimnis über den Rüstungswettlauf verschwinden zu lassen, und würde eine Art von Selbstbegrenzung mit sich bringen. Ein solches System würde eine große internationale Organisationsanstrengung bedingen, aus der dann bald die Organisierung des Friedens durch die kollektive Sicherheit und die allgemeine Rüstungsbegrenzung hervorgehen könnte.

Berliner Hoffnungen

Auf deutsch-französische Verhandlungen — Kommentare zu Blums Genfer Rede

In politischen Kreisen Berlins wird — wie PAT meldet — besondere Bedeutung der Rede Blums in Genf beigemessen. Trotz der Kritik und selbst der verschleierten Ironie, mit der man die Stellungnahme des Führers der französischen Sozialisten schildert, betont man mit außerordentlicher Genugtuung diejenigen Absätze der Rede, in denen Blum den Willen zur Aufnahme eines unmittelbaren Kontaktes mit Berlin zum Ausdruck brachte. Die deutschen Blätter erklären sogar, daß nach Informationen aus Genf in den Kreisen der französischen Delegation eine Bereitwilligkeit festzustellen sei, unmittelbare Verhandlungen zwischen Berlin und Paris schon in der nächsten Zeit, ohne Abwarten einer Antwort auf den Fragebogen, einzuleiten. In diesen Kreisen wird jedoch gleichzeitig auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, auf die diese Verhandlungen stoßen.

Blum wieder in Paris

Ministerpräsident Léon Blum ist am Donnerstag aus Genf kommend wieder in Paris eingetroffen.

Neue Grenzverletzung im Fernen Osten durch japanische Soldaten. Die sowjetrussische Nachrichtenagentur „Taß" meldet aus Chabarowsk einen neuen Grenzzwischenfall, der sich an der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze im Gebiet der früher schon vielgenannten Grenzstation Mandschurija abgespielt hat. Danach seien am 22. Juni nachmittags vier schwer bewaffnete japanische Soldaten, von Mandschurija kommend, an die Grenze herangeritten, hätten diese überschritten und seien schließlich drei Kilometer tief auf Sowjetgebiet von einem Trupp sowjetrussischer Grenzer festgenommen worden.

Badoglio Ehrenbürger von Rom. Marschall Badoglio ist auf Antrag des Gouverneurs von Rom das römische Ehrenbürgerrecht verliehen worden.

Presse-Spiegel

Das Fiasko der Sanktionen

Zum Ende der Sanktionen gibt der bekannte englische konservative Politiker Winston Churchill einen rückschauenden Ueberblick in der Weltpresse, in dem er die Ursachen des Versagens offen darlegt. Wir entnehmen dem Artikel folgendes:

„Unter peinlichen Begleitumständen sind die Sanktionen zusammengebrochen. Ein wenig rühmliches Kapitel britischer Außenpolitik hat sein Ende erreicht . . . Bestand jemals eine Wahrscheinlichkeit des Erfolges für diese Politik? Lag ein wirklicher Wille dieser Politik zugrunde? Oder war es nur eine vorgetäuschte, niemals ernstgenommene Politik? Erst am Anfang dieses Jahres, wie ich offen zugeben muß, begann ich den Sinn der Sanktionen zu verstehen. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde mir ihr Prinzip klar. Das Parlament aber hätte schon früher im Bilde sein müssen. Von Anfang bis zu Ende war die Sanktionspolitik sinnwidrig. Denn 1. hatte der Premierminister erklärt, daß die Sanktionen Krieg bedeuteten; 2. war er entschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen; 3. aber entschied er sich für Sanktionen. Diese drei Dinge ließen sich unmöglich unter einen Hut bringen. Es ist jetzt für jedermann klar, daß das Ganze mit einem Fiasko enden mußte.

Schon im Anfang der Entwicklung gab Mussolini zu verstehen, daß er sich mit Sanktionen abfinden würde, die lediglich das italienische Volk zu Einschränkungen zwängen, daß er aber Sanktionen, die die Bewegungsfreiheit seiner Armeen in Abessinien einschränken würden, als kriegerischen Akt anzusehen gedenke. Mussolini ging dabei von dem Gedanken aus, daß alle Entbehrungen und Unbequemlichkeiten das italienische Volk nur um so stärker an seine Person ketten würden. Es lag im Bereich seiner Absichten, den Druck der Sanktionen als ein willkommenes Mittel zur Schaffung einer verstärkten Selbstgenügsamkeit und Kriegsbereitschaft Italiens zu benutzen. Der Erfolg hat ihm recht gegeben. Was Mussolini sich nicht bieten lassen wollte, waren Maßnahmen, die seine Armeen an der Eroberung Abessiniens gehindert hätten. Bewußt oder unbewußt — wir wollen hoffen, unbewußt — hat sich das Sanktionskomitee des Völkerbundes, das mit der Ausarbeitung der Sanktionen befaßt wurde, ganz genau an die Grenzen gehalten, die der Angreifer selbst bestimmt hatte. Man betrieb die „Rettung Abessiniens" auf einer Linie, die alles vermied, was die italienischen Heere hätte stören können . . .

Jedenfalls steht fest: Die ganzen, mit so viel Aufwand zustandegebrachten Sanktionen, welche den Angreifer lähmen sollten, waren in Wahrheit gar keine Sanktionen, welche den Angreifer lähmen sollten, sondern nichts anderes als laue und halbe Maßnahmen, deren Hinnahme durch den Angreifer erwartet werden konnte, weil sie dazu beitrugen, den Kriegsgeist Italiens anzufachen.

Gewiß trifft es zu, daß es Sanktionen gab, besonderes finanzielle Maßnahmen, welche Italien allmählich der Möglichkeit beraubt hätten, seinen Bedarf an notwendigen Auslandswaren zu decken, wodurch schließlich auch seine Kriegsfähigkeit gelitten hätte. Aber die wichtigsten dieser finanziellen Sanktionen wären in ihrer Wirkung auch ohne Genf zustandegekommen. Italiens Kredit war bereits schwach und sein weiteres Sinken war sicher. Die normalen Reaktionen des Geld- und Kreditmarktes wären genau so wirkungsvoll gewesen wie die Beschlüsse des Völkerbundes.

Der Völkerbund hatte sich also, wie aus allem Gesagten zu entnehmen ist, auf eine im wesentlichen illusorische Sanktionspolitik festgelegt . . Die Genfer Politik folgte dem Prinzip harmloser Sanktionen ohne wirkliche Schlagkraft.

Es ist also einfach nicht wahr, wenn heute gesagt wird, wird, wirtschaftliche Sanktionen hätten ihre Wirkungslosigkeit erwiesen. Der entschlossene Wille, wirkliche und wirksame Sanktionen anzuwenden, hat gefehlt. Und dieser Wille fehlte, weil die maßgebenden Mächte von vornherein den inneren Vorbehalt machten, es dürfe nichts geschehen, was einen Krieg hervorrufen könne. Wenn wirtschaftliche Sanktionen von Anfang an mit rücksichtsloser Energie durchgeführt worden wären, so würden sie zweifellos die auf dem Vormarsch begriffenen italienischen Armeen gelähmt haben. Aber freilich, noch vorher hätte Mussolini die britische Flotte angegriffen oder zum mindesten seine Angriffsabsicht bekundet. Weil es dazu aber auf keinen Fall kommen sollte, war es unmöglich, wirksame Sanktionen in Gang zu setzen . . .

Die Moral der Entwicklung aber ist folgende. Erstens: man soll in der Politik nicht mit vorgetäuschten, nicht ernstlich gewollten Aktionen operieren. Zweitens: wenn es ein offenes Geheimnis ist, daß man auf keinen Fall Krieg führen will und auch nicht zu unternehmen gedenkt, was die andere Seite zum Angriff reizen könnte, dann sieht man besser davon ab, in einer heftigen Auseinandersetzung sich in den Vordergrund zu stellen. Man soll sich keine Führerrolle anmaßen, wenn man von vornherein entschlossen ist, sich nur mit bestimmten Einschränkungen einer Sache hinzugeben.

Es ist überreichlich Grund vorhanden, den schwächlichen und im Grunde auf Bluff berechneten Kurs zu verdammen, der — gewiß aus guten Motiven — verfolgt wurde. Es ist aber kein Grund vorhanden, an der Durchführbarkeit kollektiver Maßnahmen gegen einen Angreiferstaat zu verzweifeln. Im Gegenteil. Es gilt nach wie vor, daß eine genügende Zahl wohlausgerüsteter Nationen, bereit, wirtschaftliche Sanktionen energisch durchzuführen, in vielen Fällen den Angreifer zwingen wird, entweder seine Absicht aufzugeben oder eine geschlossene Front anzugreifen."

Warum Abessinien zusammenbrach

Während gerade jetzt wieder allerlei Gerüchte laut werden, die von neuen Kampfhandlungen in Abessinien und der Neubildung abessinischer Armeen wissen wollen, hält die große Presse die abessinische Widerstandskraft für erledigt und nicht mehr wiederherstellbar. Die Ursachen des Zusammenbruchs, nach dem eine Erneuerung nicht mehr möglich scheint, sieht die „Neue Zürcher Zeitung" folgendermaßen:

„Beide Gegner haben sich in der Schlacht als tapfere, mutige Kämpfer ausgezeichnet. Wenn sich die Erfolgsaussichten des Krieges für die Abessinier trotz ihrer Beweglichkeit, Gewandtheit und häufig bis zum Fanatismus gesteigerten Hingabe und trotz der Gunst des Geländes und ihrer Gewöhnung an das Klima in so kurzer Zeit völlig hoffnungslos gestalteten — als was sie zu Beginn des Feldzuges keineswegs galten — liegt die Ursache neben der völlig ungenügenden Bewaffnung und Ausbildung in erster Linie in der unzulänglichen Führung der Armee des Negus. Es ist während des Krieges viel, aber im Grunde wenig über den Anteil europäischer Instruktoren an der abessinischen Kriegführung bekannt geworden. Diese Ratgeber scheinen der Eingeborenenarmee kaum etwas genützt, sondern im Gegenteil ganz erheblich geschadet zu haben. Obwohl einzelne unter ihnen schon seit Jahren in den Diensten des Negus gestanden hatten, fehlten zu Beginn des Krieges irgend welche operative Pläne für die Verteidigung des Landes. Die ausländischen „Experten", größtenteils gestrandete Existenzen ohne jegliches taktisches Können, waren zu nichts weiter fähig, als die Leibgarde des Negus zu einer kleinen Paradearmee zu drillen, mit der der afrikanische Fürst sein Bedürfnis nach Imitation europäischer Sitten und Gebräuche befriedigte. Bei solchen zwecklosen Exerzierübungen mußten die den abessinischen Soldaten angeborenen kriege-

Danziger Nachrichten

Lehrreiche Vergleiche

Aus den neuen Etats für Soziales und Kultur

Nachdem nunmehr wohl die Uebersiedlungsaktion der Pensionäre und Rentner ihren Abschluß gefunden hat, läßt jetzt der Etat für Soziales und Gesundheitswesen die praktische Auswirkung dieser Aktion erkennen. Aus dem Etat für 1935 war zu ersehen, daß

von 11 698 Altpensionären, Rentnern, Kriegsbeschädigten und Witwen 10 043 in Danzig verblieben sind.

Demnach sind nur 1655 in Abgang gekommen. Jetzt sind nur noch 9853 Versorgungsberechtigte vorhanden, doch ist deren Verminderung wohl nicht mehr auf die Umsiedlung, sondern auf natürlichen Abgang durch Tod, Heranwachsen der Waisen u. a. zu erklären. An Renten und Pensionen werden gegenüber dem Vorjahre 1.6 Millionen Gulden eingespart, wofür auch die entsprechenden Rückeinnahmen in Fortfall kommen.

Mit einem Einnahmerückgang von 60 000 Gulden rechnet die Staatliche Frauenklinik durch Rückgang der Belegung. Das kann sowohl auf Rückgang der Geburten, wie auf Nachlassen der Zahlungsfähigkeit zurückzuführen sein. Die allgemeine Notlage wird auch durch die Erläuterungen zu einzelnen Ausgabeerhöhungen bestätigt, wo das erforderliche Mehr mit „erhöhtem Bedarf infolge Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage“ oder mit der „Umwertung des Guldens“ begründet wird.

Die Erwerbslosigkeit

Die von Herrn Forster so oft „bewiesene Besserung auf dem Arbeitsmarkt“ findet in der Haushaltsposition der Erwerbslosenfürsorge keine Bestätigung. Im Jahre 1934 wurde den Gemeinden vom Staat für Erwerbslosenunterstützung 7.7 Millionen Gulden erstattet. Für 1935 waren für den gleichen Zweck gar 8 Millionen Gulden und für 1936 sind 7.3 Millionen Gulden vorgesehen. Das deutet darauf hin, daß die Behörden mit einem gleichbleibenden Stand rechnen. Bei dieser unveränderlichen Höhe der Ausgaben ist zu berücksichtigen, daß jetzt ganze Berufsgruppen und Altersklassen vom Bezuge der E. U. ausgeschlossen sind.

Für die Landarmenverwaltung sind 170 000 Gulden mehr eingesetzt, die mit folgendem begründet werden: Mehrkosten für Anstaltsunterbringung in Deutschland 125 000 Gulden. Kosten der Sicherungsverwahrung (neu!) 25 000 Gulden. Steigerung der

Kosten für Unfruchtbarmachung

von 12 000 auf 32 000 Gulden. Damit sind die in den Etats enthaltenen Gesamtkosten für die Sterilisierung, die im vergangenen Jahre mit rund 25 000 Gulden beziffert werden konnten, auf rund 50 000 Gulden gestiegen.

Ein Betrag, der im Vorjahre mit 30 000 Gulden für „Kartoffelversorgung für die unbemittelte Bevölkerung“ eingesetzt war, ist im diesjährigen Etat gestrichen.

In welchem Maße

die sozialen Maßnahmen eine Einschränkung erfahren

haben, ist am besten bei der „ergänzenden Fürsorge“ für Kriegsopfer ersichtlich. Im Jahre 1932 wurden hierfür noch 337 640 Gulden ausgegeben, für 1936 sind dagegen nur noch 160 000 Gulden veranschlagt. 1932 kamen noch 35.75 Gulden, jetzt aber nur noch 25.30 Gulden auf den Kopf des Versorgungsberechtigten. Das mag für die Kriegsopfer, denen gerade jetzt zuweilen vorgehalten wird, daß sie „die ersten Bürger des Staates“ geworden seien, bitter sein, auch deswegen, weil bei Beamten der Unterstützungssatz mit 16 Gulden und der Notbeihilfesatz mit 33 Gulden veranschlagt ist. Beträge, die zwar auch nicht dem Schwund der Kaufkraft entsprechend erhöht, aber doch wenigstens nicht herabgesetzt worden sind.

Der Haushalt für

Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen

weist gegenüber dem Vorjahre eine Senkung der Ausgaben von rund 3 Millionen Gulden auf, die zum überwiegenden Teil auf den Wegfall der Theaterbaukosten, dann aber auch auf Kürzung von Personalkosten, darunter allein bei den Volks- und Mittelschulen um 300 000 Gulden, zurückzuführen ist. Das Staatstheater rechnet im kommenden Jahr mit einer Mehreinnahme von 123 000 Gulden. Wie bereits bei der Beratung des vorjährigen Etats beanstandet wurde, sind wieder für Organisationen folgende Ausgaben eingesetzt, die nach Lage der Dinge ausschließlich nationalsozialistischen Vereinen zugute kommen, und zwar: Für Erziehungsarbeit der deutschen Jugend 17 400 Gulden, Unterstützung des Hochschulsports der Deutschen Studentenschaft 9600 Gulden, Beihilfen für Verbände und Vereine 10 200 Gulden. Die Landeskulturkammer erhält einen staatlichen Zuschuß von 10 920 Gulden. Die Unterhaltskosten für fünf Landjahrheime sind mit 60 000 (im Vorjahre 75 000) Gulden veranschlagt. Von dieser Einrichtung sagt die „Danziger Neueste“, daß sie der Führererziehung dienen und die Jugend „in erster Linie zu bewußten Kämpfern der nationalsozialistischen Weltanschauung“ machen sollen. Sie vergleicht das Landjahr mit der Erziehung in den früheren Kadettenanstalten.

Aus dem Abschnitt „Fürsorgeerziehung und Jugendpflege“ wird ersichtlich, daß

der Staatliche Jugendpfleger

nunmehr ins Beamtenverhältnis (Gruppe A 4a) aufgerückt und in den Etat mit einem Gehalt von 4560 Gulden eingesetzt ist. Der bisherige Zuschuß für den Unterhalt seines Autos ist zwar gestrichen, aber der gleiche Betrag als „Reisekosten“ wieder eingesetzt.

An der Hochschule für Lehrerbildung ist ein Dozent eingespart worden. Ob man auf Absichten eines Abbaus dieser mannigfach beanstandeten Einrichtung schließen kann?

Bei der

Betrachtung der Schuletats

kann man nicht an der Rede des Kultussenators Boeck vorübergehen, die er Anfangs Mai im Volkstag gehalten hat, deren genauer Wortlaut aber bis heute noch nicht vorliegt, da der Volkstagspräsident Ferien angeordnet hat, ohne zuvor das Protokoll der nunmehr bereits zwei Monate zurückliegenden Sitzung an die Abgeordneten verteilen zu lassen. Nach dem Bericht der „Danziger Neuesten Nachrichten“ hat Senator Boeck damals ausgeführt, „er habe 200 Schulen erst wieder mit Kreide und Schwamm versehen müssen, obwohl die damalige Regierung mehr Geld hatte, als die heutige, habe sie nichts geleistet.“ Als diese Redewendung in der Presse einer eingehenden Untersuchung unterzogen wurde und Widerlegung fand, berichtigte die „Neueste“ ihre ursprünglichen Ausführungen und meinte, Senator Boeck habe gesagt, daß er bei seinem Antritt rund 200 Schulen des Landgebietes erst wieder habe baulich instandsetzen müssen und sogar einige Schulen aus dem Landkreise Danziger Höhe mit Schwämmen und Kreide habe versehen müssen.“ Die „Volksstimme“ ist bereits in ihrer Nummer vom 16. Mai auch auf diese Dinge näher eingegangen und hat nachgewiesen, daß während der Zeit der „marxistischen Mißwirtschaft“ allein auf dem Lande 32 Schulneu- und umbauten durchgeführt worden sind.

Wie auf anderen Gebieten, so hält auch auf diesem die Tätigkeit der früheren Regierungen einen Vergleich mit der Jetztzeit aus.

In den letzten drei Jahren (1934 bis 36) sind für „Baubeihilfen und Ergänzungszuschüsse an leistungsschwache Schulgemeinden 380 560 Gulden ausgegeben bzw. veranschlagt. In den drei Jahren der „roten Mißwirtschaft“ (1928 bis 30) sind für den gleichen Zweck aber 944 018 Gulden ausgegeben worden. Das ist das Zweieinhalbfache der jetzigen Aufwendungen, wobei noch die damalige höhere Kaufkraft des Guldens in Betracht gezogen werden muß. Die Behauptung, daß die damalige Regierung nichts geleistet habe, obwohl sie mehr Geld hatte, wird also durch die Zahlen der Etats nicht bestätigt.

Die im Hauptausschuß des Volkstages vom Oberregierungsrat Schramm erhobenen Vorwürfe, die früheren Regierungen hätten auch nichts für Sportplätze und Turnhallen getan, werden wir in einem besonderen Artikel unter Angabe von Zahlenmaterial einer Würdigung unterziehen.

Schadenersatzanspruch anerkannt

Die Mißhandlungen der Deutschnationalen Grönke, Bachmann und Reißner
Aerztliche Gutachten — Aussage der Gefängniskalfaktoren

Ende Juli des vergangenen Jahres wurden einige Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei festgenommen. Einige der Verhafteten haben später behauptet, daß sie im Polizeipräsidium von Angehörigen der politischen Polizei zum Teil recht erheblich mißhandelt wurden. Es hat auch in diesem Zusammenhang ein Strafverfahren geschwebt, das die Bezeichnung trug: „gegen Tuchel und Genossen“. Das Verfahren ist eingestellt worden, weil der Amnestierichter der Meinung war, daß die Beamten die Straftat aus ihrer politischen Einstellung heraus begangen haben und deshalb unter die Amnestie fallen. Die mißhandelten Angehörigen der Deutschnationalen Volkspartei sind dagegen der Meinung, daß die Mißhandlung keine politische Straftat gewesen ist, sondern ein Verbrechen im Amte, das mit Zuchthaus zu bestrafen wäre.

Da das Strafverfahren nicht zur Durchführung gelangen konnte

haben einige der damals verhafteten Deutschnationalen eine Zivilklage angestrengt,

die schon vor Wochen einmal verhandelt wurde. Der Einzelrichter des Landgerichts hat diesen Prozeß an die Kammer verwiesen, und am gestrigen Donnerstag, dem 2. Juli, wurde vor der Zivilkammer — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Rumpe — über diese Schadenersatzforderung verhandelt. Folgende drei Angehörigen der Deutschnationalen Volkspartei traten als Kläger auf: 1. Der Fleischbeschauer a. D. Albert Gröning, 2. der Modelltischler Hermann Bachmann und 3. der kaufmännische Angestellte Harry Reißner. Gröning verlangt die Feststellung der Schadenersatzpflicht für allen Schaden, der ihm zugefügt worden ist, außerdem ein Schmerzensgeld von 500 Gulden und eine weitere Summe von 100 Gulden, die er sich von seinem Bruder zu dem Zwecke geborgt hat, um eine ärztliche Behandlung zu ermöglichen. Hermann Bachmann verlangt ein paar hundert Gulden Schadenersatz, ein Schmerzensgeld in einer vom Gericht festzusetzenden Höhe und weiterhin die Feststellung, daß der Senat allen Schaden trägt, die aus den Mißhandlungen stammen. Harry Reißner verlangt 500 Gulden Barentschädigung und 500 Gulden Schmerzensgeld.

Zu der gestrigen Verhandlung waren Gröning und Bachmann anwesend. Reißner befindet sich in Deutschland, er dient bei der Reichswehr. Bachmann wurde von Rechtsanwalt Friedrich vertreten, Gröning und Reißner von Rechtsanwalt Weise. Für den Senat war Rechtsanwalt Dr. Erich Willers I anwesend. Beamte der politischen Polizei waren nicht anwesend.

Aerztliche Feststellungen

Die Verhandlung begann mit der Vernehmung von Aerzten, bei den die Mißhandelten in Behandlung gewesen sind. Es wurde zunächst Professor Klose vom Städtischen Krankenhaus vernommen, der Bachmann am 3. August 1935 untersucht hat. Prof. Klose war in seinen Aeußerungen sehr zurückhaltend. Der objektive Befund hat aber ergeben, **daß sich an dem Körper des Klägers Bachmann, im Gesicht und über dem Auge blutunterlaufene und verfärbte Stellen befunden haben.** Nach der Farbenskala der Blutergüsse neigt Prof. Klose zu der Annahme, daß die Verletzungen, die dem Kläger etwa 5 Tage vor der Untersuchung beigebracht wurden, durch stumpfe Werkzeuge verursacht worden sind.

Was der Kalfaktor beobachtete

Die wichtigste Aussage machte der frühere Strafgefangene K., der als Kalfaktor im Polizeigefängnis tätig war und sowohl Bachmann als auch Gröning unmittelbar nach ihren Mißhandlungen gesehen hat. Der Kalfaktor hat im ersten Stock Dienst getan. Der Korridor, auf dem er sich meistens aufhält, ist von dem Treppenhaus durch eine Eisengitterwand getrennt. Wenn aus dem Erdgeschoß ein Verhafteter nach oben geschickt wird, so haben die Wachtmeister die Angewohnheit, die Ankunft eines neuen Häftlings nach oben zu signalisieren. Das machen sie, indem sie mit einem Schlüssel an das Eisengeländer klopfen. Der Kalfaktor K. hörte dieses ihm bekannte Signal und stellte sich an das Gitter, um den neuen Häftling in Empfang nehmen zu können. Der Mann, der aber nach oben kam, war der Kläger Bachmann, ein 39jähriger Mann, der im Krieg gewesen ist und an Darmblutungen leidet. Der Zeuge schilderte, daß Bachmann sich nur mit Mühe an dem Geländer hochgezogen hat. Ihm mußte auch sofort ein Bad verabfolgt werden, weil er sich beschmutzt hatte.

Auch hat der Kalfaktor zahlreiche Verletzungen an dem nackten Körper des Bachmann wahrgenommen.

Es waren rote Striemen. Bachmann ist dann auch von dem Medizinalrat Dr. Karehnke untersucht worden, und es sind ihm schmerzstillende Medikamente verabreicht worden.

Der Hilfskalfaktor T. machte über die Vorgänge nach der Mißhandlung des Bachmann interessante Angaben. Er erzählte, daß er an dem Tage, an dem Bachmann mißhandelt wurde, nicht aus der Zelle gelassen wurde, weil er nach Angaben des Kalfaktors K. die Verletzungen des Bachmann nicht sehen sollte.

Die Kalfaktoren behaupten auch, daß Bachmann so schwach war, daß er in der Badewanne ertrunken wäre, wenn ihn der Kalfaktor K. nicht gestützt hätte. Dem Kläger Gröning sind tagelang Umschläge mit essigsaurer Tonerde gemacht worden, um die Schmerzen zu mildern.

Beide Kalfaktoren haben auch Gröning gesehen. Gröning war, bevor er zur Vernehmung zur politischen Polizei geholt wurde, frisch und normal. Als er zurückkam, konnte er

sich knapp auf den Beinen halten, war im Gesicht stark schwollen und hielt ein Taschentuch an das linke Ohr, aus dem eine Flüssigkeit lief.

Gröning hatte den Kalfaktoren erzählt, daß er von den Beamten der politischen Polizei mißhandelt worden sei. Er ist dann auch zu dem Ohrenarzt Dr. Korte in Begleitung eines Kriminalbeamten geführt worden. Dr. Korte hat zunächst nicht gewußt, um was es sich handelt, und auch nicht gewußt, daß der begleitende Mann ein Kriminalbeamter war. Er hat also ganz unvoreingenommen die ersten Feststellungen machen können und seine Untersuchung ergab, daß eine Mittelohrentzündung bei Gröning vorliegt und sich außerdem im rechten Ohr ein Bluterauf befindet. Der Arzt hat zunächst angenommen, daß es sich um eine Verletzung handelt, die Gröning, weil es Sommer war, sich bei einem verunglückten Kopfsprung beim Baden zugezogen habe. Gröning hat auf den Arzt auch einen ganz benommenen Eindruck gemacht. Der Arzt hat ihm noch schmerzstillende Tabletten verschrieben. Gröning ist dann Patient im Marien-Krankenhaus gewesen und später in das Städtische Krankenhaus eingeliefert worden. Ueber den Aufenthalt im Städtischen Krankenhause sagte der 28jährige Assistenzarzt Wolfgang von Drigalski aus. Er ist der Meinung, daß Gröning etwas simulierte. Er hat ihm aber doch den Rat gegeben, das Fahren von Kraftwagen bis zur Klärung der ganzen Angelegenheit zu unterlassen.

Ueber die Verletzungen wurde auch ein weiterer Zeuge, der 63 Jahre alte Wilhelm E. gehört, der wegen eines Zwischenfalls, den er in Praust mit dem dortigen Amtsvorsteher Milz gehabt hat, in Schutzhaft genommen worden war. Auch E. sagte ähnlich aus wie die beiden Kalfaktoren.

Ueber Reißner ließen sich im Augenblick keine besonderen Feststellungen machen, da keiner der Zeugen gesehen hat, daß Reißner mißhandelt war. Reißner hat allerdings den Kalfaktoren erzählt, daß er mißhandelt wurde. Diese Aussage wurde in der gestrigen Verhandlung zu Protokoll genommen.

Mit der Zeugenvernehmung war die gestrige Verhandlung beendet. Plädiert wurde nicht, die Rechtsanwälte verwiesen auf ihre Schriftsätze. Gerichtspräsident von Hagens wohnte eine kurze Zeit der Verhandlung bei. Das Gericht beabsichtigte, am Schluß der Zeugenvernehmung einen Verkündungstermin innerhalb von 14 Tagen anzusetzen, doch kam man davon ab. Das Urteil wurde noch am gestrigen Donnerstag gesprochen.

Das Urteil

Die Erste Zivilkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Rumpe sprach noch gestern das Urteil. Es war ein Teilurteil, nach dem **den Klägern der Schadenersatzanspruch zugesprochen wurde.** Die Summen müssen selbstverständlich noch substantiiert werden. Im Falle Reißner ist noch ein Beweisbeschluß ergangen. **Die Kläger haben also ihre Klage dem Grunde nach gewonnen.**

Das Fischereirecht in Mottlau und Toter Weichsel

Kinderreichen Berufsfischern entzogen — Dem Anglerklub übertragen

Nach mehr als dreimonatiger Pause trat am gestrigen Donnerstag, dem 2. Juli die Stadtbürgerschaft zu einer Sitzung zusammen. Die letzten Sitzungen, am 23. März und 31. März, hatten die Etatsberatungen für das Jahr 1935 gebracht. Inzwischen sind die Stadtverordneten in den Besitz der Haushaltspläne für 1936 gekommen, allerdings mit Ausnahme des Haupthaushaltsplanes. Von einer Beratung der Haushaltspläne ist jedoch noch nichts zu hören.

Die gestrige Sitzung der Stadtbürgerschaft war nur sehr kurz. Die Nationalsozialisten ließen, da sie die Mehrheit haben, ihre „Abstimmungsmaschine“ laufen und verhalfen dadurch allen Senatsvorlagen zur Annahme. Zunächst wurden einige Ausschüsse umbesetzt. Dann gab der Vorsteher Eggert bekannt, daß in den Ausschuß zur Wahl der Schöffen und Geschworenen beim Amtsgericht in Danzig vier Nationalsozialisten als Vertrauenspersonen und vier weitere Nationalsozialisten als Stellvertreter von der nationalsozialistischen Mehrheit gewählt worden sind. Diese „Wahl“ ist nach einer Verordnung, die im Gesetzblatt Nr. 60 vom 23. 8. 33 erschienen ist, möglich geworden. Früher wurden die Ausschußmitglieder direkt durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die betreffende Gesetzesbestimmung hatte folgenden Wortlaut (§ 40 alte Fassung): Die Vertrauenspersonen werden aus den Einwohnern der Amtsbezirke, durch die Kreistage, in den kreisfreien Städten durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die Wahl ist nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den

Süßwein Liter 2.25
Woythaler
Danzig, Hundegasse 15 . Langfuhr, Adolf-Hitler-Str. abs 6

Grundsätzen der Verhältniswahl zu vollziehen, sofern mindestens zwei Personen zu wählen sind, andernfalls nach der absoluten Mehrheit.

Diese Gesetzesvorschrift wurde am 23. 8. 33 wie folgt abgeändert: Die Wahl erfolgt nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

Darum sind nur Nationalsozialisten in den Ausschuß gekommen.

Die Fischerei in der Mottlau und der Toten Weichsel

Eine Diskussion gab es bei dem Bericht des Eingabenausschusses, der einen Antrag der Danziger Fischereigenossenschaft auf die teilweise Verpachtung der Mottlau und der Toten Weichsel zur Fischereinutzung abgelehnt hatte. Zu diesem Punkt sprachen die Abgeordneten Cornelsen (Soz.) und Serotzki, die beide verlangten, daß den Mitgliedern der Fischereigenossenschaft, die fast alle kinderreiche Familienväter sind, die Erlaubnis zum Fischen gegeben werde. Der Nationalsozialist Gräske verteidigte die Ablehnung des Antrages, weil das Fischereirecht an den Danziger Anglerklub verpachtet ist.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Nationalsozialisten die Sportausübung über den Broterwerb stellen!

In der geheimen Sitzung wurden Verpachtungen, Geländeverkäufe, Anstellungen und Pensionierungen vorgenommen.

Mutter und Tochter

Der Einbruch auf Zigankenberg — Anna, die hoffnungsvolle Fünfzehnjährige

In der Anklagebank des Amtsgerichts für Strafsachen nahm ein merkwürdiges Gespann Platz. Es war die 39jährige Ehefrau Maria Konkol aus Danzig-Zigankenberg und ihre 15jährige Tochter, Anna Konkol, die zurzeit in der Erziehungsanstalt „Zum guten Hirten" in Konradshammer untergebracht ist, von wo sie zu der Verhandlung durch einen Schutzpolizisten vorgeführt wurde. Beide sind des schweren Einbruchsdiebstahls angeklagt und wurden Mitte Januar in das Polizeigefängnis eingeliefert.

Die Veranlassung bildete ein Einbruch in die Wohnung des Architekten Herbert Schrader am 13. Januar dieses Jahres. Der oder die Täter hatten eine Glasscheibe der Veranda zerschlagen, den Riegel des Fensters von innen geöffnet und waren so in die Veranda gelangt. Mit Nachschlüsseln war es dann ein leichtes, in die übrigen Räumlichkeiten hineinzugelangen, zumal der Besitzer sich gerade in Königsberg befand. Die wertvollsten Sachen, wie Kristallvasen, Standuhren, Teppiche usw., die in den Räumen herumstanden oder lagen, wurden mitgenommen. Insgesamt Gegenstände im Werte von zirka 700 Gulden.

Die herbeigerufene Kriminalpolizei stellte zunächst in dem Schnee Fußspuren fest, die von dem Schraderschen zu dem Konkolschen Grundstücke liefen. Auch auf dem frisch lackierten Fußboden des Schraderschen Besitztumes zeigten sich dieselben Fußspuren von Gummischuhen. Die Schuhe, die zu dieser Spur paßten, wurden in der Konkolschen Wohnung gefunden und waren Eigentum der 15jährigen Anna. Auch eine Zange, die zum Oeffnen einer Schranktür benutzt werden sollte, was jedoch nicht gelang, wurde bei dieser Haussuchung vorgefunde. Trotz dieser Indizien bestritten sowohl Mutter wie auch Tochter von der Polizei, irgendetwas mit dem Einbruch zu tun zu haben.

Am 18. Januar legte die Tochter ein Geständnis ab, das aber nicht den Tatsachen entsprechen konnte. Sie hatte angegeben, daß sie mit einem BdM.-Mädchen, Grete Laschewski, auf die eingangs erwähnte Weise in die fremde Wohnung eingestiegen sei, die entwendeten Sachen aber durch das BdM.-Mädchen und einen Hitlerjungen in zwei Säcken auf einem Schlitten fortgeschafft worden wären. Weder das BdM.-Mädchen noch der Hitlerjunge konnten durch die Polizei gefunden werden.

Nachdem Anna sich im Polizeigefängnis mit ihrer Mutter durch den Luftschacht der Zelle verständigt hatte,

wofür sie für 24 Stunden in den Keller eingesperrt wurde, widerrief sie dieses Geständnis. Dem Architekten Schrader, der sie im Gefängnis aufsuchte, gestand sie auch ihre Tat, um sie später zu widerrufen. Am 20. Januar legte sie ein neues Geständnis ab. Dieses glich dem ersten.

Vor dem Untersuchungsrichter gab das Mädchen am 23. Januar überhaupt keine Auskunft. Am 24. Januar erklärte sie aussagen zu wollen und leugnete die Tat. Erst bei einer Vernehmung am 25. Januar bestätigte sie ihr belastendes polizeiliches Protokoll in vollem Umfange. In der Hauptverhandlung leugnete sie wieder alles. Das Gericht hielt das abgelegte Geständnis mit gewissen Einschränkungen für wahr.

Der Leumund

Recht interessant gestaltete sich auch die Vernehmung des Hauptwachtmeisters Heinrich vom Damaschkeweg, der die ersten Ermittlungen leitete. Da er die Familie Konkol schon seit Jahren kennt, wurde er insbesondere nach deren Leumund gefragt. Nach seinen Angaben ist Frau Maria Konkol nicht nur mehrmals wegen Eigentumsvergehens vorbestraft, sondern sie hat darüber hinaus oftmals im Diebstahlsverdacht gestanden. Doch konnte man ihr nichts nachweisen. Das 15jährige Fräulein Anna war schon in der Schule durch ihr lügenhaftes und unredliches Verhalten unbeliebt gewesen. Schon einmal mußte sie mit der Fürsorgeanstalt in Konradshammer Bekanntschaft machen. Sie hatte ihren eigenen Vater der Vornahme unsittlicher Handlungen an ihr selbst bezichtigt. Diese Angaben stellten sich bei der näheren Untersuchung als unwahr heraus.

Der Aufenthalt in der Fürsorgeanstalt muß aber wenig Erfolg gehabt haben. Als sich

Fräulein Anna von 1932 bis 1935 im BdM. befand, kamen auch von dorther Klagen.

Einmal waren 5 Gulden verschwunden. Da die ganze BdM.-Schar stritt, mußten sich alle Mädchen nackt ausziehen. Bei diesem Experiment wurden die 5 Gulden bei Anna Konkol gefunden. Diese Komödie hat sich bei der Schar 7 des BdM., die ihre Heimabende in der Blindenanstalt am Königstaler Weg hatte, zugetragen. Alle Ermahnungen haben nichts genutzt, zum ersten Male mußte sich jetzt der Strafrichter mit dieser Jugendlichen, die auf diesem Gebiet noch zu großen Hoffnungen berechtigt, befassen.

Das Gericht hatte keinerlei Zweifel, in diesem Mädchen einen der Täter zu sehen. Schwieriger war die Klärung der Frage nach dem Helfershelfer. Obwohl die Mutter von ihrer Tochter einmal der Anstiftung bezichtigt worden war, reichte das für eine Bestrafung nicht aus. So beantragte der Vertreter der Anklage gegen Frau Maria Konkol einen Freispruch mangels Beweises. Gegen die Tochter, bei der noch die Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes zu beachten waren, wurde eine Gefängnisstrafe von drei Monaten beantragt. Der Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Kessel, sprach sein Urteil antragsgemäß. In der Begründung hob er hervor, eine äußerst verderbliche Jugendliche abgeurteilt zu haben, deren Frechheit und Lügenhaftigkeit einzig dastehe. Anna Konkol wurde wieder nach Konradshammer durch den Schutzpolizisten zurückgebracht.

„Ehret den Arbeiter!"

Wie es einem 60 Jahre alten Arbeiter in der Waggonfabrik erging

Vor dem Arbeitsgericht erschien der 60 Jahre alte Stellmacher D., der durch Klage gegen seine Entlassung Einspruch erhoben hatte. D. war bei der Danziger Waggonfabrik beschäftigt und hat

in diesem Betrieb mit nur ganz kurzen Unterbrechungen 35 Jahre lang gearbeitet.

In letzter Zeit ist D. schon einige Male entlassen worden, wurde dann aber immer wieder eingestellt. Der Kläger behauptet nun, daß er aus politischen Gründen entlassen worden ist. In seinen Ausführungen vor Gericht geht er auf die vorletzte Entlassung im Oktober v. J. ein. Damals ist ihm mit noch vier weiteren Arbeitern gekündigt worden, jedoch wurde, als der Kläger nicht mehr im Betrieb war, bei den vier anderen die Kündigung zurückgenommen. Einige Tage nach seiner Entlassung, die wegen Mangel an Arbeit erfolgte, sind dann eigenartigerweise einige Arbeiter neu eingestellt worden. Auf seine Vorstellungen bei der Direktion des Betriebes ist ihm dann auch Wiedereinstellung versprochen worden, er sollte sich nur die Genehmigung des Landesarbeitsamtes besorgen, was auch geschah. Als er jedoch zu seinem Meister in die Werkstatt kam, erklärte dieser, daß er ihn nicht einstellen könne, weil die Belegschaft nicht mit ihm zusammenarbeiten wolle, was der Meister aber nicht billige. Bei einer Unterhaltung fragte dieser einen anderen Meister, der Mitglied des Vertrauensrates ist, was D. nun eigentlich tun solle:

darauf erwiderte der „Vertrauensmann", er solle doch „zu den Pfeifen" gehen.

Der Kläger wurde dann erst im Februar d. J. eingestellt hat dann bis Anfang Mai gearbeitet. Jetzt ist D., der ein ganzes Menschenalter lang dem Werk treu gedient hat,

als 60jähriger Mann auf die Straße geflogen, während ganz junge Leute weiterbeschäftigt werden.

D. ist Katholik, als „schwarz" verpönten und dauernd Schikanen von Pgs ausgesetzt gewesen. Bei den letzten Entlassungen ist kein Pg. entlassen worden, sondern solche, die nur der Arbeitsfront angehören. Aus all diesen Gründen kommt der Kläger zu der, wie er zum Ausdrucken, Amtsgerichtsrat Dr. Birk, sagte, festesten Ueberzeugung,

daß er aus politischen Gründen entlassen wurde.

Der Vertreter des Betriebes, der mit noch zwei Angestellten zur Verhandlung erschienen war, ein Oberingenieur, konnte die Ausführungen nicht widerlegen, sondern beschränkte sich darauf, sie etwas abzuschwächen und die Verhältnisse zu bereinigen. Der Vorsitzende schlug nun, wie er sagte, dem Kläger das Gefühl der politischen Maßregelung zu nehmen, einen Vergleich vor, dahin lautend, daß der Kläger für eine begrenzte Zeit, und zwar vom 2. Juni bis zum 8. Juli 1936, wieder eingestellt wird. Der Vertreter der beklagten Waggonfabrik nahm diesen Vorschlag sehr widerstrebend hin. Er konnte nicht zusagen und das Werk hat sich daher bis zum 30. Mai auf die Klage und den Vergleichsvorschlag des Gerichts zu äußern.

Ob sich der Kläger mit diesem Vorschlag einverstanden erklären wird, steht ebenfalls noch nicht fest, denn es besteht die Gefahr, daß er dann am 9. Juli entlassen und überhaupt nicht mehr eingestellt wird. Das wäre eine ungerechte Härte. Der Arbeiter müßte seinen Prozeß gewinnen.

Die große Briefmarkenausstellung in Newyork

Ein Danziger Ausstellung prämiiert

Vom 9. bis 17. Mai tagte in Newyork die bisher größte internationale Briefmarken-Ausstellung. Welche Menge von Raritäten und kostbaren Sammlungen in den gewaltigen Ausstellungsräumen zusammengetragen war, läßt sich kaum schildern. Die Ausstellung bedeckte einen Raum von 4200 Quadratmeter. Die bisher größten internationalen Ausstellungen erforderten höchstens einen Raum von 2000 Quadratmeter. Die Riesenausstellung war für alle Briefmarkenfreunde eine Augenweide. Etwa 140 Verkaufsstände waren eingerichtet, um den Verkauf und den Tausch von Briefmarken auf der Ausstellung reibungslos bewältigen zu können. So ein Treffen war noch nicht dagewesen; es waren Händler und Sammler aus der ganzen Welt vertreten. Fünfzehn Postverwaltungen hatten ihre Schätze ausgestellt. Danzig und Deutschland fehlten. Das führte dann dazu, daß die Deutsche Flagge nicht wehte, während fast alle Länder der Welt ihre Flaggen zeigten. In acht Tagen hatten sich etwa 120 000 Besucher eingefunden. An den zwölf Schaltern sind für 200 000 Dollar Briefmarken verkauft worden, ferner 1 120 000 Ausstellungsblocks. 800 Sammlungen waren ausgestellt, davon ein Drittel aus USA. Auch ein Danziger befand sich unter den Ausstellern, und zwar Josef Goldberger. Er wurde für seine Schrift über „Die Entwicklung des Danziger Postwesens vom 15. Jahrhundert bis auf den heutigen Tag" prämiiert.

Ein Zwischenfall

Von der großen Zahl der deutschen Briefmarkenhändler hatte sich eine erhebliche Zahl zur Teilnahme gemeldet; doch scheiterte ihre finanzielle Lage. Devisenschwierigkeiten sie davon abgehalten zu haben, die Newyorker Briefmarken-Ausstellung zu besuchen. Nur sieben deutsche Briefmarkenhändler waren persönlich in Newyork erschienen. Auch der Präsident des Internationalen Postwertzeichenhändler-Verbandes, Herr Alfred Buck aus Berlin, hatte sich mit dem Dampfer „Bremen" nach Newyork begeben, um an der Ausstellung teilzunehmen. Der Präsident der Ausstellung begrüßte die deutschen Gäste mit einem Händedruck, wandte sich dann aber bald darauf wieder an Herrn Buck mit den Worten: „Sind Sie vielleicht Herr Buck aus Berlin?" Dieser bejahte die Frage, worauf der Ausstellungspräsident Herrn Buck entgegnete: „Es tut mir furchtbar leid, daß ich ihnen die Hand gegeben habe, denn dann sind Sie ja der Mann, der als Fachschaftsleiter unseren Kollegen Kosiek ins Gefängnis gebracht hat." Herr Buck fuhr mit dem nächsten Dampfer nach Europa zurück. Es berichteten amerikanische Zeitungen in großer Aufmachung

Aus dem Osten

Lottchen besucht ihren alten Arbeitsplatz

Mit 4500 Mark zog sie wieder ab

Lottchen erinnerte sich ihrer früheren Arbeitgeberin in Tilsit, bei der sie als Verkäuferin gewesen war. Lottchen beschloß der weit über 70jährigen Dame einen Besuch abzustatten.

In der Ausführung ihres Besuches hatte sich Lottchen etwas verspätet, denn es war schon zur Nachtzeit, als sie vor den geschlossenen Laden kam. Die Außenläden, das wußte Lottchen von früher her, wurden zur Sicherheit mit Bindfaden zugebunden. Diese Sicherung hatte Lottchen bald behoben. Ein in dem Laden steckender Eisenbolzen war leicht greifbar. Mit diesem stieß Lottchen nun ganz unversehens in die Scheibe der Ladentür, die dadurch in Trümmer ging. Der Ladenschlüssel steckte von der Innenseite, diesen umzudrehen, machte Lottchen keine Schwierigkeiten. Lottchen sah vor sich die liebe, alte Ladenkasse, die natürlich wie immer noch unverschlossen war. Nur 60 Mark waren darin. Da lag auch noch gleich daneben die so altbekannte Geldtasche mit gegenwärtig 160 Mark. Die Besucherin hatte sich nicht getäuscht, die alte Dame hielt an ihrer lieben, alten Gewohnheit fest, unter dem Ladentisch stand noch der alte Familienkasten, worin die Geschäftsinhaberin aus Tradition ihr Vermögen aufzubewahren pflegte. Lottchen kannte keine Pietät. Sie nahm das kostbare Familienstück an sich. Bei diesem Stück hatte die alte Dame jedoch Vorsicht walten lassen. Der Kasten war verschlossen. Als Schlüssel dafür nahm Lottchen den bewährten Eisenbolzen mit. Auf einem Platz machte Lottchen sich ans Werk. Es war nicht weiter schwierig, der Familienkasten legte seine Kostbarkeiten an das elektrische Straßenlicht. Neben den vorher gefundenen 220 Mark, sah sich Lottchen um weitere 4100 Mark reicher. Für den Kasten, den drei darin befindlichen Sparkassenbüchern, einige Damenstrümpfe und sonstigen Kleinigkeiten, hatte sie weiter kein Interesse. Nicht weit von der Stätte ihrer erfolgreichen Tätigkeit ist eine Taxihaltestelle. Lottchen war nun ganz Dame, ohne mit der Wimper zu zucken, zahlte sie 52 Mark für die Fahrt nach Königsberg. Hier stieg sie in einem Fremdenheim ab.

Und gab dort 800 Mark in Verwahrung. Dann hatte sie das Bedürfnis, an die See zu gehen. In ihrem Glück fühlte sich Lottchen aber ein wenig einsam. Den Kraftwagenführer, der sie nach Neukuhren gefahren hatte, hielt sie für würdig, ihr Gesellschaft zu leisten. Dieser war entzückt, denn Lottchen hatte sich zuvor höchst nobel eingepuppt, neues Kostüm, goldene Armbanduhr, neue Aktentasche usw. Ein wüstes Gelage stieg. Der Kraftwagenführer war nicht eigennützig. Er holte noch Bekannte aus Neukuhren heran. Lottchen deponierte in der Gaststätte 140 Mark.

Der zuständige Gendarm sollte Lottchens Schicksal werden. Diesem war nämlich das so großzügig „gnädige Fräulein" aufgefallen. Ernstliche Bedenken kamen dann noch dem Beamten, als er hörte, daß Lottchen den Geldbetrag deponiert hatte. Inzwischen hatten auch schon Draht und Funk aufklärende Arbeit geleistet, und Lottchen hatte ihre Rolle ausgespielt. 3699,99 Mark konnten Lottchen noch abgenommen und der Bestohlenen wieder erstattet werden. Vor dem Strafrichter war Lottchen geständig. Das Schöffengericht verurteilte sie wegen einfachen und schweren Diebstahls zu insgesamt neun Monaten Gefängnis.

Das Echo auf Przytyk

Zweistündiger Proteststreik der jüdischen Bevölkerung in ganz Polen

Das Urteil des Radomer Bezirksgerichts im Prozeß wegen der blutigen Vorfälle in Przytyk hat unter der jüdischen Bevölkerung Polens große Unzufriedenheit ausgelöst. Auf Beschluß zahlreicher jüdischer Organisationen, und zwar sowohl Arbeiter-, Handwerks-, Kaufmanns- als auch Unternehmerorganisationen, sind am Mittwoch zum Zeichen des Protestes zwischen 12 und 14 Uhr die Geschäfte geschlossen und in den Fabriken eine Arbeitsruhe durchgeführt worden.

Seit der Urteilsverkündung finden in allen jüdischen Bethäusern Polens Gottesdienste statt, in welchen für das Wohlergehen der Verurteilten und für eine Besserung des Loses der Juden in Polen gebetet wird. In verschiedenen Bethäusern werden die Gebete Tag und Nacht geführt. Es heißt, daß das Rabbinat eine Trauer aller Juden in Polen für die Dauer eines Monats verkünden wird, während welcher Zeit auch keine Trauungen vorgenommen werden würden. In den Vergnügungsstätten ist in den letzten zwei Tagen ein Rückgang der Frequenz der jüdischen Besucher zu verzeichnen gewesen.

Wie berichtet wird, haben die letzten Ereignisse in Polen, insbesondere das Urteil im Przytyker Prozeß, bei den Juden in der ganzen Welt große Anteilnahme ausgelöst. Besonders lebhaft haben die Juden in den Vereinigten Staaten, Frankreich, England und Belgien reagiert. Wie die jüdische Telegraphenagentur mitteilt, fand im Asbury-Park in Neuyork eine große Versammlung statt, die der Przytyker Frage gewidmet war. Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Erbitterung über diesen Ausgang des Prozesses zum Ausdruck gebracht wird. Es ist die Abhaltung eines Kongresses aller jüdischen Organisationen in Amerika geplant, der speziell der Lage der Juden in Polen gewidmet sein würde. Es soll auch beim polnischen Botschafter in Washington interveniert werden. In Palästina hat eine Delegation der jüdischen Organisationen beim polnischen Generalkonsul in dieser Angelegenheit bereits vorgesprochen.

Falschmünzer-Werkstatt ausgehoben

Die Kriminalpolizei in Graudenz hat eine Falschmünzerbande unschädlich gemacht, die falsche Zwei- und Fünfzlotystücke herstellte und vertrieb. Als die Polizei in die Wohnung von Stefan Raschke eintrat, in der sich die Falschmünzerwerkstatt befand, versuchte der Wohnungsinhaber aus dem ersten Stockwerk durch das Fenster zu springen, wobei er ein Bündel mit falschem Geld in der Hand hatte. Da Raschke der Aufforderung der Polizei, stehen zu bleiben, nicht Folge leistete, gab einer der Kriminalbeamten einen Schuß ab, wodurch R. schwer verletzt wurde. In der Wohnung des Raschke wurde darauf die ganze sechsköpfige Falschmünzerbande verhaftet. Es wurde eine komplette Falschmünzerwerkstatt sowie über 300 Stück Zwei- und Fünfzlotymünzen gefunden. Alle Verhafteten wurden der Strafanstalt in Graudenz überwiesen.

Sägewerk-Großfeuer bei Konitz

Im Sägewerk von Alois Krecki in Rotel (Kreis Konitz) ist vermutlich durch Unvorsichtigkeit der Belegschaft ein Feuer ausgebrochen, das zwei Wohnhäuser, mehrere Wirtschaftsbaulichkeiten sowie eine große Menge von Nutzholz im Gesamtwerte von 300 000 Zloty vernichtete. Außer den Feuerwehren wurde eine Kompagnie Militär zur Hilfeleistung herangezogen.

Die neue Verfassung der Sowjetunion

Der Gesetzentwurf für den Sowjet-Kongreß — Der Weg zur Demokratie

In einem Augenblick, wo in einigen Staaten Europas der Faschismus die letzten Reste demokratischer Staatseinrichtungen und -formen beseitigt, legt die Sowjetregierung den Entwurf einer neuen Verfassung vor, die einen Versuch darstellt, die bestehende Diktatur im Sinne demokratischer Formen, die vom sozialen Inhalt des Staatswesens bestimmt werden, weitgehend aufzulockern. Er bringt eine Erweiterung der persönlichen Freiheiten, ein gewisses parlamentarisches System, eine weitgehende Aufgabenteilung der Sowjetorgane, eine übersichtliche und genaue Einrichtung von sich gegenseitig kontrollierenden Körperschaften, die aus Wahlen hervorgehen. Wenn in den letzten Jahren die Diktatur der kommunistischen Partei von außen gesehen als etwas den Sozialismus der Sowjetunion Belastendes empfunden wurde, so tritt hoffentlich durch die in der Verfassung vorgesehene Neuordnung auch der Stellung der Partei eine in den Augen der Welt notwendige Entlastung des sozialen Gedankens von einer Parteidiktatur, die von den demokratischen Sozialisten in allen Ländern abgelehnt wird, ein. Abschließend über das Verfassungswerk zu urteilen und positive Kritik an ihm zu üben, wird erst möglich sein, wenn sie erprobt ist und zeigt, wie weit sie das Leben des Volkes befruchten und dem Sozialismus dienen wird.

Rußland ist ein sozialistischer Staat

Im ersten Kapitel der Verfassung wird erklärt, daß die Sowjetunion ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern ist. Die gesamte Macht liegt darum in den Händen der Werktätigen in Stadt und Land. Die ökonomische Grundlage bilden das **sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln**, das zwei Formen unterscheidet: Das Staatseigentum und das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum. Zum Staatseigentum gehören: Grund und Boden, Bodenschätze, Gewässer, Wälder, Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Verkehrsmittel, Banken, Post, Telegraph und Telephon, ferner die vom Staat organisierten Großbetriebe (Sowjetgüter) und schließlich die Hauptmasse der Wohnbauten in den Städten. Gesetzlich zugelassen ist die private Kleinwirtschaft der Bauern und Gewerbetreibenden, die auf persönlicher Arbeit beruht und die Ausbeutung fremder Arbeit ausschließt. Das Arbeitseinkommen der Staatsbürger, die Ersparnisse, ihr Wohnhaus mit dessen zusätzlicher Wirtschaft, die Haushaltungsgegenstände, die Gegenstände des persönlichen Gebrauchs und des Komforts sind persönliches Eigentum und gesetzlich geschützt. Das Wirtschaftsleben der Sowjetunion wird durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan bestimmt und geleitet. Jeder arbeitsfähige Staatsbürger hat die Pflicht, zu arbeiten. Es gelten die sozialistischen Grundsätze: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit!“

Die Sowjetunion ein Bundesstaat

Das zweite Kapitel behandelt den Staatsaufbau. Die Sowjetunion ist ein Bundesstaat, bestehend aus der freiwilligen Vereinigung der folgenden elf gleichberechtigten sozialistischen Sowjetrepubliken: 1. Rußland, 2. Ukraina, 3. Weißrußland, 4. Asserbeidschan, 5. Georgien, 6. Armenien, 7. Turkmenien, 8. Usbekistan, 9. Tadaikistan, 10. Kasakien, 11. Kirgisien. Die wichtigsten staatlichen Befugnisse stehen der Union zu, die minder wichtigen den elf Bundesstaaten, die als Unionsrepubliken bezeichnet werden und das Recht des freien Austritts aus der UdSSR. haben. Das eigentliche Rußland gliedert sich überdies in Gaue, in autonome Republiken, wie die Gebiete der Wolgadeutschen, der Tartaren, der Kalmücken, die Krim u. a., sowie in autonome Gebiete (der Tscherkessen, der Juden usw.). Auch in einigen anderen Unionsrepubliken gibt es derartige autonome Gebiete.

Das neue Parlament — Zweikammersystem

Das dritte Kapitel spricht von den Organen der Staatsmacht. Als höchstes Organ wird der „Oberste Rat“ geschaffen. Ihm steht das alleinige Recht der Gesetzgebung zu. Der Oberste Rat besteht aus zwei Kammern, dem Unionsrat und dem Rat der Nationalitäten. Der Unionrat wird von Staatsbürgern der USSR. gewählt, nach der Norm, daß ein Abgeordneter auf 300 000 Einwohner entfällt. Der Rat der Nationalitäten wird gebildet aus Abgeordneten, die von den Obersten Räten der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken und den Sowjets der Abgeordneten der Werktätigen der autonomen Gebiete entsandt werden. Und zwar je zehn Abgeordnete von jeder Unionsrepublik, je fünf Abgeordnete von jeder autonomen Republik und je zwei Abgeordnete von jedem autonomen Gebiet. Der Oberste Rat der USSR. wird für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die beiden Kammern des Obersten Rates der USSR., der Unionsrat und der Rat der Nationalitäten, sind gleichberechtigt. Dem Unionsrat und dem Rat der Nationalitäten steht im gleichen Maße die gesetzgeberische Initiative zu. Ein Gesetz gilt als bestätigt, wenn es von beiden Kammern des Obersten Rates der USSR. mit einfacher Mehrheit angenommen wurde. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so wird eine auf der Grundlage der Parität aus beiden Kammern gewählte Arbitragekommission damit befaßt, und bleibt auch dann noch eine Einigung aus, dann wird der Oberste Rat von seinem Präsidium aufgelöst und werden Neuwahlen ausgeschrieben.

Der Oberste Rat wählt in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern das aus einem Vorsitzenden, vier Stellvertretern, dem Sekretär und 31 Mitgliedern, zusammen also aus 37 Personen bestehende „Präsidium des Obersten Rates“. Dieses Präsidium hat folgende Kompetenzen: 1. Es beruft die Tagungen des Obersten Rates ein; 2. es legt die geltenden Gesetze aus; 3. es löst den Obersten Rat auf und ordnet Neuwahlen an; 4. es nimmt Volksbefragungen aus eigener Initiative oder auf Verlangen einer Unionsrepublik vor; 5. es kann Beschlüsse und Verordnungen des Rats der Volkskommissare, die dem Gesetz nicht entsprechen, aufheben; 6. zwischen den Tagungen des Obersten Rates enthebt und ernennt er Volkskommissare. Dies muß nachträglich durch den Obersten Rat bestätigt werden; 7. es verleiht Orden; 8. es übt das Begnadigungsrecht aus; 9. es ernennt und setzt das Oberkommando der Streitkräfte ab; 10. es proklamiert im Falle eines militärischen Angriffs auf die UdSSR. in einer Periode zwischen den Tagungen des Obersten Rates den Kriegszustand; 11. es erklärt die allgemeine und teilweise Mobilmachung; 12. es ratifiziert die internationalen Verträge; 13. es ernennt und beruft diplomatische Vertreter ab; 14. es nimmt die Beglaubigung diplomatischer Vertreter ausländischer Staaten entgegen.

Die elf Unionsrepubliken erhalten gleichfalls einen Obersten Rat der Unionsrepublik, der aber nur aus einer Kammer besteht.

Die Regierung Exekutivorgan

Neben den bisher besprochenen Organen der Gesetzgebung bleibt als höchstes Organ der Exekutive der Rat der Volkskommissare bestehen. Er ist dem Obersten Rat verantwortlich. Ihm steht die Verordnungsgewalt auf Grund der geltenden Gesetze zu. Der Rat der Volkskommissare wird vom Obersten Rat, also dem Parlament, gewählt.

Der Rat der Volkskommissare, der der Regierung entspricht, besteht aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, dem Vorsitzenden der Kommission der Sowjetkontrolle, dem Vorsitzenden des Beschaffungskomitees, dem Vorsitzenden des Komitees für Hochschulangelegenheiten; ferner aus den Volkskommissaren für Landesverteidigung, Auswärtiges, Verkehrswesen, Post- Schiffahrt und Schwerindustrie.

Die autonomen Gebiete, Bezirke, Städte und Dörfer behalten als „örtliche Organe der Staatsmacht“ die bisherigen Sowjets bei, die die amtliche Bezeichnung „Räte der Abgeordneten der Werktätigen“ führen.

Das Gerichtswesen

Das nächste Kapitel behandelt die Gerichtsbarkeit. Sie wird ausgeübt vom Obersten Gericht der USSR., dem Obersten Gericht der Unionsrepubliken, den Gau- und Gebietsgerichten, den Gerichten der autonomen Republiken und autonomen Gebiete, den Sondergerichten der USSR., die auf Bestimmung des Obersten Rates der USSR. geschaffen werden, und von den sogenannten Volksgerichten.

Die Verhandlung von Prozessen vollzieht sich bei allen Gerichten mit Beteiligung von Volksbeisitzern, mit Ausnahme von besonders durch das Gesetz vorgesehenen Fällen. Die Verhandlungen vor sämtlichen Gerichten sind, sofern das Gesetz keine Ausnahme vorsieht, öffentlich. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze untergeordnet. Die Oberste Aufsicht über die genaue Befolgung des Gesetzes seitens sämtlicher Volkskommissariate und der ihnen unterstellten Behörden, wie auch seitens einzelner Amtspersonen sowie der Staatsbürger der USSR. wird dem Staatsanwalt der USSR. auferlegt. Er wird vom Obersten Rat der USSR. für die Dauer von 7 Jahren ernannt.

Die Grundrechte der Sowjetbürger

Von besonderem Interesse sind die Bestimmungen über die Rechte der Bürger, von denen das folgende Kapitel handelt. Hier heißt es u. a.:

Die Staatsbürger der UdSSR. haben das Recht auf Arbeit mit einer Entlohnung entsprechend der Qualität und Quantität der Arbeit. Der Staatsbürger der UdSSR. hat weiter das Recht auf Erholung (in diesem Zusammenhang ist der Siebenstundentag verfassungsmäßig festgelegt), das Recht auf bezahlten Mindesturlaub, das Recht auf materielle Versorgung im Alter, im Krankheitsfall und bei Verlust der Arbeitsfähigkeit und das Recht auf Bildung. Der Schulbesuch, einschließlich des Hochschulstudiums, ist unentgeltlich. Die Frau hat die gleichen Rechte wie der Mann, die Gleichberechtigung der Staatsbürger ist unabhängig von Nationalität und Rasse. Die Kirche ist von Staat und Schule getrennt. Die Ausübung religiöser Kulte, aber auch die antireligiöse Propaganda steht allen Staatsbürgern frei. Die Freiheit des Wortes, die Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Straßenumzüge ist gewährleistet, jedoch mit der Einschränkung, daß damit „den Interessen der Werktätigen und der Festigung des sozialistischen Systems“ gedient wird.

Die Sowjetbürger haben weiter das Recht der Vereinigung in gewissen gewerkschaftlichen Organisationen, Jugendorganisationen, Sport- und Wehrorganisationen, technischen, wissenschaftlichen und Kulturgesellschaften. Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei ist „bewußten Staatsbürgern aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderen Schichten der Werktätigen“ vorbehalten. Die Unantastbarkeit der Person ist gewährleistet. Ausländer, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen, wegen wissenschaftlicher Tätigkeit oder wegen nationalen Befreiungskampfes verfolgt werden, genießen in der Sowjetunion das Asylrecht

Das Wahlrecht

Die Verfassung enthält schließlich ein für sämtliche Wahlen, von den Dorfsowjets bis zum Obersten Rat, gleichartiges Wahlsystem. Die Wahl ist allgemein, gleich, direkt und geheim. Das Wahlrecht haben alle Staatsbürger, die im Wahljahr ihr 18. Lebensjahr vollenden, mit Ausnahme von Geisteskranken und von Personen, die gerichtlich zum Verlust des Wahlrechtes verurteilt wurden.

Das Wahlrecht ist unabhängig von der Rassen- und nationalen Zugehörigkeit, vom Glaubensbekenntnis, vom Bildungsgrad, von der Ansässigkeit, der sozialen Herkunft, der Vermögenslage und der früheren Tätigkeit. Die Angehörigen der Roten Armee besitzen das Wahlrecht. Zur Abhaltung der Wahl wird das Land in Wahlkreise eingeteilt, in denen die Kandidaten aufgestellt werden.

Das Recht der Kandidatenaufstellung haben: die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Jugendorganisationen und die kulturellen Gesellschaften.

Die Abgeordneten können jederzeit durch Mehrheitsbeschluß der Wähler in einer gesetzlich festzulegenden Ordnung abberufen werden.

Eine Aenderung der Verfassung kann vom Obersten Rat mit einer Zweidrittelmehrheit in seinen beiden Kammern vorgenommen werden.

Der Entwurf dieser Verfassung soll demnächst von einem außerordentlichen Sowjetkongreß bestätigt werden.

Die Jubiläumsfeier in Heidelberg

Die Engländer überhaupt nicht erschienen — Auch der Stifter der neuen Universität hielt sich fern

Dieser Tage hat die Universität Heidelberg ihr 550jähriges Bestehen gefeiert. Heidelberg hatte zu diesem Fest der deutschen Wissenschaft die Uniform des Nationalsozialismus angelegt. Man sah vornehmlich uniformierte Mitglieder von militärischen oder halbmilitärischen Verbänden: SS., SA. und uniformierte Jugend. Das Propagandaministerium hat für die Dauer der Festlichkeiten in Heidelberg ein eigenes Amt eingerichtet. Es gab zahlreiche offizielle Ansprachen, unter anderen von den Ministern Rust und Goebbels; das wissenschaftliche Programm der Veranstaltung dagegen war sehr klein und beschränkte sich auf lediglich zwei wissenschaftliche Vorträge über „Die Objektivität der Wissenschaft“ und „Die neuen Forderungen der Medizin“. Dafür gab es eine nicht abreißende Reihe von Kommersen und Festen.

Unter den Ausländern gab es Vertreter von 31 Staaten; am auffälligsten war das Fehlen der Engländer, welches darauf zurückzuführen ist, daß um die Beteiligung englischer Universitäten an den Feiern in England eine für Deutschland nicht rühmliche Diskussion entstanden war, so daß der Heidelberger Rektor Groh schließlich die Einladung an England widerrief. Bekanntlich haben auch zahlreiche andere Universitäten des Auslandes abgesagt, weil sie nicht an den Feiern im nationalsozialistischen Deutschland teilnehmen wollten.

Reichsminister Rust hielt eine Rede über „Nationalsozialismus und Wissenschaft“. Man vernehme nicht nur aus dem Munde des politischen Gegners, sondern auch aus dem des ehrlichen Freundes deutscher Kultur die Besorgnis, daß der Nationalsozialismus die Wissenschaft zur Magd der politischen Gewalt erniedrige.

Diese Befürchtung sei unbegründet. Man habe allerdings die Marxisten aus der Universität entfernt. Den Nationalsozialismus treffe der Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit dann mit Recht, wenn Voraussetzungslosigkeit und Lehrfreiheit Wesensmerkmale der Wissenschaft seien. Das bestreite der Nationalsozialismus, der eine voraussetzungslose Wissenschaft nicht für möglich halte und Bindungen an Blut und Geschichte fordert.

Die „Times“ bemerken zu den Heidelberger Festlichkeiten, daß der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. Jacob Gould Schurman, dem Heidelberg das neue Universitätsgebäude verdankt, nicht nach Heidelberg gekommen sei. Angeblich habe er sich mit dringender Arbeit in Genf entschuldigt, doch müsse es ihn wohl auch enttäuscht haben, daß die ursprüngliche Inschrift über dem Eingang des neuen Gebäudes „Dem lebendigen Geiste“ durch ein neues Motto: „Dem deutschen Geiste“, das von einem Hakenkreuz gekrönt ist, ersetzt wurde.

Leon Blum in der deutschen Presse

Die deutschen Zeitungen befassen sich viel mit den Vorgängen in Frankreich und den neuen Persönlichkeiten. Erstaunlicherweise findet das neue Frankreich ein gutes Echo in Deutschland, obwohl die verhaßten „Marxisten“ dort am Ruder sind und der Führer, Leon Blum, jüdischer Abstammung ist. Die „Frankfurter Zeitung“ fand hohe Worte der Anerkennung in einem „Bildnis Leon Blums“. Es hieß dort u. a.: Er (Leon Blum) entstammt einer großbürgerlichen Familie Pariser Kaufleute und gehört der jüdischen Elite dieser Stadt an. Nie hat er versucht, diesen Ursprung zu verschweigen. Im Gegenteil, er ist heute noch stolz auf ihn und sieht in seiner Zugehörigkeit zum Judentum eine Garantie für die Leidensfähigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl, das auch seine schärfsten Gegner ihm niemals abgesprochen haben.

Das politische Leben Frankreichs ist überreich an starken Persönlichkeiten. Léon Blum ist zweifellos eine der glänzendsten. Seine hohe Intelligenz ist dabei nicht einmal so entscheidend wie sein Gleichgewicht, sein Maß und die Form seines Denkens und Ausdrucks. Der Franzose verzeiht einem Gedanken vieles, wenn er nur eine edle Gestalt hat. Léon Blum hat dem Parlament oft Dinge gesagt, die dieses nie hingenommen hätte, wenn es sich nicht vor der Vollendung des Ausdrucks gebeugt hätte. Niemals hat Léon Blum einen Gegner verletzt oder gedemütigt.“

Für eine Zeitung des Dritten Reiches ist diese Anerkennung eines Juden etwas ganz außerordentliches. Aber die gesamte deutsche Presse lobte Blum — offenbar auf amtliche Weisungen hin — für seine außenpolitischen Erklärungen. Die Tatsache, daß das neue Frankreich eine so gute Presse findet, ist nur zu erklären aus der für Deutschland wieder sehr dringend gewordenen Notwendigkeit, angesichts einer anderen Großmacht bessere außenpolitische Beziehungen und der engeren französisch-englischen Zusammenarbeit zu einer anderen Großmacht bessere außenpolitische Beziehungen zu bekommen. Dabei findet der Nationalsozialismus Worte der Anerkennung und des Lobes für einen Juden, der — wollte er in Deutschland etwa eine Deutsche heiraten — mit Zuchthaus bestraft werden würde.

Um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Die neue deutsche Reichsanleihe

Die schon seit längerer Zeit im Auslande vermuteten neuen Anleihepläne der deutschen Regierung haben nunmehr feste Gestalt angenommen. Das Deutsche Reich begibt 700 Mill. Mk. 4½prozentige auslosbare Reichsschatzanweisungen. Die Laufzeit beträgt 12 Jahre, beginnend mit dem 1. Juli. Von 1943 ab wird jährlich ein Sechstel des Anleihebetrages zum Nennwert ausgelost. 200 Mill. Mk. dieser Anweisungen sind fest gezeichnet worden. Die verbleibenden 500 Mill. Mk. werden durch das unter Führung der Reichsbank stehende Anleihekonsortium zu 98¾ Prozent zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Schatzanweisungen sind bei der Reichsbank lombardfähig.

Die jetzige Transaktion bildet eine Fortsetzung der seit Januar 1935 eingeleiteten Konsolidierungsaktion der öffentlichen Hand für die immer unangenehmer empfundene kurzfristige Verschuldung, die bisher noch immer rascher anwuchs, als sie konsolidiert werden kann. Dabei ist seit Anfang 1935 der Umtausch von 2,3 Milliarden kurzfristiger Schulden des Reiches und der Reichsbahn in lang- und mittelfristige Anleihen angekündigt, aber noch nicht durchgeführt worden. Die Versicherungsanstalten sind zur Zeit noch dabei, aus ihren künftigen Ueberschüssen die von ihnen im April übernommenen 300 Mill. Mark zu zahlen, so daß diese Beträge bereits weitgehend für die Konsolidierung gebunden sind. Die fest übernommene Tranche von 200 Millionen der neuen 700 Millionen Schatzanweisungen entfällt mit 125 Mill. auf die Sparkassen und mit 75 Millionen auf die Versicherungen.

Die neue Anleihe beweist, daß die Anhänger der fortgesetzten Arbeitsbeschaffung sich erneut gegen die Kreise durchgesetzt haben, die unter Berufung auf solide Finanzgrundsätze einen allmählichen Abbau der öffentlichen Arbeiten fordern. Eine starke Unterstützung haben die Kreise der Partei, die hauptsächlich die Forderung nach Arbeitsbeschaffung erheben, durch die jüngste Entwicklung des Arbeitsmarktes erfahren. Der sommerliche Beschäftigungszuwachs scheint bereits beendet zu sein, und die Olympiabauten stehen vor der Vollendung.

Offenbar verspricht man sich nach den Erfahrungen mit den 500 Millionen Reichsbahnschatzanweisungen, die keine große Liebe beim deutschen Publikum fanden, auch von dieser Anleihe keine große Anziehungskraft. Bezeichnend dafür ist es, daß nach einem neuen Devisen-Runderlaß Beträge aus Sperr- und Wertpapiersperrguthaben ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Sperrguthaben genehmigungsfrei zur Anleihezeichnung Verwendung finden können.

Die Frau eines Gerichtspräsidenten verhaftet. In Krakau hat die Abberufung des Präsidenten der Appellationskammer, Parelewicz, von seinem Amt und die Verhaftung seiner Frau ein großes Aufsehen hervorgerufen. Wie die Zeitungen berichten, wurde die Frau des Präsidenten der Appellationskammer nach Entdeckung einer großen Bestechungsaffäre, über die der Mann nichts wußte, verhaftet.

DIE SCHÖNE VERSCHWÖRERIN

ROMAN VON HERBERT ADAMS

COPYRIGHT BY WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG

12. Fortsetzung

„Das sind ja Banknoten!" rief sie aus.

Unter dem tiefen Schweigen der andern nahm sie die Papiere auseinander und zählte sie fast unbewußt auf den Tisch. Es waren zehn Banknoten zu je hundert Pfund, zusammen also tausend Pfund.

„Wie kommst du zu dem Geld?" fragte Bunty.

„Man hat es mir gegeben", sagte die kleinere Schwester.

„Was heißt das, dir gegeben? Wer hat es dir gegeben?"

„Ein Mann. Haben wir nicht abgemacht, jede von uns solle etwas verdienen und mit den andern teilen? Caroline hat ihr Geld verloren, darum — darum — habe ich etwas verdient. Für mich will ich nichts davon haben."

Im Zimmer herrschte Totenstille. Nancy war die Kleinste von ihnen, wenn auch nicht die Jüngste, da sie und Bunty Zwillinge waren. Aber Bunty war groß und selbstbewußt, und die kleine Nancy war immer das Baby, das Nesthäkchen unter den Freundinnen gewesen. Was sollte das heißen? Was mochte sie getan haben, um von einem Mane so viel Geld zu bekommen?

„Wie kommst du zu dem Geld?" fragte Bunty in ihrem ruhigen, gleichmäßigen Ton.

„Es kann doch nichts daran gelegen sein, womit ich es verdient habe." In ihrer Stimme lag ein Schluchzen, das ihr allen Trotz nahm. „Als Caroline uns sagte, wir müßten zusammenhalten, um — um Rache nehmen zu können, hat sie doch auch nicht danach gefragt, ob uns etwas daran gelegen sei."

Caroline trat zu ihr und umfaßte sie.

„Liebste Nancy", sagte sie, „ich bin sehr töricht gewesen. Soeben, bevor du hier warst, habe ich es den andern schon gesagt. Ich weiß, du kannst nichts Unrechtes tun — es liegt dir nicht. Gegen deinen Willen hast du mir geholfen, nur weil ich es wollte. Du mußt uns nun alles sagen."

Nancy machte sich los, warf sich auf das Ruhebett und gab keine Antwort. Plötzlich begann sie bitterlich zu weinen. Bunty ging zu ihr, küßte sie und redete ihr leise zu, während die beiden andern bedrückt und wortlos zusahen. Allmählich versiegten die Tränen, und man hörte die gestammelten Worte:

„Sir Jo— Jonas Allington hat mir das Ge— Geld gegeben."

„Sir Jonas Allington", wiederholte Caroline erstaunt, die sofort an ihren Besuch in den Arkadia-Sälen denken mußte. „Ist das Gerald Allingtons Vater?"

„Ja, natürlich."

Wieder entstand tiefe Stille, die nur von dem krampfhaften Schluchzen der kleinen Nancy unterbrochen wurde. Die andern warteten, weil sie wußten, sie würde ihnen nun alles erzählen.

„Er hat — hat es mir gegeben, damit ich ein Schriftstück unterzeichnete, in dem ich versprach, Gerald nicht — nicht zu heiraten."

Das war es also! Alle atmeten erleichtert auf, denn sie hatten im geheimen Angst vor Schlimmerem gehabt.

„Möchtest du Gerald denn heiraten?" fragte Caroline leise.

„Ich weiß nicht, er hat mich noch nie gefragt."

„Seit Monaten ist Gerald Allington in sie verliebt", erklärte Bunty, und Judy meinte: „Wenn der Vater tausend Pfund opfert, um die Ehe zu hintertreiben, muß Gerald doch seinem Vater gesagt haben, er wolle Nancy heiraten."

„Es ist aber doch sehr ungewöhnlich, wenn der junge Mann eher mit seinem Vater als mit dem Mädchen spricht", bemerkte Caroline.

„Er — er hat mir doch gesagt, daß er mich liebe", flüsterte Nancy und trocknete sich die Tränen.

„Vielleicht habe ich auch Schuld", sagte Bunty. „Als er eines Tages vom Heiraten sprach, habe ich zu ihm gesagt, kein Mann dürfe einem Mädchen Heiratsgedanken in den Kopf setzen, bevor er imstande sei, eine Frau zu ernähren. Ich habe damals natürlich nicht gewußt, daß er im Ernst daran dachte, Nancy zu heiraten."

„Das erklärt alles!" rief Judy. „Gerald verdient noch nichts und ist ganz von seinem Vater abhängig. Ehe er Nancy fragt, ob sie ihn nehmen will, geht er nach Hause und sagt: „Papa, ich habe das erste und einzige Mädchen gefunden, das mir gefällt. Gib mir deinen Segen und jährlich fünftausend Pfund." Der Papa denkt aber etwas anders über den Fall. Er hält es für billiger, das Mädchen mit tausend Pfund zum Verzicht zu veranlassen, und damit basta."

„So ist es ja gewesen", stöhnte Nancy, „und ich mußte das Schriftstück unterzeichnen."

„Dieser Papa ist der reine Teufel", sagte Judy. „Mit der Unterschrift geht er zu seinem Sohn und sagt: „Da hast du's, Geld ist ihr lieber!"

„Aber Nancy", sagte die große Schwester in verwundertem Ton, „wie konntest du so etwas unterschreiben?"

„Ich wollte auch gar nicht unterschreiben. Ich wollte den Wisch zerreißen und ihm vor die Füße werfen, aber —"

Sie begann wieder zu schluchzen, was Caroline veranlaßte, die Aufklärung für sie in trockenem, ruhigem Ton zu beenden. „Nancy hat sich an unsere Abmachung erinnert, an unser Geheimnis, und von den Männern einen Teil des Verlorenen zurückzuholen. Sie hat geglaubt, jetzt sei eine günstige Gelegenheit gekommen, an dieselbe das ihre dazu tun. Stimmt das, Nancy?"

„J — ja", war die Antwort.

Die andern fühlten sich so beschämt, daß sie sich kaum anzusehen wagten. Um ihren Freundinnen die Tränen zu stillen und in Tagen der Not zurückzahlen zu können, was sie selbst einst erhalten hatte, als sie in Schwierigkeiten gewesen war, hatte die kleinste von ihnen darum vielleicht den Mann aufgegeben, den sie liebte.

Diesmal unterbrach Nancy selbst das Schweigen. Sie stand auf, strich sich die Haare aus dem Gesicht und versuchte zu lächeln.

„Es tut mir leid, so töricht gewesen zu sein", sagte sie. „Jetzt geht es mir aber besser. Hast du wohl noch einen Schluck Tee, Caroline?"

Caroline trat an den Tisch und raffte die Banknoten zusammen.

„Und was soll damit geschehen?" fragte sie.

„Ich rühre sie nicht mehr an", sagte Nancy.

„Sie gehören dir, dir allein", erklärte Judy.

„Ich will keinen Penny davon haben", beharrte Nancy.

„Ich freue mich, das Geld zurückerstatten zu haben, will aber nichts davon für mich haben." Das klang nicht gerade freundlich, obwohl sie versuchte, einen frohen Ton anzuschlagen, der aber mit den Seufzern ihres Bekenntnisses nicht in Einklang zu bringen war.

„Ich brauche auch nichts von deinem Geld", bemerkte Bunty ruhig.

„Auch ich verzichte", sagte Judy. „In den letzten Tagen habe ich so viel Geld verdient, daß ich sehr gut auskomme."

Es entstand eine Pause. Was würde Caroline sagen?

„Hat es schon jemals eine solche Verschwörerbande gegeben?" fragte sie kühl. „Da liegen tausend Pfund auf dem Tisch, und keiner will sie haben. Vermutlich wollt ihr mir überlassen, was ich damit anfange?"

„Das wollen wir", sagten alle drei wie aus einem Munde.

13

Man hat sich angewöhnt, über Kriegsgewinnler die Nase zu rümpfen. Das ist sicher berechtigt, wenn ihr Verdienst um das Vaterland und seine Belohnung dem Verdienst derer gegenübergestellt wird, die auf den Schlachtfeldern gekämpft haben, verwundet oder verstümmelt worden sind. Es gibt aber auch eine kleine Anzahl sehr ehrenwerter Leute, denen sich das Glück aufgedrängt hat, die fast gegen ihren Willen reich geworden sind.

Wenn die Regierung anordnet, daß aus Pflugscharen Schwerter geschmiedet werden, wenn sie dem Hersteller von Pflugscharen sagt: „Wir werden deine Fabrik übernehmen, wir wollen deine Fabrikation kontrollieren und dir dafür bezahlen, was wir für recht und billig halten", kann man dem Besitzer der Fabrik schwerlich einen Vorwurf machen.

So ungefähr war es Gilbert Summers ergangen. Er hatte vor dem Kriege landwirtschaftliche Geräte hergestellt, dann hatte die Regierung seine Fabrik übernommen. Unter Einsatz seiner ganzen Kraft arbeitete er unter den neuen Verhältnissen weiter und tat sein Bestes, damit der Krieg gewonnen werden konnte. Bei Kriegsende war er aus den Reihen der Wohlhabenden in die der sogenannten reichen Leute aufgestiegen, wobei man es ihm hoch anrechnen mußte, daß er die Erhebung in den Adelsstand als Belohnung für das, was er für sein Vaterland geleistet hatte, ablehnte.

Von den Gläubigern eines Edelmannes, der in dem Wahn gelebt hatte, seine Standespflichten zu erfüllen, wenn er mit Schauspielerinnen von zweifelhaftem Ruf und Boxern ohne jeden Ruf verkehrte, hatte er Elliton Park gekauft. Mit seiner Tochter Daphne — seine Frau war schon einige Jahre tot — lebte er dort und fühlte sich nie zufriedener, als wenn er seine guten Freunde von früher um sich versammeln konnte, denen das Glück nicht so hold gewesen war wie ihm. Als guter Sportsmann hatte er größte Freude an der alljährlich von ihm veranstalteten Kricketwoche. Dazu lud er eine Mannschaft von guten Durchschnittsspielern in sein Haus, mit denen er jeden Tag auf den herrlichen Parkwiesen Wettspiele gegen die Mannschaften der benachbarten Ortschaften austkämpfte. An den beiden letzten Tagen der Woche fanden die „Meisterschaftsspiele" statt, in denen die Hausmannschaft gegen die beste Elf aller andern Mannschaften antrat. Das Publikum durfte ohne weiteres den Spielen zusehen, und alle Spieler waren seine Gäste.

Auf ihr Telegramm erhielt Caroline von Daphne sehr bald eine zusagende Antwort, so daß sie sofort die gefährliche Nachbarschaft von St. Michaelshof verlassen konnte und einige Tage vor den andern Gästen in Warwickshire eintraf. Die Schulfreundin hieß sie mit herzlicher Freude willkommen. Es war eine verantwortungsvolle Aufgabe für das junge Mädchen, bei so zahlreichem Hausbesuch als Gastgeberin zu fungieren, besonders, da Mister Summers Wert darauf legte, daß genügend Damen für die Herren eingeladen wurden, so daß das große Haus bis auf das letzte Fremdenzimmer besetzt war.

Daphne verriet Caroline ein großes Geheimnis. Sie hatte sich heimlich mit Pat Warner, einem jungen Irländer, verlobt; ihr Vater wußte noch nichts davon. Pat war zwar fleißig, aber arm, und hatte noch nicht den kürzesten Weg zu Ruhm und Reichtum gefunden, den so viele suchen. Er und Daphne wußten noch nicht, wie sie ihre Verlobung Mister Summers am besten mitteilen sollten.

„Er kommt auch zu den Kricketspielen", sagte Daphne.

„Will er bei dieser Gelegenheit mit deinem Vater reden?" fragte Caroline interessiert.

„Ja, sobald er mehrere Spiele gewinnt. Vater ist schrecklich darauf bedacht, die Wettspiele zu gewinnen. Wenn Pat gut spielt, werden seine Aussichten sofort steigen."

„Da müßte ich Schiedsrichter sein", sagte Caroline. „Ich würde ihm schon helfen. Wie herrlich, wenn die Woche mit einer Verlobung ihren Abschluß fände!"

„Unter Umständen mit mehreren", fügte Daphne listig hinzu. „Es werden viele hübsche Männer kommen."

„Wer zum Beispiel?" Caroline hatte ihrer Freundin noch nichts von der Aenderung ihrer Verhältnisse erzählt. Sie wußte, daß sie auf ihre Anteilnahme rechnen konnte, war aber entschlossen, in der nächsten Woche niemand etwas davon zu sagen.

„Zunächst Mister Bickerton, ein ganz famoser Amerikaner. Er war in den letzten Tagen schon einmal kurz hier, kommt aber wieder. Ein reicher Junggeselle, der jede Mahlzeit als eine Zeremonie betrachtet. Dann kommt Charlie Goß, unser Hilfsprediger, ein sehr lebensfroher Mensch. Bill Mason kommt mit einem Freund, dessen Name ich vergessen habe; sie sind zusammen in die Schule gegangen. Auch Vera kommt mit. Bill und Vera hast du doch im vorigen Jahre hier kennengelernt. Der „Terror" kommt natürlich auch."

„Wer ist das, der „Terror"? Wohl ein guter Kricketspieler, ein erklassiger „Schläger"?"

„Nein, etwas weit Besseres, Mrs. Neilson, die Witwe von Papas letztem Teilhaber, der seine unförmige Köchin heiratete."

„Warum ladet ihr sie denn ein?"

„Fällt uns gar nicht ein, sie kommt ohne Einladung, sie hält es für ihr gutes Recht, zu kommen, und Papa möchte sie nicht vor den Kopf stoßen."

Die weitere Unterhaltung betraf wieder Pat und die andern Gäste, vor allem allerdings Pat, bis sie sich trennten, um zu Bett zu gehen. So geschah es, daß Caroline nichts von dem Gast ahnte, dem sie am wenigsten gern begegnen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Der König der Hehler

Vierzehn Verbrecher als Mieter

Im Maidstone-Gefängnis in London ist jetzt ein Mann namens Edward G. Tucker gestorben, der nach außenhin ein vollkommen respektables Leben führte und doch ein Großer der Londoner Unterwelt war. Er hielt zweifellos einen Rekord in krimineller Betätigung. Im Jahre 1933 wurde er zu 7 Jahre Zuchthaus verurteilt. In der Urteilsbegründung bezeichnete das Gericht ihn als „König der Hehler". Dieser eigenartige Mann war im öffentlichen Leben Schriftsetzer, der dreizehn Jahre hindurch regelmäßig arbeitete und nie weniger als 8 Pfund 10 Schillinge die Woche verdiente. Er hatte in der Waterloo Road in London ein eigenes Haus, in dem er eine Molkerei und ein Cafehaus betrieb. Die 14 Mieter dieses Hauses waren ausschließlich Verbrecher. Tucker besaß außerdem zwei Privatautos, die er an Einbrecher vermietete, damit sie in besseren Wohnvierteln „arbeiten" konnten. Revolver lieferte er in beliebiger Anzahl zu dem Einheitspreis von 10 Schilling. Um das gestohlene Silber, das weniger wertvoll war, „zweckmäßig" zu verwenden, beschäftigte er drei Falschmünzer. Das Diebesgut pflegte der vorsichtige Mann nach Irland zu verfrachten. Nach der Maxime: „Nichts ist zu groß und nichts ist zu klein", organisierte er während der Okkupation regelrechte Ueberfälle auf die Obstgärten in Kent. Als die Polizei das Hehlernest aushob, fand sie ein riesiges Lager der verschiedensten Warengattungen. Raffinierte Verstecke waren in dem Haus eingerichtet, so gab es z. B. eine doppelte Zimmerdecke und Tische mit doppelter Platte. Bemerkenswert ist, daß diesem großen Verbrecher das Handwerk erst gelegt werden konnte, als ihn ein Komplice, der sich benachteiligt fühlte, der Polizei verriet. Tucker starb im Gefängnis-Krankenhaus an Herzschwäche.

Der entgegenkommende Einbrecher

Von 800 Franken nur 100 mitgenommen

Gentlemen-Diebe treten nicht nur im Frack und im Savoy-Hotel auf. Auch ein gewöhnlicher Dieb kann manchmal gentlemanlike sein. In Paris wurde bei einem Stubenmädchen vor einigen Tagen ein Einbruch verübt. Das Mädchen war in ihrem Zimmer im 7. Stock zu Bett gegangen, als plötzlich ein Mann durchs Fenster stieg und mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe ihrer Ersparnisse verlangte. Vor Schrecken gelähmt wies das Mädchen auf eine Schublade in der Kommode, wo sich im Handtäschchen 400 Franken befanden. Der Räuber zählte das Geld nach, fragte, ob das auch wirklich alles sei. Ja, antwortete das Mädchen, indem es bitterlich zu weinen anfing, das seien ihre ganzen Ersparnisse, und sie wolle in der nächsten Woche heiraten. Der Einbrecher war sichtlich gerührt. Wenn dem so sei, sagte er, dann brauche sie doch sicher das Geld; er wolle also nur 100 Franken nehmen. Und nachdem er die restlichen 300 wieder in das Täschchen legte, befahl er dem Mädchen bei Todesdrohung sich nicht zu rühren und verschwand über die Dächer.

Ein Verbrechen — nach 500 Jahren entdeckt. Bei Renovierung eines aus dem Mittelalter stammenden Palastes in Rom hat man eine grauenhafte Entdeckung gemacht. Man fand in der Wand eingemauert das Skelett einer Frau, die besonders kostbaren Schmuck und eine Krone auf dem Haupt getragen hatte. In diesem Palast wurden im Mittelalter und in der Renaissance große Feste gefeiert; Ariost, Tasso, Boccaccio, gingen hier ein und aus. Es handelt sich zweifellos um ein Verbrechen, und die vornehme Dame, die vielleicht königlicher Herkunft war, mußte bei lebendigem Leibe eingemauert worden sein. Die Historiker stehen vor einem Rätsel, da sich in vielen Chroniken kein Hinweis auf das Verschwinden einer so hochgestellten Dame findet, was für diesen Fall auch [illegible] in Betracht käme.

Der Teppich des Negus

Der Coup einer Betrügerbande in London

Die Londoner Polizei hat eine aus drei Personen bestehende Betrügerbande dingfest gemacht, die die Anwesenheit des Negus zu einem außergewöhnlichen und für sie recht erfolgreichen Trick ausgenutzt haben. Sie gingen so vor, daß einer von ihnen mittels angeblicher Empfehlungen bei Amateursammlern sich vorstellte und diesen einen Teppich zum Verkauf anbot, den der Negus angeblich mitgebracht habe. Der Kaiser wolle ihn jetzt auf diskrete Weise zu Geld machen. Den Teppich hatte der Herr in seinem Wagen, und erklärte sich gerne bereit, ihn zwei Tage zu einer unverbindlichen Begutachtung dazulassen. Man möge nur niemandem etwas davon sagen, da es dem Negus sehr unangenehm wäre, wenn die Sache herauskäme. Am nächsten Tage fuhr bei den Betreffenden wieder ein Luxusauto vor, dem ein eleganter Herr und eine Dame entstiegen. Sie hätten durch eine Indiskretion vernommen, daß hier der Teppich des Negus zu besichtigen sei. Man konnte sie nur schwer abweisen, sie zeigten sich begeistert und boten für den Teppich sofort 450 Pfund an. Der Verkäufer hatte nur 300 verlangt, und so wurde das Angebot ohne weiteres angenommen. Der Herr zahlte mit einem vordatierten Scheck, am nächsten Tage kam der Verkäufer und erhielt nunmehr anstandslos seine 300 Pfund. Aber dann stellte es sich heraus, daß der Scheck ungedeckt war und daß der Teppich — der übrigens ein echter Orientteppich war — an den Käufer abgeliefert worden ist, der damit unbekannt verzogen war.

Diesen Trick wiederholten die Gauner mindestens ein Dutzend Mal, bevor die Hereingefallenen indiskret genug waren, von den „Verkaufsabsichten des Negus" der Polizei Mitteilung zu machen.

Schauspieler stürzt in ein Bajonett

In Jungmolinetz bei Blatna in der Tschechoslowakei fand die feierliche Enthüllung eines Kriegsgefallenen-Denkmals statt. Im Rahmen der Feier führte der Ortsverein der Theaterdilettanten ein Theaterstück auf, wobei auch der 22jährige Antonin Slafs mitwirkte. Bei seinem Abgang von der Bühne glitt er durch einen unglückseligen Zufall aus und fiel die Stiege hinunter direkt auf ein Gewehrbajonett seines mitwirkenden Freundes. Das Bajonett drang ihm zwischen die Rippen und durchbohrte das Herz. Der herbeigerufene Arzt konnte nurmehr den Tod des Unglücklichen konstatieren. Die Theatervorstellung und die Feier wurden sofort abgebrochen.

Selbstmord um seine Schulden bezahlen zu können

Eine ungewöhnliche Form, seine Gläubiger zu befriedigen, wählte der Kaufmann Pierre Castello, der eine kleine Handschuhfabrik in Marseille besaß. Die Fabrik ging nicht gut, besonders deshalb, weil Castello falsch disponierte und zuviel Material auf Kredit eingekauft hatte. Statt jedoch zu versuchen, sich mit seinen Gläubigern zu einigen, verkaufte Castello unter der Hand und ganz plötzlich sein Geschäft, und zwar zu einem Preise, der ihm mit Hilfe seiner letzten Ersparnisse erlaubte, alle seine Gläubiger zu befriedigen. Das gesamte Geld trug er auf die Bank. Dann setzte er sich nachts hin und schrieb für jeden einzelnen seiner Gläubiger Schecks in Höhe der geschuldeten Summen aus. Außerdem fügte er jedem Scheck noch ein persönliches Abschiedswort hinzu, wobei er sich höflichst dafür entschuldigte, seine Schulden erst jetzt bezahlen zu können. Nachdem er die Schecks abgesandt hatte, drehte er den Gashahn auf.

Die Beerdigung Castellos war sehr feierlich: nicht nur seine zahlreichen Freunde, sondern alle seine Gläubiger kamen und sprachen am Grabe. Einer von ihnen erklärte, wenn Castello sich rechtzeitig mit ihnen in Verbindung gesetzt hätte, wären sicher alle Gläubiger damit einverstanden gewesen, sich mit 50 Prozent auszugleichen. . .

Aus aller Welt

Aehnlich wie Seefeld . . .

Die Giftmörderin von Mainz

Etwa zwei Wochen lang wird sich das Mainzer Schwurgericht mit den Giftmorden der verwitweten 42jährigen Frau Frieda Vogler aus Mainz-Kostheim zu beschäftigen haben. Die Angeklagte bestreitet alles, was die Anklageschrift ihr vorwirft. Aehnlich wie der Kindermörder Seefeld vor einigen Monaten, geht sie über ungünstige Zeugenaussagen mit der stereotypen Redewendung hinweg: „Ich weiß von nichts, sie sollen nur alle die Wahrheit sagen." Die Witwe scheint sich ihre Verteidigung genau zurechtgelegt zu haben und macht an sich keinesfalls den Eindruck einer vielfachen Mörderin. Auch nach den schwerbelastenden Aussagen ihres Stiefsohns und des Sachverständigen Dr. Popp, Frankfurt, ändert sich ihr Gesichtsausdruck nicht im geringsten. Aufmerksam lauscht sie, wenn etwa der Sachverständige auseinandersetzt, daß Thaliumvergiftungen in der Praxis bisher kaum vorgekommen seien. Da Rattengift ohne besonderen Schein in jeder Drogerie erhältlich sei, liege hier eine Lücke in der Giftgesetzgebung vor, die bald zu schließen sei. Eingehend äußerte sich der Sachverständige auch über das Krankheitsbild der Vergifteten: Kräfteverfall, Erblindung, Bewußtseinsstörungen, furchtbare Nervenschmerzen — diese Wirkungen zeigen sich bei allen Vergifteten. Und von diesen Wirkungen konnten sich auch die Zuschauer überzeugen, als der fast ganz erblindete Stiefsohn den Gerichtssaal betrat und gegen die Lebensgefährtin und spätere Mörderin seines Vaters furchtbare Anklage erhob. Das Motiv der Tat sieht der Stiefsohn in der sexuellen Veranlagung der Angeklagten.

Fest steht jedenfalls, daß die Angeklagte 1912 zunächst als Dienstmädchen zu dem Gastwirt Vogler kam und später von dem bedeutend älteren Mann geheiratet wurde. Eine besondere Rolle in diesem sonderbaren Prozeß spielen Kartenlegerinnen, auf deren Rat die Witwe allerlei unternommen haben will. Als wichtiges Indiz gegen sie dient auch die Tatsache, daß sie Mann und Stiefsohn „totbeten" lassen wollte und sich zu diesem Zweck deren Photobilder besorgte. Tatsache ist auch, daß sich die Frau Tabletten besorgte, die angeblich das Blut verdicken und so zum Tode führen solle.

Neue Akten — neue Zeugen!

Vorläufig kein Abschluß der Vernehmungen im Baugruben-Prozeß

Der Baugruben-Prozeß, dessen 14. Verhandlungswoche am Freitag zu Ende geht, zieht sich immer weiter in die Länge. Nach Sichtung neuen Aktenmaterials zeigt es sich, daß die Ladung weiterer Zeugen notwendig sein wird, so daß also die Vernehmung noch drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Dabei ist nicht gerechnet, ob nicht möglicherweise noch mehr Zeugen auf Grund neuer Beweisanträge, die sich bei Vernehmung der neuen Zeugen notwendig machen, gehört werden müssen. Erst nach Abschluß der Zeugenvernehmung können die 17 Sachverständigen ihre Gutachten erstatten, was ebenfalls wochenlang dauern wird. Ein Ende des Prozesses ist also vorläufig nicht zu bestimmen.

Entsetzliche Bluttat in Mannheim

Eine gräßliche Bluttat hat sich in dem Mannheimer Vorort Neckarau abgespielt. Dort schnitt ein 53 Jahre alter früherer Maschinenschlosser seiner gleichaltrigen Frau, als sie im Bett lag, mit einem Messer die Kehle durch und tötete sich dann selbst durch Oeffnen der Pulsader und Einatmen von Leuchtgas. Der 19jährige Sohn fand bei seiner Rückkehr in die Wohnung beide Eltern entseelt auf.

Der Fahrradbrief als Diebstahlssicherung. Zur Sicherung der Fahrräder gegen Diebstahl und Veruntreuung wurde auf der Haupttagung der Fachgruppe Fahrräder der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel des Reichsinnungsverbandes des Mechanikerhandwerks und des Reichsverbandes des deutschen Fahrradeinzelhandels die Einführung des Fahrradbriefes vom 15. Juli ab beschlossen. Er wird zunächst nur für jedes neue Fahrrad ausgestellt. Beim Wechsel des Eigentums an einem Fahrrade muß ebenso wie bei jeder Befassung einer Reparaturwerkstätte mit dem Rad der Fahrradbrief vorgelegt werden. Sein Fehlen wird als Anzeichen des unrechtmäßigen Erwerbs betrachtet. Auch für die Ermittlung bei Diebstählen ist der Fahrradbrief von Vorteil, da darin alle notwendigen Angaben, wie Fahrradnummer, Beschreibung des Rades, zu finden sind.

Mord an einem Millionär

Für 3 Millionen Dinar Geld und Wertsachen geraubt

Ein grauenvoller Raubmord wurde in der Gemeinde Avangjelovac, 80 Kilometer von Belgrad entfernt, verübt. Unbekannte Täter drangen in das Haus des Millionärs Joca Urosevic ein, zertrümmerten ihm mit einem eisernen Gegenstand die Schädeldecke und raubten Bargeld im Betrage von 2 Millionen Dinar, die Urosevic zum Ankauf von Getreide bereit liegen hatten. Außerdem wurden Schmucksachen und Goldmünzen im Werte von einer Million Dinar gestohlen. Als der Mithilfe zum Mord verdächtig wurde die Magd des Ermordeten verhaftet. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Ein dreister Raubüberfall

nach amerikanischem Muster spielte sich vormittags in dem Pariser Vorort Clamart ab. Die Angestellten einer Pariser Sparkasse hatten nach der Mittagspause gerade ihre Plätze eingenommen, als ein Kraftwagen vorfuhr. Die beiden Insassen des Autos stürzten in den Kassenraum. Während der eine die Angestellten mit der Schußwaffe in Schach hielt, bemächtigte sich der andere der Geldkassette mit einem Inhalt von 40 000 Franken. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Wegen Doppelmordes zum Tode verurteilt

Das Schwurgericht Saarbrücken verurteilte am Donnerstagabend die 26jährige Auguste Kohl aus Pflugscheid bei Nürnberg wegen Mordes in Tateinheit mit schwerer Brandstiftung zum Tode.

Am 1. Februar 1935 hatte die Angeklagte ihre Mansardenwohnung in Brand gesteckt, um sich ihrer beiden unehelichen Kinder, die sie vorher durch Einflößen von Malagawein eingeschläfert hatte, zu entledigen. Bald nach dem Ausbruch des Brandes erstickten beide Kinder durch Einatmen von Oxydgas. Die Leichen konnten nur in stark verstümmeltem Zustande geborgen werden. In der Verhandlung leugnete die Angeklagte die Tat, obwohl sie im Ermittlungsverfahren voll geständig war.

Kindesverweigerung ein Ehescheidungsgrund

Das höchste preußische Gericht, das Kammergericht zu Berlin, hat dieser Tage ein Urteil gefällt, das grundsätzlich von großer Bedeutung sein wird. Zur Verhandlung stand eine Ehescheidung, in der eine Frau als Klägerin gegen ihren Mann auftrat, der ihr das von ihr seit langem gewünschte Kind unter immer erneuter Anführung von ihr nicht anerkannten Gründen verweigerte. Der Ehemann gab die Richtigkeit der von der Frau gemachten Angaben zu. Das Gericht erkannte auf Auflösung der Ehe wegen Verschuldens des Ehemannes, wobei es den Grundsatz aufstellte, daß ein Ehegatte dem anderen Ehepartner ohne berechtigten Grund ein Kind nicht verweigern dürfe, und ein solches Verhalten einen Ehescheidungsgrund darstelle. Durch diese schwere Verfehlung des Ehemannes sei die Ehe derart zerrüttet worden, daß der Ehefrau billigerweise eine Fortsetzung der Ehe nicht mehr zugemutet werden könne.

Querfumme 25

Von Lu Ernst

Susanne hat ein neues Spiel erfunden, das den morgendlichen Weg zum Büro abkürzt, sie liest die Nummern der vorüberfahrenden Autos und zählt die Quersummen ab; das ist amüsanter als man denken sollte, denn wenn man kein mathematisches Genie ist — und das kann Susanne nicht von sich behaupten — dann läßt es sich nicht so leicht vorausberechnen, ob eine große oder kleine Zahl herauskommt. Um die Sache aber ein wenig spannender zu machen, hat sich Susanne ausgedacht, daß der Tag, an dem sie eine Fünfundzwanzig finden wird, ein Glückstag sein soll. Fünfundzwanzig Jahre ist Susanne alt, und sie erwartet allerlei vom Leben, sie weiß nur nicht, was.

Man sollte meinen, daß diese Zahl sich sehr leicht einmal finden müßte, aber, wie das eben so ist, — alle möglichen Ergebnisse darüber und darunter werden erzielt, nur gerade diese ersehnte Quersumme kommt niemals heraus. Zeitweilig hat das Fieber dieser Zahlen- und Glückssuche Susanne so sehr ergriffen, daß sie darüber alles vergißt und unhöflich wird. Es kann zum Beispiel geschehen, daß eine kleine Bürokollegin, die neben ihr geht, einen langen Vortrag über die Ungerechtigkeit des Bürovorstehers mit den Worten schließt: „Und das ist doch unverschämt von dem Kerl, finden Sie nicht auch?" Und dann Susannes Antwort darauf: „Neunzehn" oder „Achtundzwanzig". Das klingt zwar blödsinnig, ist aber im Grunde nicht dümmer als das Geplapper der anderen.

Aber dann gerät mit einem Mal das Spiel etwas in Vergessenheit; denn plötzlich ist Susanne vollauf damit beschäftigt, an Herrn Bergmann zu denken. Das ist der neue Buchhalter, der so ganz anders ist als die übrigen Herren im Büro. Ihn umweht eine besondere Luft. Seine wundervolle Figur kommt herrlich zur Geltung, wenn er am Stehpulte arbeitet; und wie verächtlich gebogen sind seine schmalen Lippen, wenn er über das nüchterne Kontor hinsieht. Er ist nicht der Erste, der versucht, sich Susanne zu nähern, aber er ist der Erste, der sich keine Abfuhr holt. Was sie zu ihm hinzieht, ist mit nichts zu vergleichen, was ihr etwa bisher begegnete, nicht einmal mit der Verlobung vor zwei Jahren, die dann wegen beiderseitigen Irrtums bald wieder gelöst wurde.

Nachdem er Susanne ein paar Mal vom Büro nach Hause begleitet hatte, konnte Harald Bergmann es bereits wagen, um einen Spaziergang zu bitten; und als er Susanne dann auf einer Bank im abendlich stillen Park küßte, da war alle sonst so selbstverständliche Zurückhaltung bei ihr vergessen. War es überhaupt noch möglich, ihm jetzt die gemeinsame Weekendfahrt abzuschlagen? Nun, Susanne zögerte immerhin. Aber: „Man muß einander doch ganz kennen, wenn man immer zusammen bleiben will!" betonte er innig und sah ihr dabei sehr tief in die Augen. „Immer?" fragte Susanne ebenso erstaunt wie beglückt, denn sie wußte wohl, daß Männer im allgemeinen ein flüchtiges Vergnügen mehr als ein ständiges Beisammenbleiben erstreben. Doch Harald — wie konnte er auch anders sein? — unterschied sich vom Durchschnitt und bestätigte mit großer Geste: „Aber klar, etwas Anderes kommt nicht in Frage." Na also sagte sich Susanne. Sie war stolz, von einem so hochsinnigen Menschen geliebt zu werden. Natürlich würde er sie im Auto holen, ein Freund lieh es ihm gern. Er haßt überfüllte Sonntagszüge. Und Susanne schlug vor, ihn an einer Straßenecke zu erwarten, um in ihrer stillen Straße durch die pompöse Abfahrt kein Aufsehen zu erregen.

Susanne hatte also den Rest der Woche auf dem Weg zum Büro genug zu denken, auch ohne Quersummen zu zählen; und am Sonnabend nachmittag steht sie rechtzeitig an der Ecke, sehr niedlich zurechtgemacht, ein Köfferchen in der Hand. Sie muß warten, fast eine halbe Stunde. Endlich biegt ein offener Wagen in die Straße, der ihr erst viel zu schön erscheint. Aber in der Tat, es ist Harald, der ihm entsteigt. Er ist etwas blaß und entschuldigt die Verspätung mit einer Panne. Susanne, erleichtert, weil er überhaupt da ist, will einsteigen. Doch Harald, verlegen, wehrt ab. „Leider müssen wirs verschieben, Kindchen. Ich bin trostlos. Aber da sind Transaktionen, ich muß auf ein auswärtiges Gespräch warten." Und auf einen erstaunten Blick Susannes in mitleidig erklärendem Ton: „Nun ja, man ist doch nicht nur Buchhalter, wäre ja schade drum. Also auf bald, Darling". Er sagt Darling, obwohl Susanne neulich entdeckt hat, daß er nicht englisch kann. Warum fällt ihr das jetzt gerade auf? Er küßt ihre kalte Hand, die sie ihm willenlos läßt. Und dann fährt der schöne Wagen langsam ab. Susanne blickt ihm starr nach und liest mechanisch die Nummer: 57634; hübsche Nummer, ohne Verdoppelung, ohne Null; zieht die Quersumme, denn denken kann sie im Augenblick kaum. Quersumme 25! Also das ist der Glückstag! Sieh mal an . . .

Susanne schleicht mit ihrem Köfferchen nach Hause. Was heißt das? Transaktionen? Auswärtiges Gespräch? Und gerade am Sonnabendnachmittag! Entweder ist es eine ganz gemeine Lüge, oder irgend etwas stimmt nicht . . . Aber auf jeden Fall ist es sehr bitter, sich so beiseite geschoben, ja verraten zu sehen. Und Susanne verbringt den Sonnabend und Sonntag in dumpfer Trübsal.

Als dann aber am Montag Herrn Bergmanns Pult leer bleibt, als der Chef mit rotem Kopf haarraufend durch den Flur rennt, als es in allen Ecken zu flüstern beginnt und eine kleine Lauscherin aus dem erregten Gespräch im Privatkontor Worte wie „Polizei" und „Hochstapler" aufgeschnappt und im Triumph kolportiert hat, da sieht Susanne an ihrer Schreibmaschine plötzlich wieder die Autonummer vor sich, wie sie in unendliche Fernen davonrollt und die Quersumme Fünfundzwanzig trägt; sie kann ein wenig erleichtert aufatmen und beinahe schon wieder lächeln: war es am Ende doch eine Glückszahl?

Sport · Turnen · Spiel

Der neue Zehnkampf-Weltrekord

Bei den Ausscheidungskämpfen der amerikanischen Mehrkämpfer für die Olympischen Spiele erzielte Glenn Morris einen neuen Weltrekord. Nach den nunmehr vorliegenden Einzelleistungen kam Morris im Gesamt auf 7878 Punkte. Dadurch wurde die bestehende Weltbestleistung des Deutschen Hans Heinz Sievert übertroffen. Zwar hat Morris insgesamt nur 43,5 Punkte mehr erreichen können, doch diese an und für sich geringe Differenz wird von Sievert oder einem anderen Mehrkämpfer von Weltklasse nur unter sehr glücklichen Umständen aufgeholt werden können. Aus diesem Grunde seien die Leistungen von Morris und Sievert einmal gegenübergestellt:

	Sievert		Morris	
100 Meter	11,1 = 814	Pkt.	10,7 = 934	Pkt.
Weitsprung	7,48 = 936	„	6,85,8 = 764	„
Kugelstoßen	15,31 = 956	„	14,45,6 = 863	„
Hochsprung	1,80 = 786	„	1,86,8 = 868	„
400 Meter	52,2 = 755	„	50,7 = 834	„
100 Meter Hürden	15,8 = 804	„	14,9 = 946	„
Diskuswurf	47,23 = 940	„	43.10,8 = 806	„
Stabhochsprung	3,43 = 664	„	3,45 = 672	„
Speerwurf	58,32 = 748	„	56,06 = 703	„
1500 Meter	4:58,8 = 421,5	„	4:48,1 = 488	„
	7824,5 Pkt.		7878	Pkt.

Die Aufstellung zeigt, daß die Stärke des erst 24jährigen Amerikaners der Lauf ist. Seine Spitzenleistung ist der 110-Meter-Hürdenlauf in 14,9 Sekunden. Ausgezeichnet ist auch der 100-Meter-Lauf in 10,7 Sekunden, auch die 400-Meter-Zeit mit 50,7 Sekunden ist beachtlich. Als Spitzenleistung ist weiter der Hochsprung über eine Höhe von fast 1,87 Meter anzusehen. In den technischen Uebungen, besonders im Kugelstoß, überragt jedoch der Deutschen den Amerikaner. Ein Uebergewicht hat der Hamburger weiterhin noch im Weitsprung, Diskus- und im Speerwurf, während in den restlichen Uebungen die beiden Weltrekordmänner sich als gleichwertig erweisen.

Zum ersten Male seit Bestehen der erst im Vorjahre geschaffenen Mehrkampfwertung wurden

mehr als 1000 Punkte in einer Uebung vergeben.

Die Ueberwertung erreichte der Zweite der amerikanischen Zehnkampfmeisterschaft, Robert Clark, mit seinem hervorragenden Weitsprung von 7.90,8 Meter für den er 1060 Punkte erhielt.

Pam—British-Polish Trade 1 : 1

Am 1. Juli fand auf dem Gedania-Stadion ein Fußball-Gesellschaftsspiel zwischen zwei Mannschaften statt, die aus Angestellten der Polska Agencja Morska und der British-Polish-Trade-Bank zusammengesetzt waren. Die Bankmannschaft trat nur mit zehn Mann an, während die Pam-Mannschaft vollzählig war. Trotz der herrschenden Hitze leisteten beide Mannschaften ihr Bestes, so daß das Spiel unentschieden 1 : 1 endete. Es ist in Aussicht genommen, weitere ähnliche Spiele zwischen Firmenmannschaften hiesiger größerer Unternehmungen zu veranstalten.

Wimbledon vor den Entscheidungen

Der Donnerstag fand bei den All-England-Meisterschaften in Wimbledon nicht den Zuspruch der letzten Tage. Im Frauen-Einzel stand die Vorschlußrunde auf dem Programm. Hilde Sperling hatte in der französischen Meisterin Frau Mathieu keine dankbare Gegnerin. Es kam zu einem eintönigen Kampf, in dem die frühere deutsche Meisterin keinen großen Widerstand fand und 6 : 3, 6 : 2 siegte.

Zwischen Helen Jacobs und Hedwig Jedrzejowska kam es zu einem weit spannenderem und mitreißenderem Kampf. Das glatte Ergebnis von 6 : 4, 6 : 2 für „Helen" überraschte nach der glänzenden Leistung, die Jedrzejowska gegen Kay Stammers zeigte.

Ausgezeichnet vertreten ist England im Männer-Doppel, wo am Donnerstag die letzten Vier ermittelt wurden. Borotra-Brugnon treffen nach ihrem großen Siege über die Titelverteidiger Crawford-Quist und dem 6 : 2, 7 : 5, 5 : 7, 6 : 2-Erfolge über Cuninggim-E. Itoh auf das englische Ueberraschungs-Doppel Hare-Wilde. Unten begegnen sich Hughes-Tuckey und Allison-van Ryn. Wenn nicht alles trügt, kommt es zu einer Endrunde zwischen Englands Davis-Pokal-Doppel Hughes-Tuckey und den Wimbledonsiegern von 1932 und 1933, Jean Borotra-Jacques Brugnon.

Mit James-Stammers, den Titelverteidigern, Fabyan-Jacobs und Henrotin-Andrus haben drei starke Mannschaften im Frauen-Doppel die Vorschlußrunde erreicht. Budge-Fabyan sind nach ihrem 6 : 0, 6 : 2-Erfolge über Kukuljevic-de la Valdene die ersten, denen es gelang, im Gemischten Doppel die Vorschlußrunde zu erreichen.

54,29 Meter Hammerwurf

Unter Beteiligung einiger Olympia-Kandidaten wurde am Donnerstagabend in Frankenthal ein Leichtathletikfest ausgetragen. In ganz großer Form befand sich der Hamburger Hammerwerfer Hein (St. Georg), der mit fünf Würfen über 52 Meter kam und dabei mit 54,29 Meter seinen eigenen deutschen Rekord um elf Zentimeter verbesserte. Auch der Mannheimer Greulich war recht beständig. Keiner seiner Würfe lag unter 50 Meter. Mit 51,20 Meter wurde er Zweiter. Die Sprinter fanden gerade keine günstigen Bedingungen vor, da die Bahn durch vorausgegangenen Regen reichlich weich war. Immerhin kamen Neckermann über 200 Meter auf 22 Sek. und Metzner über 400 Meter auf 48,7 Sekunden. Das Kugelstoßen gewann der Saarbrückener Lampert mit 14,67 Meter vor Hein (Hamburg) mit 13,68 Meter.

Start zur Atlantik-Regatta verlegt

Die schweren Stürme, die die Teilnehmer an der Bermuda-Regatta auf dem Wege nach Hamilton zu überstehen hatten und die zahlreiche Havarien verursachten, erzwangen eine Verlegung des Starts zur Atlantik-Regatta nach Cuxhaven. Obwohl in Hamilton Tag und Nacht gearbeitet wurde, gelang es bei verschiedenen Booten nicht, die Schäden bis zum angesetzten Starttermin am 1. Juli auszubessern. Die Regatta wird daher erst am Sonnabend, 4. Juli, gestartet. Bis jetzt steht die Teilnahme von elf Yachten an dem Rennen fest, weitere Teilnehmer werden jedoch bis zum Wochenende noch in Hamilton erwartet.

Geben Sie diese Zeitung weiter an Ihre Freunde und Bekannten. Sie helfen so unseren Leserkreis erweitern und werben neue Mitglieder für unsere Bewegung

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Schwindender Stückguteingang

Der Danziger Hafenverkehr

Im Danziger Hafenverkehr, nicht nur der Berichtswoche, sondern des ganzen letzten Monats fällt die unbefriedigende Entwicklung des Eingangsverkehrs der Stückgüter auf. Der Stückgutverkehr ist zwar gegenüber den imposant angeschwollenen Zahlen der Erzeinfuhren an sich nicht bedeutend, aber deshalb bleibt er doch für die Zukunft des Danziger Hafenverkehrs von Wichtigkeit. Es muß festgestellt werden, daß die polnischen Einfuhr- und Devisenreglementierungen sich in erster Linie auf den Import über Danzig auswirken, während Gdingens Hafenverkehr davon ziemlich unberührt geblieben ist. Diese Entwicklung, die den Danzig ungünstig beeinflussenden Tendenzen neuen und beschleunigten Auftrieb gibt, wird die Aufmerksamkeit aller interessierten Stellen finden müssen, um Gegengewichte dagegen zu schaffen.

Was die

allgemeine Verkehrslage

betrifft, so ist der Güterverkehr mit Skandinavien sehr wenig befriedigend. Nach Schweden, das für diese Entwicklung symptomatisch ist, geht im wesentlichen nur etwas Holz, und zwar weniger als sonst um diese Zeit saisonüblich ist; auch der Stückgutverkehr hat nachgelassen, jedoch werden monatlich etwa 300—400 Pferde nach Schweden verschifft. Vom Stückguteingang aus Schweden gehen etwa ¾ über Gdingen, so daß bei einem durchschnittlichen Eingang von 300—400 Tonnen je Dampfer für Danzig wenig übrig bleibt. Allerdings ist die Ausfuhr größerer Transporte Kalisalze und Eisen nach Schweden zu erwarten. Auch die Entwicklung im Verkehr mit Finnland ist unbefriedigend. Verschifft wurden in der Berichtswoche nur etwa 1000 Tonnen Eisen, Mehl und Holz, während Einfuhrgüter aus Finnland in Danzig so gut wie gar nicht zu verzeichnen waren. Einen Lichtblick bildet es demgegenüber, daß die Ermäßigung der Frachten nach den Häfen des mexikanischen Golfs sich sehr günstig auswirkt. Die von Danzig und Gdingen ausgehenden Dampfer sind mit Ware überfüllt. Angesichts dieser Entwicklung soll die „Zegluga Polska" beabsichtigen, eine weitere Linie nach den Golfhäfen zu eröffnen. Weiter erhofft man in Danzig von der Beendigung der Sanktionen eine Belebung der Verschiffungen nach dem Mittelmeer. Wie weit diese Hoffnungen sich erfüllen werden, muß allerdings bei der auf weitere möglichste Einfuhrdrosselung gegenüber den Sanktionsstaaten gerichteten italienischen Handelspolitik dahingestellt bleiben.

Von den einzelnen Ausfuhrgütern

war der Kohlenexport recht lebhaft, der sich in der Hauptsache nach Nordfrankreich, Belgien und Holland richtete, so daß für Kohle sogar eine gewisse Tonnageknappheit spürbar war. Der Getreideexport war dagegen in der Berichtswoche gegen Ende der alten Saison und vor Beginn der neuen Kampagne sehr ruhig. Der schwedische Dampfer „Mosborg" lief mit einer Teilladung Getreide nach Antwerpen aus. Mit demselben Ziel verließ auch der deutsche Dampfer „Käthe Jürgensen" den Danziger Hafen. Nach England brachte der holländische Dampfer „Grietje" etwa 800 Tonnen Getreide. Sehr lebhaft war bei der Getreideausfuhr die Kleinschiffahrt beteiligt. Allein 15 Motorsegler mit Getreide wurden nach Skandinavien abgefertigt. Dazu kommen noch 4 Motorsegler mit Oelkuchen und 8 mit Mehl nach Skandinavien. Sehr lebhaft war dagegen der Holzexport, den man in der Berichtswoche auf vielleicht 15 000—20 000 Tonnen veranschlagen kann und der sich hauptsächlich nach England, in geringerem Maße auch nach Antwerpen richtete. Zu berichten ist weiter, daß der schwedische Dampfer „Canadia" zirka 1700 Tonnen Phosphat nach Gothenburg und der deutsche Dampfer „Energie" zirka 1300 Tonnen Eisen nach Aarhus expedierte.

Auf der Eingangsseite

fallen, wie wir schon einleitend mitteilten, in erster Linie die bedeutenden Erztransporte ins Gewicht, die den ganzen Monat Juni hindurch in unveränderter Stärke andauerten und die man während dieses Monats mindestens auf 40 000 Tonnen schätzen kann. In der Berichtswoche allein gingen folgende Erztransporte ein: der holl. Dampfer „Oberon" mit zirka 2700 Tonnen aus Griechenland, der schwed. Dampfer „Athos" mit zirka 3000 Tonnen aus Lulea, der norwegische Dampfer „Hangarland" mit zirka 9000 Tonnen ebendaher, der griech. Dampfer „Zephyros" mit zirka 8000 Tonnen aus Griechenland und der polnische Dampfer „Wilno" mit zirka 2900 Tonnen aus Lulea, so daß allein die Berichtswoche Erzeingänge in Höhe von über 20 000 Tonnen brachte. Anscheinend hängen die gesteigerten Erzankäufe mit der Aufrüstung der Tschechoslowakei und Polens zusammen, da bekanntlich gerade die schwedischen Erze zur Edelstahlherstellung so gut wie unentbehrlich sind. Es steht auch weiterhin ein recht lebhafter Erzeingang zu erwarten. So ist etwa am 7.8. d. M. mit dem Dampfer „Valentino Coda" die Ankunft eines sehr großen Erztransportes zu erwarten; ausgehend soll das Schiff Kohlen laden. Die im Beginn des Vormonats einsetzenden Heringseingänge aus England haben sich in der Berichtswoche nicht fortgesetzt. Auch der Kohleneingang war wenig umfangreich und beschränkte sich nur auf einige Fahrzeuge von geringer Fassungskraft. Zu erwähnen ist weiter, daß Mitte Juli der 8000 Tonnen große schwed. Tankdampfer „Sollstad" Mitte Juli aus dem Golf von Mexiko in Danzig erwartet wird. Auf die trostlose Lage des Danziger Stückguteinganges haben wir schon eingangs hingewiesen. Das beste Barometer bilden die Ladungsziffern der von uns des öfteren schon zitierten Tourendampfer. So brachte Dampfer „Paul" aus Antwerpen 100 Tonnen Pflanzenfasern, 130 Tonnen Papier und 20 Tonnen Stückgut, während er für Gdingen etwa 500 Tonnen an Bord hatte. Von Rotterdam gingen mit Dampfer „Stadt" in Danzig 30 Tonnen Altpapier und 30 Tonnen Stückgut ein, für Gdingen gleichfalls etwa 500 Tonnen. Lediglich im Verkehr mit Hamburg (Dampfer „Ceres") war das Verhältnis etwas günstiger, 60 Tonnen für Danzig und 100 Tonnen für Gdingen.

Auf dem Frachtenmarkt

zeigen sich die Auswirkungen der lebhaften Holzverschiffungen und der für die Ostseeholzfahrt festgelegten Mindestsätze. Die Frachtraten sind sehr fest, Tonnage ist knapp, da die Schiffe in der Holzfahrt zu auskömmlichen Raten Beschäftigung finden. Nach Beendigung des Streiks in Belgien beginnt das Geschäft dorthin langsam einzusetzen. Die Raten dorthin sind jedoch besonders fest, da die Lage von den Reedern noch für unsicher gehalten wird und sie daher kein rechtes Zutrauen haben.

In der Binnenschiffahrt

ist der Verkehr über Danzig weichselaufwärts infolge der schlechten Entwicklung der Einfuhr gering. Weichselabwärts werden Stückgüter verschifft. Die Getreideverladungen sind gering, da die neue Ernte noch nicht da ist. Der Holzschiffahrt geht es in diesem Jahre überhaupt ausgesprochen schlecht. Die Schiffer klagen, daß sie in diesem Jahre noch nicht zu halbwegs auskömmlichen Verdiensten gekommen seien. Einige unserer Schiffsreeder auf dem Gebiete der Binnenschiffahrt sollen bereits am Ende ihrer Kräfte sein. So wird uns berichtet, daß eine Bromberger Firma mit sehr ernsten und ihre Existenz gefährdenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Ausweis der Bank von Danzig

vom 30. Juni 1936

(In Danziger Gulden.)

	30. Juni	15. Juni
Aktiva:		
Gold in Barren und Münzen	20 785 175	20 784 992
Deckungsfähige Devisen	3 579 977	2 115 692
Sonstige Devisen	6 234 639	5 213 322
Wechsel	14 917 666	14 791 666
Schatzwechsel der Freien Stadt Danzig	—	—
Lombardforderungen	250 719	320 738
darunter Darlehen auf Schatzwechsel der Freien Stadt Dzg.	—	—
Danziger Metallgeld	4 353 431	4 670 637
Devisen für fremde Rechnung	121 980	71 325
Sonstige täglich fällige Forderungen	17 110	24 296
Sonst. Forder. m. Kündigungsfrist	16 000	16 000
Passiva:		
Grundkapital	7 500 000	7 500 000
Reservefonds	4 009 698	4 009 698
Spezial-Reservefonds	7 500 000	7 500 000
Betrag der umlaufenden Noten	29 956 400	27 122 540
Sonst. tägl. fällige Verbindlichkeiten	4 743 201	5 365 557
Verbindlichkeiten in fremd. Währung	121 980	71 325
Sonstige Passiva	710 419	32 085

*

Nach den Zahlen des vorliegenden Ausweises hat der Goldbestand der Bank von Danzig gegenüber dem am 15. Juni ausgewiesenen Goldbestande sich nicht geändert. Die deckungsfähigen Devisen werden um 1,4 Mill., die sonstigen Devisen um 1 Mill. Gulden vermehrt ausgewiesen. Worauf diese immerhin überraschende Erscheinung beruht, ob etwa in beträchtlichem Umfange in Danzig gehortete Zloty bei Einführung der Zlotybewirtschaftung in Gulden umgelegt wurden, oder ob andere Gründe für den ausgewiesenen Devisenzufluß in Frage kommen, darüber schweigt sich der amtliche Kommentar zum Bankausweis leider aus.

Der Wechselbestand zeigt im Ausweis eine Zunahme um rund 130 000 Gulden, während die Lombardforderungen um rund 70 000 Gulden verringert erscheinen. Ein Bestand an Schatzwechseln der Freien Stadt Danzig erscheint, wie gewöhnlich in letzter Zeit, nicht in den Zahlen des Ausweises.

Wie gewöhnlich gegen Ende des Monats zeigt sich der Umlauf an Noten und Hartgeld vermehrt, und zwar um 3,15 Millionen Gulden, während die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 0,62 Millionen Gulden verringert erscheinen. Die gesetzliche Deckung des Notenumlaufes und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten beträgt 70,21 Prozent gegen 70,48 Prozent Mitte Juni.

Konkurrenzkampf mit Hamburg und Stettin

Ungünstige Entwicklung für Gdingen und Danzig

Wie uns von unterrichteter Seite berichtet wird, soll der Danziger sowohl wie der Gdingener Hafenverkehr eine fühlbare Beeinträchtigung durch frachtpolitische Maßnahmen Deutschlands erfahren haben. Deutschland hat nämlich seine Bahnfrachten für Transitgüter gesenkt und durch die Konkurrenz-Maßnahme einen Teil des tschechoslowakischen und ungarischen Transits wieder nach Hamburg und Stettin gezogen, da diesen Häfen dadurch Preisunterbietungen gegenüber den Häfen des polnischen Zollgebietes ermöglicht werden. Danzig und Gdingen gelten besonders wegen ihrer hohen Hafenabgaben als mit die teuersten Ostseehäfen, so daß eine Ermäßigung der Bahnfrachten, wie Deutschland sie für den Transit vorgenommen hat, sehr leicht zu einer völligen Aenderung der Konkurrenzverhältnisse zu Ungunsten der beiden Häfen des polnischen Zollgebietes führen kann, woran auch die in Danzig vorgenommene Abwertung nichts ändert.

Nach dem Balkan Skandinavien

Neuer Reiseplan Dr. Schachts

Wie die dem dänischen Außenministerium nahestehende Zeitung „Politiken" aus Berlin meldet, soll eine Reise Dr. Schachts nach Kopenhagen, Oslo, Stockholm und Helsingfors geplant sein. Auch die Skandinavienreise sei ein Glied in der von Dr. Schacht eingeleiteten Untersuchung über die Möglichkeiten einer deutschen Wirtschaftsexpansion. Das Blatt verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel im Organ der nationalsozialistischen Partei „Die Deutsche Volkswirtschaft", in dem betont wird, daß die skandinavischen Länder die gleichen Schwierigkeiten wie die Donau- und Balkanstaaten als Folge der veränderten Handelspolitik Englands und Frankreichs zu spüren bekommen würden. Damit würde der deutsche Markt automatisch an Bedeutung für den Norden gewinnen; die Folge dieser Entwicklung sei die Bildung einer wirtschaftlichen Interessengruppe vom Nordkap bis zum Peloponnes.

Diese Gedankengänge erinnern recht stark an die in der Vorkriegs- und Kriegszeit in Deutschland verbreiteten Ideen über ein Mitteleuropa unter deutscher Führung, ein Projekt, das durch die Niederlage Deutschlands im Weltkriege zu Grabe getragen werden mußte.

Zolländerung für französische Waren infolge Außerkrafttretens des Handelsvertrages mit Frankreich. Das Landeszollamt weist darauf hin, daß am 9. Juli 1936 der polnisch-französische Handelsvertrag außer Kraft tritt. Die in diesem Vertrage enthaltenen sehr zahlreichen Vertragsermäßigungen werden daher ab 10. Juli 1936 weder auf Waren aus Frankreich, noch auf Waren aus anderen Staaten angewandt werden, auch wenn die Staaten bisher die französischen Vertragsermäßigungen auf Grund von Meistbegünstigungsabreden genossen haben. Sofern keine weitere Vereinbarung erfolgt, werden ab 10. Juli 1936 auf französische Waren die Sätze der Spalte I des polnischen Zolltarifs angewandt werden.

Kleines Fahrzeugbeschaffungsprogramm der Reichsbahn. Am 30. Juni und 1. Juli trat der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn zu einer ordentlichen Sitzung in Essen zusammen. Die Beratungen galten zunächst den Finanzfragen. Ein Ueberblick der Einnahmeentwicklung des ersten Halbjahres 1936 zeigt einen Zuwachs von 9,2 v. H. gegenüber dem Vorjahr; dabei entfällt auf den Personen- und Gepäckverkehr eine Mehreinnahme von 5,5 v. H., auf den Güterverkehr eine solche von 12,3 v. H. Den erhöhten Einnahmen, die im wesentlichen neben Tariferhöhungen lediglich auf einer gewissen Verkehrsverstärkung beruhen, stehen erheblich vermehrte Betriebsausgaben gegenüber. Der Verwaltungsrat gab seine Zustimmung zu einem nicht sehr großen Fahrzeugbeschaffungsprogramm für die erste Hälfte des Jahres 1937 in Höhe von 80 Millionen Reichsmark. Nach Erledigung verschiedener Personalangelegenheiten nahm der Verwaltungsrat Kenntnis von den Geschäftsberichten verschiedener Tochtergesellschaften und Zweigunternehmen der Reichsbahn, z. B. des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER.), der Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr (RDV.) und der Mitropa.

Aus Polen

Transferverhandlungen mit Gläubigerstaaten. Die Einstellung des Transfers der ausländischen Anleihen nach den Ländern, mit denen Polen eine passive Handels- und Zahlungsbilanz hat, erfordert eingehende Erörterungen mit den Gläubigerstaaten über die Regelung der an sie zu leistenden Zahlungen. Derartige Verhandlungen werden zurzeit in Amerika, London, Paris und Brüssel durch Delegationen der polnischen Regierung geführt. In London gelang es, wie die „Gazeta Handlowa" meldet, eine Verständigung mit den interessierten englischen Kreisen herbeizuführen. Den Ausdruck dieser Verständigung bildet eine Mitteilung der bekannten Bank „Lazard Brothers", wonach die englischen Besitzer polnischer Anleihen pünktlich die Zahlungen für ihre Zinscoupons erhalten sollen. Es ist zu hoffen, daß auch die Verhandlungen in Frankreich, Belgien und Amerika ebenso erfolgreich verlaufen werden. Im Zusammenhang mit der Einstellung des Transfers veröffentlicht die „Gazeta Handlowa" folgende Erklärung einer sehr maßgebenden polnischen Persönlichkeit: „Die Einstellung des Transfers dürfe keine schlechten Auswirkungen auf die Entwicklung des polnischen Exports haben. Sie führe im Gegenteil alle realen Unterlagen herbei, um außer der Aufrechterhaltung des jetzigen polnischen Exportes zusätzliche Exportmöglichkeiten zu schaffen. Die polnischen maßgebenden Kreise sind der Ansicht, die einzige Folge der Einstellung des Transfers werde darin bestehen, daß die Einkäufe der Rohmaterialien im Auslande sich dahin verschieben werden, daß in Zukunft Rohstoffe vor allem in denjenigen Ländern eingekauft würden, die Abnehmer polnischer Artikel sind."

Keine allgemeine Devisen- und Goldablieferungspflicht. Die „Gazeta Handlowa" meldet: Die öffentliche Meinung ist seit einiger Zeit durch Nachrichten beunruhigt, als ob die Regierung eine Verordnung zu erlassen beabsichtige, die alle polnischen Staatsangehörigen zwingt, der Bank Polski ihre Vorräte an Gold und Devisen zu verkaufen. Nachdem in den letzten Tagen das Gerücht über die zwangsweise Einziehung von Devisen und Gold durch die Bank Polski aufgetaucht ist, wandte sich die „Gazeta Handlowa" an eine besonders maßgebende polnische Persönlichkeit mit der Bitte um Stellungnahme dazu. Die Antwort lautete: „Wir haben nicht die Absicht und wir denken nicht daran, eine solche Verordnung zu erlassen. Die polnische Regierung ist gegen die Anwendung von Zwangsmaßnahmen auf diesem Gebiete; die Bemühungen des Finanzapparates sind nur darauf gerichtet, die Exportdevisen in voller Höhe der Bank Polski zuzuführen."

Um Belgiens polnische Forderungen. Kürzlich weilte in Warschau der Generaldirektor des Belgisch-französischen metallurgischen Trustes in Brüssel, Louis Frère. Herr Frère verhandelte über die Regulierung der belgischen Forderungen im Zusammenhang mit den letzten Devisenverordnungen. Nach Schätzungen betragen die belgischen Investierungen in Polen etwa 300 Millionen Zloty, wovon allein etwa 100 Millionen auf die Investierungen des metallurgischen Trustes entfallen. Erst vor kurzer Zeit hat der Trust dem polnischen Konzern „Kraft und Licht" eine Anleihe von 500 000 Zloty gewährt.

Welche Wechselproteste kann die Post vornehmen? Auf Grund des neuen Wechselgesetzes hat der Justizminister in einer im „Dziennik Ustaw" Nr. 49 enthaltenen Verordnung die Wechselprotestaufnahme durch die Post neu geregelt. Danach sind Postämter und Postagenturen im allgemeinen nur befugt, Wechsel bis zur Höhe von 2000 Zloty zu protestieren. Nur die in einer Anlage zur Verordnung aufgezählten Postämter dürfen auch wegen höherer Beträge Proteste aufnehmen. Wechselproteste werden lediglich in den Orten aufgenommen, in denen sich ein Postamt oder eine Postagentur befindet; in der Wojewodschaft Pommerellen, Posen und Schlesien in allen Ortschaften. Die Protestaufnahme durch die Post ist ausgeschlossen, wenn 1. der Wechsel nicht in der Landessprache ausgestellt ist; Proteste von Wechseln, die in deutscher Sprache ausgestellt sind, können in den Wojewodschaften Pommerellen, Posen und Schlesien aufgenommen werden; 2. der Wechsel im Auslande ausgestellt ist oder auf ausländische Valuta lautet; 3. der Wechsel auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ausgestellt ist, auch wenn er auf polnische Währung lautet; 4. der Wechsel mit einer Notadresse oder Notannahme versehen ist; 5. der Protest bei Vorlage mehrerer Exemplare desselben Wechsels oder bei Vorlage des Originals und der Wechselabschrift erhoben werden soll. Die Verordnung trat am 1. Juli 1936 in Kraft.

An den Börsen wurden notiert:

Danziger Devisenkurse vom 2. Juli. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 26.45 — 26.55; Berlin 100 Reichsmark (verkehrsfrei) 213.03 — 213.87; Warschau 100 Zloty (verkehrsfrei) 99.80 — 100.20; Paris 100 Franken 34.93 — 35.07; Zürich 100 Franken 172.56 — 173.24; Brüssel 100 Belga 89.17 — 89.53; Amsterdam 100 Gulden 359.28 — 360.72; Stockholm 100 Kronen 136.43 — 136.97; Kopenhagen 100 Kronen 118.07 — 118.53; Oslo 100 Kronen 133.04 — 133.46; Neuyork 1 Dollar 5.2695 — 5.2905. — Banknoten: 100 Reichsmark (Münzgeld-Reiseverkehr) 208.00 — 212.00; 100 Zloty (Reiseverkehr) 99.80 — 100.20; 1 Pfund Sterling 26.32 — 26.48; 100 schwedische Kronen 135.73 — 136.53; 100 dänische Kronen 117.52 — 118.22; 100 norwegische Kronen 132.24 — 133.04; 100 franz. Franken 34.83 — 35.03; 100 Schweizer Franken 171.50 — 172.50; 100 Belga 88.97 — 89.51; 100 holländische Gulden 357.30 — 359.46; 1 Dollar USA. 5.254 — 5.286. — 100 Registermark kosten 120 Gulden.

Warschauer Devisen vom 2. Juli. Belgien 89.35 — 89.53 — 89.17; Holland 360.00 — 360.72 — 359.28; Kopenhagen 118.25 — 118.54 — 117.96; London 26.49 — 26.56 — 26.42; Neuyork 5.27¾ — 5.29 — 5.26½; Neuyork Kabel 5.28 — 5.29¼ — 5.26¾; Oslo 133.15 — 133.48 — 132.82; Paris 35.01 — 35.08 — 34.94; Prag 21.95 — 21.99 — 21.91; Stockholm 136.55 — 136.78 — 136.32; Schweiz 172.90 — 173.24 — 172.56. Tendenz uneinheitlich.

Danziger Effektenbörse vom 2. Juli. 4proz. (früher 7proz.) Danziger Hypothekenbank-Pfandbriefe, Serie 27—34 72.50; dto. Serie [illegible]—12 73.00.

An den Produkten-Börsen

Danziger Getreidemarkt vom 2. Juli. Trotz der festeren Tendenz der Auslandsmärkte haben sich die hiesigen Preise nicht geändert. Gute Nachfrage besteht für Wintergerste bei 16.10 Zloty. Neue Sommergerste findet mit Zloty 14.75, alte Durchschnittsgerste für Exportzwecke findet mit 16.00 Zloty Absatz. Weizen ist ohne Geschäft. Für Hafer zahlt man 15.50 bis 16.50 Zloty. — Die Zufuhr nach Danzig betrug am 2. Juli: Weizen 4 Wagg., 61 To.; Roggen 1 Wagg., 15 To.; Gerste 15 Wagg., 226 To.; Hafer 6 Wagg., 91 To.; Hülsenfrüchte 4 Wagg., 60 To.; Kleie und Oelkuchen 3 Wagg., 45 To.

Posener Produkten vom 2. Juli. (Richtpreise): Roggen 13.75—14.00. Tendenz ruhig; Weizen 20.25—50, ruhig; Gerste a) 16.00—16.25, b) 15.75—16.00, ruhig; Hafer 15.75—16.00, (stand.) 15.25—50, ruhig; Roggenmehl 21.75—22.00, ruhig; Weizenmehl 34.50—36.25, ruhig; Roggenkleie 9.00—9.50; grobe Weizenkleie 9.25—75, mittlere 9.75—11.00; Winterrübsen 40—41; Senfkraut 32—34; Folgererbsen 20—22; Viktoriaerbsen 21—23; Leinkuchen 16.00—16.25; Rapskuchen 14—14.25; Sonnenblumenkuchen 16.50—17.00. Allgemeintendenz ruhig.

Berliner Produktenbörse vom 2. Juli. Weizen, märk., 1000 Kilo 220; Roggen, märk., 1000 Kilo 183; für je 50 Kilo: Viktoriaerbsen 35—38; Kleine Speiseerbsen 32—35.50; Futtererbsen 24—26; Peluschken 32—35; Ackerbohnen 20—22; Wicken 31—32; Blaue Lupinen 19.50 bis 20.50; Gelbe Lupinen 32—33.50; Serradella 41—45; Leinkuchen 17.30; Trockenschnitzel 9.60; Sojaschrot 15.50; Kartoffelflocken 20.30.

rischen Eigenschaften, ihre Behendigkeit, Anpassungs- und Leistungsfähigkeit vollständig verkümmern. Während des Feldzuges waren allerdings neben diesen hergelaufenen „Trüllmeistern", besonders in den an die britischen Kolonien angrenzenden Gebiete englische Offiziere in unauffälliger Mission tätig, die systematisch die Verteidigung des Daua Parma-Abschnittes und der Zone Sassabaneh-Djidjiga-Harar organisierten. Hier wirkte auch als Ratgeber Nasibus der türkische Heerführer Wehib Pascha .

Auf den anderen Kriegsschauplätzen fehlte aber jede, den eigenen modernen Waffen und den neuartigen Kriegsmitteln des Angreifers auch nur einigermaßen angepaßte taktische Führung. Statt in ausweichender Verteidigung den Gegner an seinem durch Gelände und Klima erschwerten Vormarsch zu hindern, ihn mit beweglichen kleinen Detachementen fortwährend zu stören und zu beunruhigen und sich rechtzeitig wieder von ihm zu lösen, ließen sich die abessinischen Ras nacheinander dazu verleiten, den italienischen Divisionen unter völlig sinnloser Opferung sämtlicher verfügbarer Mittel große Schlachten zu liefern, die regelmäßig mit der rettungslosen Vernichtung der abessinischen Armeen endeten."

Deutschland und Montreux

Befürchtungen wegen des Durchfahrtsrechtes der Sowjetflotte

Bei den Besprechungen auf der Meerengenkonferenz in Montreux ist bei der Frage des Durchfahrtsrechtes für Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer nach dem Mittelmeer auch die Alternative eines deutschen Angriffs erwähnt worden. Mit diesem Hinweis und eine möglicherweise notwendig werdende Völkerbundsaktion ist die freie und unbegrenzte Durchfahrt für die russische Flotte durch die Dardanellen gefordert worden. Wie es heißt, soll eine Uebereinstimmung zwischen England, Frankreich und Rußland erzielt worden sein, nach der der russischen Flotte außer zu Völkerbundsaktionen auch für alle Fälle das Durchfahrtsrecht zugestanden werden soll, in denen der Aufenthalt der Schwarzmeerflotte in der Ostsee von Rußland für nötig erachtet werden sollte.

Von deutscher Seite ist auf die Erörterungen von Montreux mit einem Artikel der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz" geantwortet worden, in dem es u. a. heißt:

„England würde mit einer uneingeschränkten Meerengendurchfahrt der russischen Schwarzmeerflotte einverstanden sein unter der Bedingung, daß die sowjet-russischen Kriegskräfte, abgesehen von einem Einsatz in einer Völkerbundaktion, das Mittelmeer als Durchfahrtsstraße benutzen, um ausschließlich in der Ostsee und im Weißen Meer eingesetzt zu werden, wovor man sich selbst und seine Interessengebiete bewahren will. Das möchte man also nach dem bekannten Spruch: „Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an" Dritten ohne besondere Skrupel zumuten. Nur könnte man in diesem Falle nicht von frommer Einfalt, sondern nur von einer sehr bedenklichen Absicht sprechen, den eigenen Vorteil wieder einmal in der Weise zu suchen, daß man Außenstehende (Deutschland d. Red.) bewußt Schädigungen und einem erhöhten Risiko aussetzt. Denn auch die Befürworter einer solchen „Lösung" können sich nicht im Unklaren darüber sein, daß dann in den Ostseeraum die gleiche Unruhe und Unsicherheit hineingetragen würde, der man in den eigenen Interessengebieten aus guten Gründen entgehen will."

Im Anschluß an diese Ausführungen macht die deutsche Presse Andeutungen von möglichen deutschen Reaktionen.

Russische Vorwürfe gegen die Türkei

Die „Iswestija" zum Entwurf über die Meerengenregelung

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion verbreitet einen Aufsatz der „Iswestija" über die türkischen Vorschläge zur Befestigung der Meerengen. Nachdem die „Iswestija" die außerordentliche Bedeutung der Freundschaft Sowjetrußlands in der Geschichte der neuen Türkei behandelt hat, führt sie folgendes aus: Der Entwurf des neuen Meerengenvertrages, den die türkische Abordnung vorschlug, kann gegenüber der Sowjetunion leider nicht als freundschaftlich bezeichnet werden, weil er den berechtigten Interessen Sowjetrußlands nicht Rechnung trägt. Die Grenzen der Sowjetunion liegen nicht allein am Schwarzen Meere, sondern auch an der Ostsee, am Stillen Ozean und im Nördlichen Eismeer. Es ist erwähnenswert, daß — wie uns aus eingelaufenen Nachrichten bekannt geworden ist — eine der imperialistischen Mächte von der Türkei bereits den Auftrag zum Bau der Befestigungen auf den Meerengen erhielt. In diesem Auftrag kommt die Verstärkung des Einflusses dieses Staates (Deutschland, d. Red.) auf die Türkei zum Ausdruck.

Um die Taktik der spanischen Sozialdemokraten

Eine überwiegende Mehrheit für den gemäßigten Kurs

Die Parteileitung der spanischen Sozialdemokratie gibt die Ergebnisse einer Ausschreibung bekannt, die unter sämtlichen Ortsgruppen der Partei zur Neubesetzung von sechs Posten im Vollzugsausschuß veranstaltet worden ist. Die sechs zur revolutionären Richtung Largo Caballeros zählenden Mitglieder waren bekanntlich aufgrund der von den Gemäßigten vor einigen Wochen durchgedrückten Verschiebung des Parteikongresses auf Oktober von ihren Posten zurückgetreten. Die Parteiorganisationen im Lande haben sich nun bei dieser Wahl eindeutig für die gemäßigte Richtung des Abgeordneten Prieto entschieden. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Gonzales Pena, zum Vizepräsidenten Jimenez Asua gewählt. Der Vollzugsausschuß setzt sich in Zukunft nur noch aus Gemäßigten zusammen. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, als Largo Caballero noch bis vor wenigen Wochen in der Partei die Mehrheit hatte. Der in der letzten Zeit vor allem auch innerhalb der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beobachtete Stellungswechsel wird auf die verschärfte Haltung des Linksflügels zurückgeführt. Es ist die Rede davon, daß eine Regierungsbeteiligung der gemäßigten Sozialdemokraten durch diese Wendung stärker in den Bereich der Möglichkeit getreten sei.

Auflösung des Deutschen und des Preußischen Philologenverbandes. Am 14. Juni 1936 haben sich der Deutsche und der Preußische Philologenverband e. V. aufgelöst. Der Deutsche Philologenverband wurde 1904 gegründet und vereinigte in sich als Spitzenorganisation die Philologenverbände der deutschen Länder, deren größter der Preußische Philologenverband war.

Streik der Munitionsarbeiter in Woolwich. In den Munitionsfabriken von Woolwich (England) traten am Donnerstag 250 mit der Herstellung von Granaten beschäftigte Arbeiter in den Streik. Gleichzeitig stellten sie die Fabrikräume besetzt. Im Laufe des Tages gelang es, den Streik, der auf Meinungsverschiedenheiten über die Löhne zurückzuführen war, beizulegen.

Neue Militärdienst-Vorschriften in Litauen. In Litauen wurde ein neues Wehrgesetz veröffentlicht, das die 1½jährige Dienstpflicht vorsieht. U. a. wird in dem Gesetz für alle männlichen Personen, die nicht oder nur teilweise ihrer Militärpflicht genügen, eine Wehrsteuer eingeführt, die sich auf fünfzehn Jahre erstreckt und aus einer Grundsteuer und einer Zuschlagssteuer, die je nach dem Einkommen erhoben wird, zusammensetzt. Im Nichtbeitreibungsfalle der Steuer werden die Zahlungspflichtigen zu einer entsprechenden Arbeitsdienstpflicht zugunsten des Staates verpflichtet.

15 Tote bei Zusammenstößen in Polen

Konflikte mit Landarbeitern in der Wojewodschaft Lemberg

In der Wojewodschaft Lemberg haben sich zwei neue blutige Zusammenstöße ereignet. Am 2. Juli wurden — wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet — in Krzeczowicy auf Anweisung des Staatsanwalts einige Streikführer verhaftet, die angeblich die landwirtschaftlichen Arbeiter terrorisierten, um sie zur Arbeitsniederlegung zu zwingen. Einige Stunden darauf versammelte sich vor dem Polizeirevier eine tausendköpfige Menschenmenge, die die Befreiung der Verhafteten forderte. Da diese Forderung abgelehnt wurde, griff die Menge die Polizei an, wobei sie mit Spaten, Heugabeln und sonstigen landwirtschaftlichen Werkzeugen auf die Polizisten losgingen. Einige Polizeibeamte wurden dabei verletzt. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei acht Personen erschossen wurden und einige weitere schwere Verletzungen davontrugen.

Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich auf einem Gutshof im Kreise Rudsi zwischen einer Polizeiabteilung und Gutsarbeitern. Auf dem Gute Ostrow Tuliglowski waren Saisonarbeiter beschäftigt. Die Dorfarbeiter forderten die Entlassung der Saisonarbeiter und sollen mehrfach tätlich gegen sie vorgegangen sein. Die Polizei, die zur Herstellung der Ruhe herbeigeholt worden war, sah sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden sieben Personen erschossen und drei verwundet.

Streik polnischer Textilarbeiter

Im Bielitzer Industriegebiet

Im Bielitzer Industriegebiet ist am Donnerstagvormittag ein allgemeiner Textilarbeiterstreik ausgebrochen, in den etwa 5000 Arbeiter verwickelt sind. In sämtlichen Textilfabriken des Gebietes ruht die Arbeit vollständig.

Die Textilarbeiter fordern den Abschluß eines neuen Lohntarifes und die endgültige Reglung der Urlaubsfrage. Da die bisher geführten Verhandlungen in dieser Angelegenheit ergebnislos verlaufen sind, wurde der Streikbeschluß durchgeführt. Der Streik der Textilarbeiter droht auch auf die Metallindustrie überzugreifen. Für Freitag vormittag haben die Vertreter der Metallarbeiterverbände eine Besprechung angesetzt, um über einen Sympathiestreik für die Textilarbeiter zu beraten. Es wird allgemein angenommen, daß der Streikbeschluß erfolgen wird, so daß am Freitag weitere 3000 Metallarbeiter in den Ausstand treten würden.

Danziger Nachrichten

Die Schießerei in Wiesental

Vier Zellers in Untersuchungshaft genommen — Fünf bleiben in Schutzhaft

Die nationalsozialistische Presse berichtet, daß am Mittwoch der Ermittlungsrichter sich mit der Schießerei in Wiesental beschäftigt habe und „nach dem Ergebnis der kriminalpolizeilichen Ermittlungen und auf Grund der vor ihm bestätigten Aussagen Haftbefehl gegen vier Personen erließ". In Untersuchungshaft genommen sind der Steinschläger Bernhold Zeller und sein Bruder, der Steinschläger Reinhold Zeller, weiter die beiden Söhne des Bernhold Zeller, Alfred und Edwin.

Nach den Mitteilungen der nationalsozialistischen Presse soll Reinhold Zeller zugegeben haben, am 13. Juni zwei Schüsse abgegeben zu haben. Eine Pistole soll auch in der Wohnung des Reinhold Zeller vorgefunden worden sein. Die Aussagen der Zellers vor dem Untersuchungsrichter decken sich nach den Angaben der nationalsozialistischen Presse mit den Veröffentlichungen der „Danziger Volksstimme" über die Ursachen der Schießerei. Die als Zeugen geladenen SS.-Männer geben eine andere Darstellung des Vorfalles und schildern sie ähnlich, wie der „Vorposten" es bisher getan hat. Sie wollen zuerst angegriffen worden sein. Reinhold Zeller soll die beiden tödlichen Schüsse abgegeben haben.

Nach den „Neuesten Nachrichten" wird wahrscheinlich gegen die vier Zellers Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge und unbefugten Waffenbesitzes erhoben werden. Woher die nationalsozialistische Presse ihre Informationen hat, ist nicht zu erkennen. Hoffentlich bringt die gerichtliche Verhandlung eine Klärung der Affäre. Daß gegen die SS.-Leute, die bei diesem Vorfall ebenfalls geschossen haben, wie ja im Polizeibericht selbst angegeben wurde, vorgegangen wird, darüber verlautet nichts. Sollten die SS.-Leute, die geschossen haben, berechtigt gewesen sein, eine Schußwaffe zu führen? Dem erschossenen SS.-Mann Ludwig waren die Zellers unbedingt persönlich bekannt, denn er war Kreisamtsleiter und hat sehr oft Fahrten nach dem Kreise Danziger Höhe unternommen. Fragten ihn seine Bekannten, weshalb er so oft nach dem Kreise Danziger Höhe fahre, antwortete er: „Das ist mein Bezirk."

Von dem „hochexplosiven Sprengstoff", von dem so oft die Rede war, ist in den letzten Veröffentlichungen der nationalsozialistischen Zeitungen nicht mehr die Rede. Es ist anscheinend dieserhalb auch keine Anklage erhoben worden. Damit wird bestätigt, daß die „Volksstimme" über diesen „hochexplosiven Sprengstoff" richtig berichtet hat.

Ein aufrechter Mann

Pg. Enß vom Städtischen Gut in Zoppot und ein meckernder Arbeiter

Ende März d. J. stellte die Verwaltung des Städtischen Gutes in Zoppot eine Anzahl Arbeiter zur Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten ein. Unter diesen befand sich auch der Arbeiter Jaschinski, der bis dahin schon 2¼ Jahr Wohlfahrtsunterstützung bezogen hatte. Dieser Arbeiter klagte nun gegen die Gutsverwaltung auf Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Anfang Juni ist schon ein Prozeß durch Vergleich beendet worden, gestern wurde nach einem fruchtlosen Vergleichstermin in einer neuen Sache verhandelt. Die Gutsverwaltung war vertreten durch den Gutsverwalter Pg. Enß, zur Zeit in Zoppot.

Um wahrscheinlich ein soziales Gesicht zu zeigen, hatte die Gutsverwaltung beschlossen, ihren Arbeitern die Feiertage, an denen nicht gearbeitet wurde, wie z. B. Karfreitag, Ostern usw. zu bezahlen. Auch der 1. Mai wurde bezahlt, jedoch der Kläger J. plötzlich als einziger hiervon ausgeschlossen. Da eine gütliche Einigung mit dem Verwalter Enß nicht möglich war, ging J. zum Arbeitsgericht. Vor dem Gericht erklärte der Verwalter Enß, daß J. deswegen nichts erhalten habe, weil er am 1. Mai nicht an der Ehrung eines Arbeitskameraden, der 25 Jahre im Betriebe tätig sei, teilgenommen habe. Er habe damit ein nicht „ordnungsmäßiges" Verhalten an den Tag gelegt. Der Kläger bewies dem Gericht jedoch, daß diese Behauptungen des Beklagten nicht zutreffen. Durch Anschlag am „schwarzen Brett" war die Gefolgschaft am 30. April darauf aufmerksam gemacht worden, daß am nächsten Tage, dem 1. Mai, die Belegschaft um 8 Uhr morgens anzutreten und Frühstück mitzubringen habe.

Von hier sollte dann geschlossen der Marsch nach dem Maifeld beginnen.

Der Kläger nahm dieses von Enß unterzeichnete Schreiben zur Kenntnis, so genau sogar, daß er es jetzt auch dem Gericht fehlerfrei aus dem Gedächtnis vortragen konnte, trat am nächsten Tage jedoch nicht an, weil er die Aktion ganz richtig als eine parteipolitische Angelegenheit ansah, zu deren Teilnahme er nicht gezwungen werden könne. In dieser fraglichen Bekanntmachung war jedoch nicht mit dem kleinsten Wort die Ehrung des Jubilars erwähnt worden und auch sonst wurde von niemand mit einem Wort darauf hingewiesen. Selbst von Enß nicht, der noch Tags zuvor mit den Arbeitern sprach und ihnen wiederholt das genaue Studium und die Befolgung der Bekanntmachung empfahl. Alle, außer J. waren angetreten, weniger freiwillig, sondern weil sie als meist langjährige Ausgesteuerte Furcht vor eventuellen Folgen hatten und ihre Arbeit gerne behalten wollten. J., der nicht angetreten war, wurde gemaßregelt, er bekam den Tag nicht bezahlt. In der schon erwähnten Verhandlung am 3. Juni d. J. gelang es J., das Gericht von dem unzulässigen Vorgehen der Gutsverwaltung gegen ihn zu überzeugen. Nach längerem Ueberlegen bequemte sich Enß, den eingeklagten Tagelohn in Höhe von 7age und schreibe 3,60 Gulden an den Kläger zu zahlen.

Sonderbarerweise wurde J. dann

am Tage nach der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht wegen Mangel an Arbeit entlassen,

obwohl zwei Tage vor seiner Entlassung 21 Arbeiter neu eingestellt worden waren, eine Tatsache, die jedem denkenden Menschen berechtigte Zweifel an dem angegebenen Entlassungsgrund aufkommen lassen. Der Kläger hatte aber auch den Himmelsfahrtstag und die beiden Pfingstfeiertage nicht bezahlt erhalten. Er ging wieder zum Arbeitsgericht. In der gestrigen Gerichtsverhandlung stützte sich Enß, der sehr siegessicher auftrat, wieder auf das „nicht ordnungsmäßige Betragen" des Klägers und führte als Beweis wieder den 1. Mai an, was im Hinblick auf die damalige Vergleichsverhandlung sehr eigenartig erschien. Nach kurzer Beweisaufnahme wurde dem beklagten Gutsverwalter empfohlen, die Sache, die einen Wert von 7,20 Gulden habe, ebenfalls durch Vergleich aus der Welt zu schaffen, was jedoch durch Enß kategorisch abgelehnt wurde. Nach längerer Beratung erschien das Gericht und legte dem Beklagten wieder, und ziemlich eindringlich nahe, den Betrag freiwillig zu zahlen, was von dem Verwalter wieder verweigert wurde. Darauf verkündete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Birk, den Beschluß des Gerichts, wonach der Beklagte verurteilt wird, an den Kläger 7,20 Gulden zu zahlen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß, trotzdem keine tarifliche Garantie bestehe, die mehrmalige Bezahlung der Feiertage für die Arbeiter einen Rechtsanspruch ergebe. Da alle Arbeiter die Tage bezahlt erhielten, konnte Jaschinski als Einziger nicht ausgeschlossen werden, zumal ihm auch ein ordnungswidriges Verhalten nicht nachgewiesen werden kann. J. hat sich an die Bekanntmachung gehalten und konnte daher nichts von einer Arbeiterehrung wissen, daher mußte der Beklagte verurteilt werden.

Unser Wetterbericht

Wolkig, vereinzelt Schauer, Temperatur unverändert

Allgemeine Uebersicht: Ueber dem Nordatlantik erschien südlich von Island eine neue Zyklone, deren Randstörungen bereits wieder die britischen Inseln erreichten und den vorangegangenen Störungen über Nordeuropa folgen. Die Witterung bleibt daher zunächst unbeständig mit Regenschauern und im Osten noch andauernden Gewitterstörungen. Ueber Südwesteuropa schiebt sich das Azorenhoch nach dem Mittelmeer vor, während der hohe Druck über Südrußland langsam verflacht.

Vorhersage für morgen: Wolkig, vereinzelt noch Schauer, nach Süd zurückdrehende Winde, Temperatur unverändert.

Aussichten für Sonntag: Unbeständig, warm.

Maximum des letzten Tages: 29,4 Grad; Minimum der letzten Nacht: 17,5 Grad.

Polizeibericht vom 3. Juli 1936. Festgenommen wurden 15 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Sittenvergehens, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Devisenvergehens, 2 wegen Trunkenheit und 2 aus besonderem Anlaß. — Gefunden in Danzig: eine braune Aktentasche, enthaltend Stullen und eine Glasflasche; eine weiße Klubmütze; ein Patentschlüssel am Ring; eine Hornbrille mit Lederetui. — Verloren: ein graues Kinderjäckchen mit grünen Aufschlägen.

Aerztlicher Nachtdienst

In Not- und Dringlichkeitsfällen stehen heute nacht, in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, folgende Aerzte zur Verfügung: In Danzig: Dr. Rudolph, Vorstädtischer Graben 41, Tel. 252 89; Dr. Preuß, Holzmarkt 18, Tel. 258 05. — In Langfuhr: Dr. Wendt, Adolf-Hitler-Straße 63, Tel. 416 42.

Danziger Standesamt vom 1. Juli

Sterbefälle: Invalide Franz Engel, 75 J. — Hausmädchen Luise Knotowski, 24 J. — Ehefrau Anastasia Hinz geb. Kupferschmidt, 67 J. — Senatsangestellter Otto Lehmann, 55 J. — Witwe Marta Wollermann geb. Möse, fast 57 J. — Witwe Auguste Wolff geb. Mollenbauer, 65 J. — Baumeister Heinrich Schwinge, 57 J. — Witwe Wilhelmine Walzer geb. Schulz, 84 J. — Schmied Rudolf Papenroth, 53 J. — Näherin Wilhelmine Szczygowski, 64 J. — Invalide Johann Frost, 81 J.

Wasserstandsnachrichten der Stromweichsel

vom 3. Juli 1936

	2. 7.	3. 7.		2. 7.	3. 7.
Thorn	+0,73		Montauerspitze	+0,28	+0,24
Fordon	+0,77		Pieckel	+0,23	+0,18
Culm	+0,61		Dirschau	+0,16	+0,10
Graudenz	+0,80		Einlage	+2,12	+2,14
Kurzebrack	+0,94	+0,89	Schiewenhorst	+2,36	+2,36

	1. 7.	2. 7.		1. 7.	2. 7.
Krakau	—3,01		Nowy Sacz	+1,12	
Zawichost	+1,20		Przemysl	—2,22	
Warschau	+0,94		Wyczkow		
Plock	+0,73		Pultusk		

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 2. Juli: Dän. D. „London" (780) von Kopenhagen, leer, Bieler u. Hardtmann, Strohdeich; dt. MSch. „Lubbert" (105) von Königsberg, leer, Pam, Marienbild; dt. MS. „Ruhr" (62) von Königsberg, leer, Pam, Freibezirk; poln. D. „S'aśk" (758) von Rotterdam mit Gütern, Pam, alter Weichselbahnhof; Pan.-D. „Eduard" (147) von Kronstadt mit Sprit, Feuerplatz; dän. D. „Inger Toft" (1263) von Odense, leer, Poln.-Skand., Kaiserhafen; dt. D. „Eberhard" (430) von Hamburg mit Gütern, Behnke u. Sieg, Freibezirk; finn. D. „Capella" (607) von Gdingen mit Gütern, Pam, Munitionsbecken; dän. D. „Sleipner" (567) von Kopenhagen mit Gütern, Reinhold, Freibezirk; dt. MSch. „Willy" (182) von Elbing, leer, Kreft, Danzig, Der Pommer; dän. D. „Harald" (1206) von Fredrikshavn, leer, Reinhold, Kaiserhafen; dt. MS. „Kaethe" (60) von Königsberg, leer, Kreft, Danzig, Kronenspeicher; holl. MSch. „M. Harm Smeenge" (131) von Duisburg, feuerfeste Steine, Behnke u. Sieg, Danzig, Steinplatz; dän. MS. „Fanoe" (64) von Odense, leer, Bergenske, Marinekohlenlager; schwed. D. „Utklippan" (859) von Koeping mit Erz, Behnke u. Sieg, Becken Weichselmünde; ital. D. „Valentino" (2866) von Melilla mit Erz, Behnke und Sieg, Becken Weichselmünde; dt. MS. „Prompt" (66) von Königsberg, leer, Kreft, Marinekohlenlager; dt. D. „Baumwall" (505) von Hamburg mit Gütern, Lenczat, Weichselbahnhof; schwed. D. „Idalia" (165) von Kopenhagen, leer, Kreft, Weichselbahnhof; holl. D. „Irene" (637) von Amsterdam mit Gütern, Reinhold, Freibezirk.

Ausgang. Am 2. Juli: Schwed. MS. „Zita" (162) nach Kinghamn mit Kohlen, Artus, Marinekohlenlager; dän. MS. „Erna" (113) nach Aarhus mit Mehl, Reinhold; dt. MS. „Capella" (67) nach Vandholm mit Mehl, Pam, Russenhof; dt. D. „Weser" (571) nach Stettin, leer, Stillert, alter Weichselbahnhof; schwed. D. „Ragnar" (430) nach Karlskrona mit Kohlen, Atlantic, Freibezirk; dt. MS. „Luebbert" (105) nach Vandholm mit Getreide, Pam, Marienbild, Danzig; poln. D. „Robur 6" (1252) nach Gdingen, leer, Poln.-Skand., Danziger Werft; dän. D. „Halfdan" (854) nach Bordeaux mit Holz und Gütern, Reinhold, Hafenkanal; holl. D. „Goote" (489) nach Dortrecht mit Holz, Rothert u. Kilaczycki, Holmhafen; dt. D. „Phoebus" (362) nach Rotterdam mit Gütern, Wolff, Hafenkanal; dt. D. „Moewe" (148) nach Stettin mit Gütern, Reinhold, Freibezirk; dt. D. „Achilles" (590) nach Bremen mit Gütern, Wolff, Kaiserhafen; dän. MS. „Allan" (47) nach Rudkjoebing mit Oelkuchen, Pam, Marinekohlenlager; dän. D. „Carmen" (731) nach Tynedock mit Holz, Rothert u. Kilaczycki, Holm, Kaiserhafen; dt. D. „Albert" (461) nach Great Yarmouth mit Holz, Behnke u. Sieg, Hansehof; estl. D. „Kahur" (498) nach Saeveneas mit Kohlen, Pam, Becken Weichselmünde.

Der Schiffsverkehr im Gdingener Hafen

Vom 1. Juli bis 2. Juli

Eingang. Poln. D. „Wilno" (1121) von Danzig, Pam; dt. D. „Seba" (1119) von Danzig, Bergenske; dän. D. „Sleipner" (567) von Kopenhagen mit 10 Passagieren und 110 To. Stückgut, Reinhold; holl. D. „Irene" (637) von Amsterdam mit 214 To. Stückgut, Reinhold; poln. D. „Lublin" (686) von Danzig, Polbrit; lettl. D. „Regent" (1826) von Gondawa, Rothert u. Kilaczycki; dt. MS. „Wilfrid" (106) von Stolpmünde, Rothert u. Kilaczycki; amerik. D. „Sagaporack" (3101) von Ostseehäfen, Als.

Ausgang. Holl. MS. „Yolante" (104) nach Danzig, Pam; dän. D. „England" (1372) nach Kopenhagen mit 3280 To. Kohle, Polrob; norw. MS. „Batavia" (497) nach Danzig mit 215 To. Stückgut, Bergenske; dän. D. „Sigrid" (732) nach Hull mit 651 Standard Holz, Pam; norw. D. „Jaederen" (493) nach Danzig, Bergenske; schwed. MS. „Pedro Christophersen" (2232) nach Stockholm mit Gütern, Pam; schwed. D. „Blenda" (178) nach Danzig mit Gütern, Pam; finn. D. „Jan" (479) nach Helsingfors mit 1050 To. Kohle, Rothert u. Kilaczycki; norw. D. „Eva" (937) nach Rotterdam mit 2035 To. Kohle, MEW.; dt. D. „Sehn" (1119) nach Hamburg mit 157 To. Stückgut, Bergenske; poln. D. „Pulaski" (5820) nach Rio, Santos und Buenos Aires mit Passagieren und Gütern, Gd.-Am.-L.; poln. D. „Slask" (758) nach Danzig mit Gütern, Zegluga Polska; schwed. D. „Kiell" (674) nach Karlstad mit 1500 To. Kohle, MEW.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im **Danziger Hafen** werden erwartet: Dän. D. „Bogö", 2. 7. von Kiel, Als; schwed. D. „Granada", 4. 7. fällig, Afotra; dtsch. D. „Perseus", 2. 7. von Rotterdam, Wolff.

Im **Gdingener Hafen** werden erwartet: D. „Frankrig", 3. 7. fällig, Bergenske; D. „Edmund" und „Katowice", 3. 7. fällig, Rummel & Burton; D. „Wisla", ca. 7./8. 7. fällig, Rummel & Burton; D. „Eudora", 9. 7. fällig, Rummel & Burton.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Landessender Danzig

Freitag, 3. Juli:

16: Hurra! Ferien in Aussicht! — 16.25: Nachmittagskonzert (aus dem Zoppoter Kurgarten). — 17.40: Lostiget ut Natange. — 18: Musik zum Feierabend. — 19.05 Deutsche Jugend in Finnland. — 19.45: Rate mal! Eine lustige Rätsel-Szene. — 20: Wetter, Nachrichten. — 20.10: Unterhaltungskonzert. — 21.10: Kindheitsträume — Jugendlust — Flegeljahre. Eine Hörfolge. — 22: Wetter, Nachrichten, Sportberichte. 22.20: Kant — leicht gemacht. — 22.40—24: Nachtmusik.

Ausländische Sender

Sonnabend, den 4. Juli:

18.45 Prag: Deutsche Nachrichten.

19.00 Droitwich: Konzert für zwei Klaviere. — Brüssel fläm.: Orchesterkonzert. — Budapest: Heiterer Abend.

20.10 Oslo: Orchesterkonzert. — 20.15 Beromünster: Serbisches Liederspiel. Anschl. Marschmusik. - 20.30 Droitwich:: Varieté. - 20.45 20.45 London Regional: „Susannes Geheimnis", Oper.

21.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Brüssel fläm.: Orchesterkonzert. — Oslo: Unterhaltungsmusik. — Warschau: Gesang. — 21.15 Stockholm: Alte Tanzmusik. — 21.30 London Regional: Unterhaltungskonzert.

22.00 Droitwich: Schallplatten. Anschl. Unterhaltungskonzert. — Wien: Nachrichten. Anschl. Schubert-Konzert. — 22.10 Brüssel fläm.: Schallplatten. — 22.20 Kalundborg: Orchesterkonzert. — 22.30 Prag: Heiteres Wochenende. — Warschau: Amerikanische Lieder.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig, Am Spendhaus 6

Gdynia!

Beim Ausflug besuchen Sie das erstklassige Restaurant und Café

Hotel Słupski

am Hauptbahnhof. Polnisch-französische Küche
Gut gepflegte Biere, gute Getränke, solide Preise
Erstklassige Bedienung

Gr. leeres Zimmer und Küche, auch ein. Gas, sofort od. zum 15. 7. 36 zu vermiet. Schmidt Milchkanneng. 15, 4.

Wohnung bestehend aus Stube und Küche, zwangsfrei, zu vermieten. Salvatorgasse Nr. 6.

Sonnig., möbl. Vorderzimm., Bad sep. Eingang, zum 15. 7. zu vermieten. Breitgasse 113, 2 Tr.

Saubere Schlafstelle frei bei Jahn, Burggrafenstraße 12

Verkäufe

Gartenlaube zu verkaufen. Kol. Erdenglück, Groß-Waldorf, Wiesenstr. Nr. 15, Näh. Nr. 13

Gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. Duske, Gr. Bäckergasse 15/18

Vierrädrig. Handwagen zu verkauf. Gehling, Schichaugasse 24, pt.

Fast neuer Philips-Drei-Röhren-Apparat zu verk. Pr. 200 G. H.-Geist-G. 29 part.

Fahrräder

in Danzig gebaut kaufen Sie preiswert in der Fahrradbauanstalt

F. Schütz

Schidlitz

Karthäuser Str. 100

Telefon 26913

Antiker Schreibtisch, Kleiderschr., Bettgest. m. Nachtt., Ausziehtisch, Babykorb, Kleid Gr. 42 billig zu verkauf. Paradiesgasse 27, Hof

Siedlungs-Halbhaus Ziganfenberg, sofort billig zu verkaufen. Angebote unter 2047 an die Expedition.

Rosshaar-Matratze 4teilig, 15 Gulden, Turnreck 2 Gulden, Schleifstein m. Kast. 4 Guld. zu verkauf. Rattenbuden 9, 3 l.

Neues Vogelbauer 50×52×56 Zentimet billig zu verkaufen. H.-Geist-Gasse 52, 1.

Am Mittwoch, den 1. Juli 1936 erlöste der Tod nach langem schweren Leiden unsere geliebte Mutter, Großmutter und Schwester, Frau

Martha Wollermann

geb. Moese

kurz vor Vollendung Ihres 57. Lebensjahres.

In tiefstem Schmerz

Die trauernden Angehörigen

Danzig-Langfuhr, Juli 1936.

Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.

Die Trauerfeier findet am Montag, den 6. Juli, 15 Uhr, im Krematorium statt.

Hosen natürlich aus dem einzigen Spezial-Geschäft Zum billigen Hosenladen Altst. Graben 105

Bettfedern und Daunen

Inletts, Betten, Bettwäsche, Steppdecken, Schlafkissen, Polsterbettstellen

F. W. Matzahn

Breitgasse 84, Telephon 27127

Stellengesuche

Staatlich geprüfte Kindergärtnerin (Fröblerin) sucht sofort für 1—1½ Monate Stellung nur für den Nachmittag. Angebote unter 2043 an die Exped.

Offene Stellen

Junges Mädchen für jüdisch. Haushalt von gleich gesucht. Borst. Grab. 43, pt.

Tüchtiges, ordentlich. Hausmädchen von sofort gesucht. Reich, Gr. Gerbergasse 4, Laden.

Jüngeres kinderlieb. Hausmädchen für kleinen jüdischen Haush. nach Zoppot gesucht. Vorzustellen von 1—4 u. 19—21 U. [illegible]

Tücht. Hausmädchen mit Kochkenntnissen f. jüd. Haushalt sofort ges. [illegible]

Zu vermieten

Schön. 1-2-Wohnung sofort frei. [illegible] Breitgasse 104, 3 Tr.

Sonnige 3-Zimmer-Wohnung [illegible] Balkon, Zentralhzg., per 15. 7. oder später z. vm. Tel. 9—10 u. 1—3 U. [illegible]

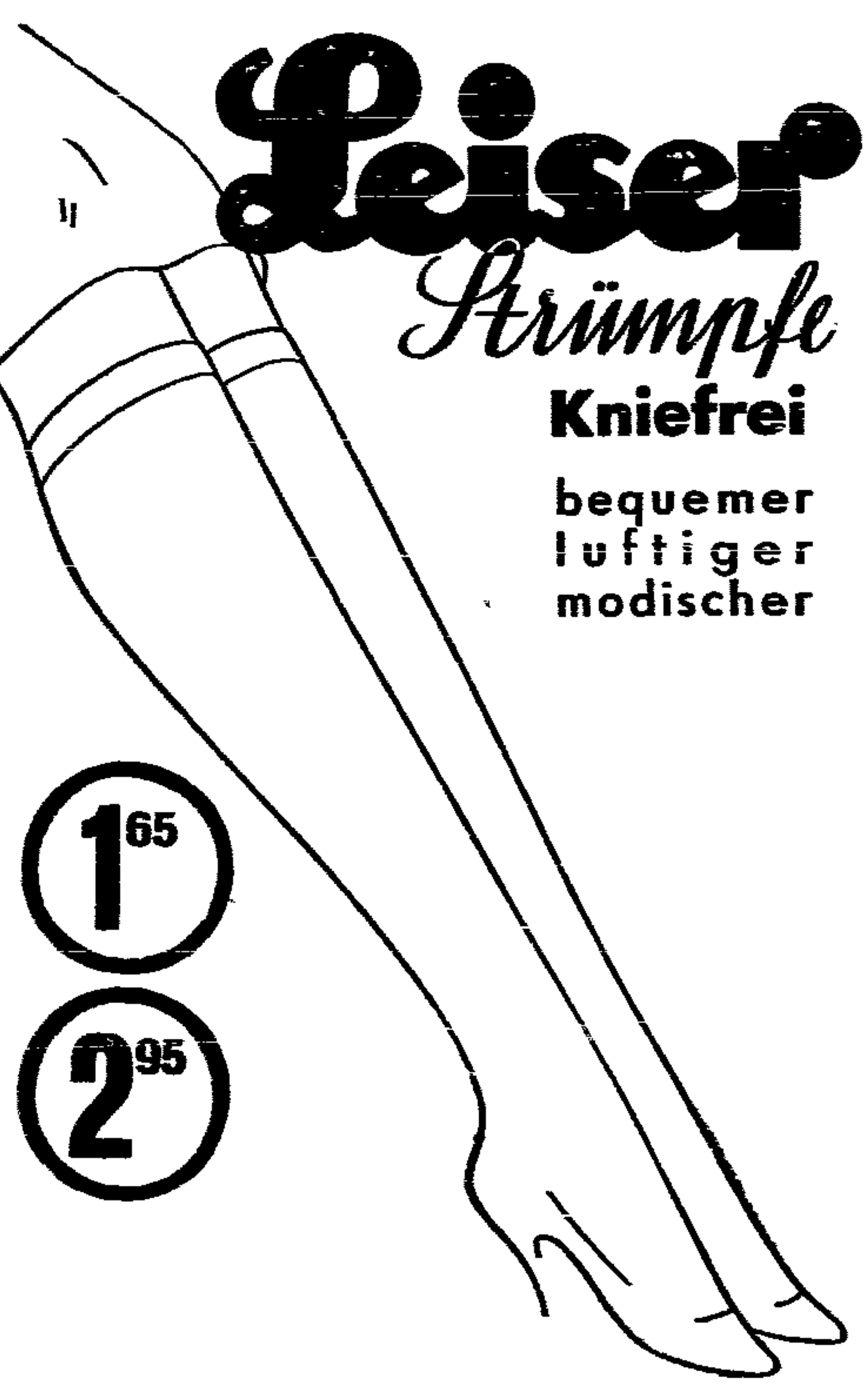
Stube und Küche zwangsfrei, Nähe der Werft zu vermieten. Angebote unter 2053 an die Expedition.

Schlafstelle für Herrn zu verm. 2. Damm 12, 2 Tr.

Bessere, saubere Schlafstelle sofort zu vermieten. [illegible]

3-Zimmer-Wohnung

sofort zu vermieten. Zu erfragen: [illegible]



Sohleder-Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhbedarfsartikel, Schultornister, Akten- u. Musiktaschen und Fensterputzleder empfiehlt billigst

Carl Fuhrmann

II. Damm 6 Telefon 25310

Katzenfelle gegen Rheumatismus

HOSEN

nur von J. Czerninski

„Zur billigen Ecke"

Altstädtischer Graben 96-97 gegenüber der Markthalle

Leere Wohnungen und möbl. Zimmer

vermieten Sie sofort. Eine kleine Anzeige in unserer Zeitung bringt Ihnen Erfolg. Ueberzeugen Sie sich durch einen Versuch

DANZIGER VOLKSSTIMME

Am Spendhaus 6

Gut und billig!

Große Auswahl an Küchen, Eßzimmer, Schlafzimmer und vielen einzeln. Möbeln wie: Ankleideschr., Ausziehtisch, Bettgest., Stühle, Kredenz, Büfett immer zu bekommen bei Puterstunt.

Zahlungserleichterungen

Breitgasse 95 Möbelhaus

Fässer (Bottiche) von 300 Liter aufwärts werd. gekauft. Angebote unter 2048 an die Expedition.

Nähmaschine zu kaufen gesucht. Angebote unter 2035 an die Expedition.

ZUM SOMMER

finden Sie in reichhaltiger Auswahl

Damen- und Kinder-Kleider neueste Modelle

Kleider-Stoffe, moderne Muster

Strümpfe, Wäsche, Gardinen

Preise konkurrenzlos

Lenczycki, Lavendelgasse 9b

neben Bäckerei Zeidler

Verschiedenes

Gute Lehrkraft hilft Schulkindern in Deutsch, Poln. usw. Ang. u. 2852 a. die Expedition.

Elektrische Rolle empfiehlt zur gefälligen Benutzung. Herbabe, Al. Seebadstraße 9.

Ankäufe

Al. eis. Gartentisch, rund oder viereckig und 2 Stühle zu kaufen gesucht. Ang. u. 2049 an die Exp.

Modern. gut erhalt. Puppenwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter 2046 an die Expedition.

1 gut erhaltene Konzertzither preiswert zu kaufen gesucht. Ang. u. 2051 an die Expedition.

Fast neue Koffergramola mit Platten gegen Herren-Fahrrad zu tauschen gesucht. Angebote unter 2029 an die Expedition.

Wir empfehlen uns ganz besonders

Gute Ware und doch billig! [illegible] **Danziger Kaufhaus** Altstädtischer Graben 69—70

[illegible] **H. Lemberg & Co.** [illegible]

Schuh-Cohn Lange Brücke [illegible] besteht 57 Jahre [illegible]

Möbel! [illegible]

Fahrräder Beleuchtung, Bereifung und Zubehör kaufen Sie günstig bei **S. Beresin & Co.** Danzig Langgasse 19 Langfuhr Ad.-Hitler-Straße 44

Sperrplatten Leisten Furniere **Marschall** Brotbänkeng. 12

In Stadt und Land ist **Hahnenseife** als gut u. billig bekannt [illegible] Adolf-Hitler-Straße [illegible] Filialen: [illegible]

Fortuna-Drogerie Inh.: Leonhard Goldschmidt II. Damm 7-8, Telefon 24580 Farbenhandlung

Drucksachen liefert gut und preiswert Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken Danzig, Am Spendhaus 6

[illegible] M. Szydlowski Altst. Graben 51 [illegible]

[illegible] Kraushaar Breitg. 63, a. Krant. [illegible] Zoppot, Seestr. 3 [illegible]

L. Rogaschewski Bedachungsgeschäft **Sämtliche Dacharbeiten** in Pfannen, Ziegel, Schiefer, Pappe, Ruberoid Danzig, Kath.-Kirchensteig 19

Sommerferien

Gesucht wird für ca. 14 Tage im August in [illegible] oder [illegible] 1 möbl. Zimmer möglichst mit Veranda. Küchenbenutzung erwünscht. Angebote mit Preis unter 2003 an die Expedition.